D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 14
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

8. April 1982
Preis 1,80 DM

Wider die Einäugigkeit in der Friedensbewegung
Auf vier Extra-Seiten behandeln wir Fragen der Friedensbewegung: Welche Einheit brauchen wir, was bringt Genf, das Friedensmanifest der Grünen



Die Vorteile der Kooperation im Kassenambulatorium
Was bisher für die BRD undenkbar ist, kann in Wien studiert werden: Immerhin 10% der Patienten werden in kasseneigenen Ambulanzen versorgt . S. 6

Polen: Tauziehen um ein Gewerkschaftsgesetz
Im Normalisierungskonzept des Militärregimes haben auch Gewerkschaften Platz. „Normalisierte“ allerdings. Was ist noch annehmbar? .... S. 8

Die Krise der Stadt – Ursachen und Alternativen
Unsere Städte sind nicht „gemacht“; sie sind „gewachsen“. Aber was steuert ihre Entwicklung? Ohne Kenntnis der Ursachen keine Alternative .. S. 9

NATO-Demonstration am 10.6.:

Glaubwürdigkeit und Einheit

Von Günther Kruse

Wenn der NATO-Gipfel am 10. Juni in Bonn stattfindet, wenn der Chef dieser Militärallianz, Reagan, in Bonn ist, muß die Friedensbewegung für ihre Ziele demonstrieren. Das ist unumstritten, ist doch die Verlegung von Brüssel nach Bonn demonstrativer Ausdruck der Bündnistreue der Bundesregierung. Die 800 Teilnehmer an einem Vorbereitungstreffen am vergangenen Sonntag brachten dies schon allein durch die Zahl zum Ausdruck. Es ist auch unbestritten, daß sich die Friedensbewegung dabei besonders gegen die Politik der US-Regierung und die Unterstützung dieser Politik durch die NATO und die Bundesregierung wenden muß. Dafür gibt es viele Gründe. Als ersten die beabsichtigte Steigerung des mehrfachen „overkill“ durch neue Mittelstreckenraketen. Steigerung des Militärhaushalts innerhalb weniger Jahre auf das Doppelte; die schnelle Eingreiftruppe übt mit Fallschirmspringern die Invasion; in der umfassendsten Planübung seit 1956 simulieren etwa 1000 Mann den Atomkrieg – streng geheim; gegen Mittelamerika werden Interventionsdrohungen erhoben. Mindestens seit dem verlorenen Vietnamkrieg hat kein US-Präsident derart unverfroren wie Reagan die militärische Stärke der Supermacht USA herausgekehrt und über ihren Einsatz spekuliert.

Die Bundesregierung unterstützt diesen Kurs im wesentlichen, bei Differenzen im einzelnen. Zwar gibt es in der

ser Militärallianz, Reagan, in Bonn ist, muß die Friedensbewegung für ihre Ziele demonstrieren. Das ist unumstritten, ist doch die Verlegung von Brüssel nach Bonn demonstrativer Ausdruck der Bündnistreue der Bundesregierung. Die 800 Teilnehmer an einem Vorbereitungstreffen am vergangenen Sonntag brachten dies schon allein durch die Zahl zum Ausdruck. Es ist auch unbestritten, daß sich die Friedensbewegung dabei besonders gegen die Politik der US-Regierung und die Unterstützung dieser Politik durch die NATO und die Bundesregierung wenden muß. Dafür gibt es viele Gründe. Als ersten die beabsichtigte Steigerung des mehrfachen „overkill“ durch neue Mittelstreckenraketen. Steigerung des Militärhaushalts innerhalb weniger Jahre auf das Doppelte; die schnelle Eingreiftruppe übt mit Fallschirmspringern die Invasion; in der umfassendsten Planübung seit 1956 simulieren etwa 1000 Mann den Atomkrieg – streng geheim; gegen Mittelamerika werden Interventionsdrohungen erhoben. Mindestens seit dem verlorenen Vietnamkrieg hat kein US-Präsident derart unverfroren wie Reagan die militärische Stärke der Supermacht USA herausgekehrt und über ihren Einsatz spekuliert.

Die Bundesregierung unterstützt diesen Kurs im wesentlichen, bei Differenzen im einzelnen. Zwar gibt es in der
SPD eine starke Gruppe, die den Nachrüstungsbeschluß aufheben will, aber der Kanzler bürgt mit seiner Kanzlerschaft für die Einhaltung. In aller Stille wurden die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und US-Regierung abgeschlossen über den „Wartime Host Nation Support“, die Einlagerung von Material in der BRD für 6 weitere US-Divisionen, zusätzlich zu den bestehenden 5, und die Bereitstellung von Soldaten und Reservisten zu deren Unterstützung. Apel hat auf der Wehrkundetagung Anfang dieses Jahres die globale Bedeutung dieser Versorgungsgüter für „die Durchsetzung der amerikanischen Globalstrategie“ gepriesen.

Dennoch gibt es Streit unter den Friedensgruppen über diese Demonstration. DIE GRÜNEN haben erklärt, daß sie den Aufruf „heute nicht“ unterstützen können, aber wohl eine Demonstration mit allen ihren Kräften. Reicht der „Minimalkonsens“, gegen die NATO zu sein, den die DKP schließlich diktiert, um die Friedensbewegung breit und stark zu machen, um nicht einfach die bestehende Friedensbewegung zusammenzuhalten, sondern darüberhinaus Kräfte zu gewinnen, wodurch es erst möglich würde, den Supermächten in ihrem Streben nach Weltherschaft Einhalt zu gebieten, den Wahnsinn eines zigfachen Menschenvernichtungspotentials zu stoppen? Wenn Kohl zu einer Demonstration am 5. Juni in Bonn *für* die NATO aufruft, so tut er dies sicher nicht nur im Hinblick auf seine Parteifreunde. Er stützt sich auf große Teile der Bevölkerung, die die Sowjetunion zu recht als aggressive Macht ansehen. Natürlich bietet die Alternative, *pro* NATO zu sein, keinen Ausweg. Aber *contra* NATO und (vielleicht nur ein ganz klein wenig) pro Warschauer Pakt, das entspricht genausowenig den Realitäten, wenn auch den Interessen der DKP.

Die konsequente Haltung gegen beide Supermächte ist in dem in Bonn verabschiedeten Aufruf unter dem Stichwort „Minimalkonsens“ unter den Tisch gefallen. In einer Presseerklärung betonen DIE GRÜNEN, die sich gerade für diese Öffnung der Friedensbewegung eingesetzt hatten: „DIE GRÜNEN bedauern besonders die unklaren Positionen zur sozialen Emanzipationsbewegung in Polen und deren Kampf für den Frieden sowie die Auslassung für eine klare Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Als geradezu skandalös betrachten wir die Nichterwähnung der Friedensbewegung der DDR 'Schwerter zu Pflugscharen', da diese ganz besonders die neue Qualität der Friedensbewegung zum Ausdruck bringt, die eine Friedensbewegung von unten ist und im eigenen Land beginnt, sich gegen die militärischen Potentiale im eigenen Militärblock richtet.“ Man kann diese Position unbedingt unterstützen, so wie es auch in einer Abstimmung knapp die Hälfte der in Bonn Versammelten tat. Der Antrag auf Aufnahme einer Passage zur DDR war aus einer kirchlichen Gruppe gestellt, nicht von den GRÜNEN. So eindeutig, wie dort in Bonn ist Petra Kelly bisher noch

ein ganz klein wenig) pro Warschauer Pakt, das entspricht genausowenig den Realitäten, wenn auch den Interessen der DKP.

Die konsequente Haltung gegen beide Supermächte ist in dem in Bonn verabschiedeten Aufruf unter dem Stichwort „Minimalkonsens“ unter den Tisch gefallen. In einer Presseerklärung betonen DIE GRÜNEN, die sich gerade für diese Öffnung der Friedensbewegung eingesetzt hatten: „DIE GRÜNEN bedauern besonders die unklaren Positionen zur sozialen Emanzipationsbewegung in Polen und deren Kampf für den Frieden sowie die Auslassung für eine klare Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Als geradezu skandalös betrachten wir die Nichterwähnung der Friedensbewegung der DDR 'Schwerter zu Pflugscharen', da diese ganz besonders die neue Qualität der Friedensbewegung zum Ausdruck bringt, die eine Friedensbewegung von unten ist und im eigenen Land beginnt, sich gegen die militärischen Potentiale im eigenen Militärblock richtet.“ Man kann diese Position unbedingt unterstützen, so wie es auch in einer Abstimmung knapp die Hälfte der in Bonn Versammelten tat. Der Antrag auf Aufnahme einer Passage zur DDR war aus einer kirchlichen Gruppe gestellt, nicht von den GRÜNEN. So eindeutig, wie dort in Bonn ist Petra Kelly bisher noch
nicht gegen die Positionen der DKP aufgetreten. Auch diese Wandlung ist ein deutlicher Ausdruck dafür, wie sich die Friedensbewegungen in Ost und West gegenseitig unterstützen und befruchten können.

Gegen den Vorwurf der GRÜNEN, die DKP habe eine Passage zur DDR verhindert, hat Jo Leinen, BBU-Sprecher und zu der fraglichen Zeit Leiter der Versammlung, eingewandt, es hätten auch „Autonome Friedensgruppen“, Antiinterventionsgruppen und kirchliche Gruppen gegen diese Passage gestimmt. Das ist zwar formal richtig, trifft aber nicht den Kern der Sache. Während die DKP als treue Anhängerin Moskaus die Unterdrückung von Solidarność und der Friedensbewegung in der DDR unterstützt und daher Passagen hierzu nicht dulden *kann*, liegt der Ablehnung der anderen Gruppen eher der Ausgangspunkt zugrunde, die USA seien unbestritten Weltfeind Nr. 1, die Sowjetunion eher defensiv, ohne daß sie die Verhältnisse in der SU oder DDR rechtfertigen. Davon ausgehend ist es logisch, unter „Breite“ der Friedensbewegung zu verstehen, auf jeden Fall die DKP im Bündnis zu halten.

Es wird nun der Vorwurf der Spaltung erhoben. Die einen freuen sich darüber, andere versuchen die Schuld den GRÜNEN in die Schuhe zu schieben. Darum handelt es sich aber in Wirklichkeit nicht. *Diese* Spaltung bestand in der Friedensbewegung von vorneherein. Die Entwicklung, gerade der Friedensbewegung in der DDR, die Unterdrückung von Solidarność in Polen lassen sie jetzt aufbrechen. Das aber ist günstig.



Vergangene Woche Dienstag kam es in Buenos Aires zur größten Demonstration in Argentinien seit dem Militärputsch von 1976. Der Vorstand der Gewerkschaft CGT hatte hierzu gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung aufgerufen. Die Polizei ging brutal gegen die 10000 Demonstranten vor und verhaftete 2000 Teilnehmer, darunter den gesamten Vorstand der CGT und den Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel.

Konflikt um Falkland-Inseln

Das argentinische wie das britische Vorgehen ist nicht zu rechtfertigen

thm. Für die argentinische Regierung gab es zwei Anlässe, gerade jetzt die

haben, auf Territorium, das ihnen nicht zusteht.



Vergangene Woche Dienstag kam es in Buenos Aires zur größten Demonstration in Argentinien seit dem Militärputsch von 1976. Der Vorstand der Gewerkschaft CGT hatte hierzu gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung aufgerufen. Die Polizei ging brutal gegen die 10000 Demonstranten vor und verhaftete 2000 Teilnehmer, darunter den gesamten Vorstand der CGT und den Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel.

Konflikt um Falkland-Inseln

Das argentinische wie das britische Vorgehen ist nicht zu rechtfertigen

thm. Für die argentinische Regierung gab es zwei Anlässe, gerade jetzt die
Aktion zu beginnen. Zum einen hatte die britische Regierung im Juni vergangenen Jahres eine erhebliche Dezimierung der Royal Navy beschlossen. Auf der anderen Seite steht die Junta vor großen innenpolitischen Schwierigkeiten. Argentinien provozierte also die britische Regierung mit einer Operetten-Komödie. Als deutlich wurde, daß Großbritannien hierauf nicht sofort und kompromißlos reagierte, wie noch 1977, als es bei ähnlicher Gelengheit eine große Flotte losschickte, konnte sich die argentinische Regierung einigermaßen sicher auf das militärische Unternehmen einlassen. Jetzt sind dort 5000 Soldaten stationiert und eine Rückeroberung scheint nicht sonderlich aussichtsreich. Offensichtlich hat der diplomatische und Geheimdienst von Lord Carrington bei der Einschätzung der Lage seit Anfang März versagt, trotz Hinweisen schon 10 Tage vor der Invasion. Deshalb auch sein Rücktritt.

Die territorialen Ansprüche sind unbestreitbar. 1826 wurden die Inseln durch den Vorläufer Argentiniens in Besitz genommen, nachdem die Spanier die Kolonie aufgegeben hatten. 1833 eignete sich England diese Inseln gewaltsam an. Ein weiteres Argument der Briten zieht auch nicht recht: die Selbstbestimmung der Bewohner der Inseln müsse gewahrt bleiben. Immerhin handelt es sich ja nicht um Ureinwohner. Ihre Stellung ist nicht vergleichbar mit Völkern wie den Indianern oder Eskimos, denen ein Recht auf Lostrennung und Unabhängigkeit zugestanden werden müßte. Es sind britische Bürger, die aus England kommend hier eine Schafzucht aufgezogen haben, auf Territorium, das ihnen nicht zusteht.

Bliebe die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Gewaltanwendung durch Argentinien. Die Methode Argentiniens steht überhaupt nicht im Verhältnis zum Problem. Die laufenden Verhandlungen hätten sicher auf Dauer ein Ergebnis bringen können, auch wenn sie schon seit 15 Jahren intensiver geführt werden. Hierfür spricht, daß Großbritannien langfristig nicht in der Lage gewesen wäre, diesen Anachronismus militärisch aufrechtzuerhalten. Von den beiden Flugzeugträgern, die jetzt unterwegs sind, ist der eine schon an Australien verkauft, der andere sollte verschrottet werden. Weiterhin ist offensichtlich, daß die argentinische Regierung sich auf Kosten der Stabilität der Region innenpolitische Probleme vom Hals schaffen will. Argentinien ist sowieso im Begriff, sich als Minihegemonist in der südatlantischen Region zu profilieren. Präsident Galtieri sagte, am 2. April habe man überhaupt erst damit begonnen, die südlichen Territorialprobleme zu lösen. Das ist eine offene Drohung gegen Chile, mit dem Argentinien im Clinch um den Beagle Kanal und um drei Inseln bei Feuerland liegt. Vor diesem Hintergrund ist die Haltung einiger Länder zu teilen, daß der territoriale Anspruch anerkannt, das Vorgehen der argentinischen Regierung aber verurteilt wird.

Die britische Regierung ihrerseits würde sich in der Welt isolieren, wenn sie ihre Drohungen wahrmacht. Die geschaffenen Tatsachen müssen jetzt anerkannt werden. Auszuhandeln ist eine möglichst konfliktfreie Übergangslösung für die Kolonisten.

Giftzähne noch alle da!

geh. Der Streit um die Zumutbarkeitsordnung ist beigelegt. Der zwischen Ehrenberg und Lambsdorff. Ehrenberg wird die Verordnung „ungern“ aber unverändert genehmigen. In einem „Erläuterungsbrief“ soll eine Anwendungsregel für die Herabstufungen enthalten sein. Danach sollen die Arbeitsämter nach der Zumutbarkeitsverordnung abstufen, wenn:

– vorher alle Vermittlungsbemühungen erschöpft sind;
– wenn trotz intensiver Vermittlungsbemühungen innerhalb einer Frist von drei Wochen kein Arbeitssuchender der jeweils niedrigeren Qualifikationsstufe gefunden ist;
– und nachdem der Arbeitssuchende in einem Gespräch auf die Zweckmäßigkeit der Herabstufung hingewiesen wurde.

Das Arbeitsministerium geht davon aus, daß es in der Praxis keine Herabstufungen geben wird. Mag sein. Das war aber auch schon nach der bisherigen Verordnung so. Es konnte nur dann in eine niedrigere Qualifikationsstufe vermittelt werden, wenn dort keine Arbeitssuchenden zu vermitteln waren. (S. KVZ 11/82) Da aber die niederen Qualifikationsstufen sowieso eine höhere Arbeitslosigkeit aufweisen, war zumindest gegenwärtig nicht mit solchen Abstufungen zu rechnen.

Aber an den entscheidenden, im Augenblick schon wirksam werdenden Regelungen wurde nichts geändert:
– die Verpflichtung, Stellen anzunehmen, die bis zu 20% geringer entlohnt sind, ja bis zur Untergrenze des Arbeitslosengeldsatzes von 68%;
– Pendelzeiten bis zu 2½ Studen täglich in Kauf zunehmen, oder sogar nur

gen erschöpft sind;
– wenn trotz intensiver Vermittlungsbemühungen innerhalb einer Frist von drei Wochen kein Arbeitssuchender der jeweils niedrigeren Qualifikationsstufe gefunden ist;
– und nachdem der Arbeitssuchende in einem Gespräch auf die Zweckmäßigkeit der Herabstufung hingewiesen wurde.

Das Arbeitsministerium geht davon aus, daß es in der Praxis keine Herabstufungen geben wird. Mag sein. Das war aber auch schon nach der bisherigen Verordnung so. Es konnte nur dann in eine niedrigere Qualifikationsstufe vermittelt werden, wenn dort keine Arbeitssuchenden zu vermitteln waren. (S. KVZ 11/82) Da aber die niederen Qualifikationsstufen sowieso eine höhere Arbeitslosigkeit aufweisen, war zumindest gegenwärtig nicht mit solchen Abstufungen zu rechnen.

Aber an den entscheidenden, im Augenblick schon wirksam werdenden Regelungen wurde nichts geändert:
– die Verpflichtung, Stellen anzunehmen, die bis zu 20% geringer entlohnt sind, ja bis zur Untergrenze des Arbeitslosengeldsatzes von 68%;
– Pendelzeiten bis zu 2½ Studen täglich in Kauf zunehmen, oder sogar nur

In unserer nächsten Ausgabe
behandeln wir u.a. folgende Themen:
Kampf gegen die Startbahn West als Kampf gegen den Krieg? – Neue Weltwirtschaftsordnung und Entwicklung der Dritten Welt – Neue Tarifpolitik: Tarifrente

einmal in der Woche vom Arbeitsort an den Wohnort zu gelangen;
– die Verpflichtung zu vorübergehender niedriger qualifizierter und entlohnter Arbeit und
– der Zwang, statt gewünschter Teilzeitbeschäftigung Vollzeitarbeit zu übernehmen.

Weder ist der eine „Giftzahn“ gezogen, noch ist überhaupt an den anderen gewackelt worden. Wie ein enttäuschter Liebhaber klagt der DGB über diese „erneute Kehrtwende“. Aber außer „Verständnislosigkeit“ darüber und „erneute Ablehnung“ geschieht nichts. Die IG Metall will jedem Mitglied, das durch diese Zumutbarkeitsregel Schaden erleidet, Rechtsschutz geben, bis zum Bundesverfassungsgericht. Doch weitere Aktionen sind auch von ihr nicht geplant.

Was wird den Lohnabhängigen eigentlich noch alles zugemutet? Warum müssen die Kapitalisten nicht bei von ihnen verschuldeten Entlassungen analog der Sperrfrist eine Strafe von zwei Monaten an die Arbeitslosenversicherung zahlen? Oder warum müssen nicht *sie* bei längerer Arbeitslosigkeit der von ihnen Entlassenen eine gestaffelte Steigerung ihres Arbeitslosenversicherungsanteils hinnehmen?

UNCTAD und ÖTV: Gemeinsame Forderung

Von Friedemann Bleicher

Der Hauptvorstand der ÖTV hat jetzt sein „schiffahrtspolitisches Programm" vorgelegt, mit dessen Ausarbeitung ihn der Gewerkschaftstag im Juni 1980 beauftragt hatte. Es strebt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Seeleute an und entwickelt ein alternatives Konzept zur Seeschiffahrtspolitik der Bundesregierung. Insofern hat es auch Bedeutung weit über die Reihen der 30000 unmittelbar betroffenen westdeutschen Seeleute hinaus.

Der Seeverkehr ist nämlich einer der hauptsächlichen Streitpunkte im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung, und die ÖTV unterstützt in ihrem Programm ohne Wenn und Aber die Position, die die Entwicklungsländer im Rahmen der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) entwickelt haben. Und sowas ist bei unseren Gewerkschaften bislang ja leider eher die Ausnahme.

Die beiden grundlegenden Probleme des Welt-Seeverkehrs sind die Vorherrschaft der Industrieländer und die Ausflaggung eines großen Teils der Handelsflotten in die „Billig-Flaggen-Staaten".

Rechnet man die in Billig-Flaggen-Staaten registrierten Schiffe den westlichen Industrieländern, wo die Eigner der Schiffe sitzen, zu, so stellt sich heraus, daß sie 86% der Welthandelsflotte kontrollieren. Dagegen macht ihr Anteil am Weltseehandel der Tonnage nach nur 55% aus. Umgekehrt verfügen die Entwicklungsländer nur über 8% der Welthandelsflotte, während ihr Anteil am gesamten Seehandel 39% beträgt. Der Rest entfällt jeweils auf die RWG-Länder, deren Anteil an der Handelsflotte ihrem gewichtsmäßigen Anteil am Handel entspricht.

Ein großer Teil des Handels, an dem Entwicklungsländer beteiligt sind, wird also von den Handelsflotten der Industrieländer transportiert. Auf dem Weg zu einer gleichmäßigeren Beteiligung streben die Entwicklungsländer bis 1990 einen Anteil von 20% an der Welthandelsflotte an. Die Unctad verlangt, daß das Ladungsaufkommen im Seeverkehr zwischen zwei Staaten zu je 40% von den beiden nationalen Flotten transportiert wird; die restlichen 20% können von Schiffen mit anderen Flaggen gefahren werden. Das ist ein Kompromiß, der auf eine Dominanz der Industrieländer von 60:40 hinausläuft. Auch die EG wird einem entsprechenden Abkommen wohl zustimmen, hat aber in einem einseitigen Vorbehalt die sogenannten nicht konferenzgebundenen Linien aus der Quotenregelung herausgenommen.

Trotz den genannten Einschränkungen laufen die Reeder auch schon gegen die 40:40:20-Regelung Sturm. Die Freiheit der Meere sei zu Ende, bejammert z.B. die Industrie- und Handelskammer Frankfurt. Die Freiheit nämlich, durch Umschreibung auf eine Gefälligkeitsflagge – Liberia, Panama, Singapur usw. – in Westdeutschland geltende Tarif-, Sozial-, Sicherheits- und Umwelt- und Steuerbedingungen zu umgehen. Laut „Handelsblatt" sind 45% der westdeutschen Seeschiffe in Billig-Flaggen-Staaten registriert. Solche Schiffe wären nach dem Unctad-Kodex auf die den Drittstaaten verbleibenden 20% des Transportvolumens beschränkt. Die Unctad sieht dies als Schritt zur Schließung der „Offenen Register" der Billig-Flaggen-Staaten an. Jene Staaten nämlich lassen den Reedern der unter ihrer Flagge reigstrierten Schiffe völlig freien Lauf. Damit werden die Entwicklungsländer, die eben keine Seelenverkäufer auf die Reise schicken wollen, niederkonkurriert und an eine Ausweitung ihrer Handelsflotte ist nicht zu denken. Die ÖTV unterstützt diese Haltung, weil gegenüber den Reedern nur bei Schließung der Offenen Register etwas durchzusetzen ist.

Die Methode der Bundesregierung war es bisher, den westdeutschen Reedern kräftige Subventionen zuzuschieben. Doch das Ausflaggen wurde damit nicht verhindert. Hinsichtlich des Bekenntnisses der Bundesregierung zu einer „privatrechtlichen Grundlage der deutschen Handelsflotte" sei daher ein Umdenken notwendig, verlangt die ÖTV. An Stelle dieses pauschalen Freibriefes seien detaillierte Vorstellungen über die Leistungs- und Sozialstruktur zu entwickeln. Könne das verlangte Konzept mit Handelsflotte auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht erfüllt werden, so müsse sich die öffentliche Hand direkt engagieren.

Kampf gegen KKW Wyhl geht in neue Phase

40000 auf Kundgebung / Späth: Wyhl wird auf jeden Fall gebaut

mem.Freiburg. Über 40000 Bewohner der Großregion um den Kaiserstuhl folgten letzten Sonntag dem Aufruf der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen das AKW Wyhl, konkret: dessen Rechtsmäßigkeitserklärung durch den Mannheimer Verwaltungsgerichtshof, und gegen die politische Willenserklärung des Ministerpräsidenten Späth, dies Projekt „schnellstmöglich zu realisieren". Redner aller Strömungen der regionalen Volksbewegung betonten – in unterschiedlichem Ausmaß – die Ablehnung des Urteilsspruchs und verurteilten die Ankündigung Späths, den mehrheitlichen Willen der regionalen Bevölkerung mit Gewaltmitteln zu brechen. In diesem Falle „,... betrachten wir die einmarschierenden Truppen als Besatzungsarmee" und „Südbaden wird unregierbar, wenn Börner und Stoltenberg in Stuttgart Schule machen sollten", heißt es u.a. in der dritten gemeinsamen Erklärung der Bürgerinitiativen, in der eine Art Positionsbestimmung angesichts einer neuen Phase im Widerstand gegen das AKW Wyhl vorgenommen wird.

Nach dieser bisher größten Protestkundgebung im Kampf gegen das AKW Wyhl steht jedenfalls zweierlei fest: 1. Der Widerstand hat an Breite zu- statt abgenommen und dabei seine Reserven bei weitem noch nicht erschöpft. 2. Die Bürgerinitiativen können mit Fug und Recht für sich einen „Alleinvertretungsanspruch" für die regionale Bevölkerung in Sachen AKW Wyhl beanspruchen.

Welche Ausgangspositionen sind in den vergangenen Wochen für die weitere Auseinandersetzung bezogen worden?

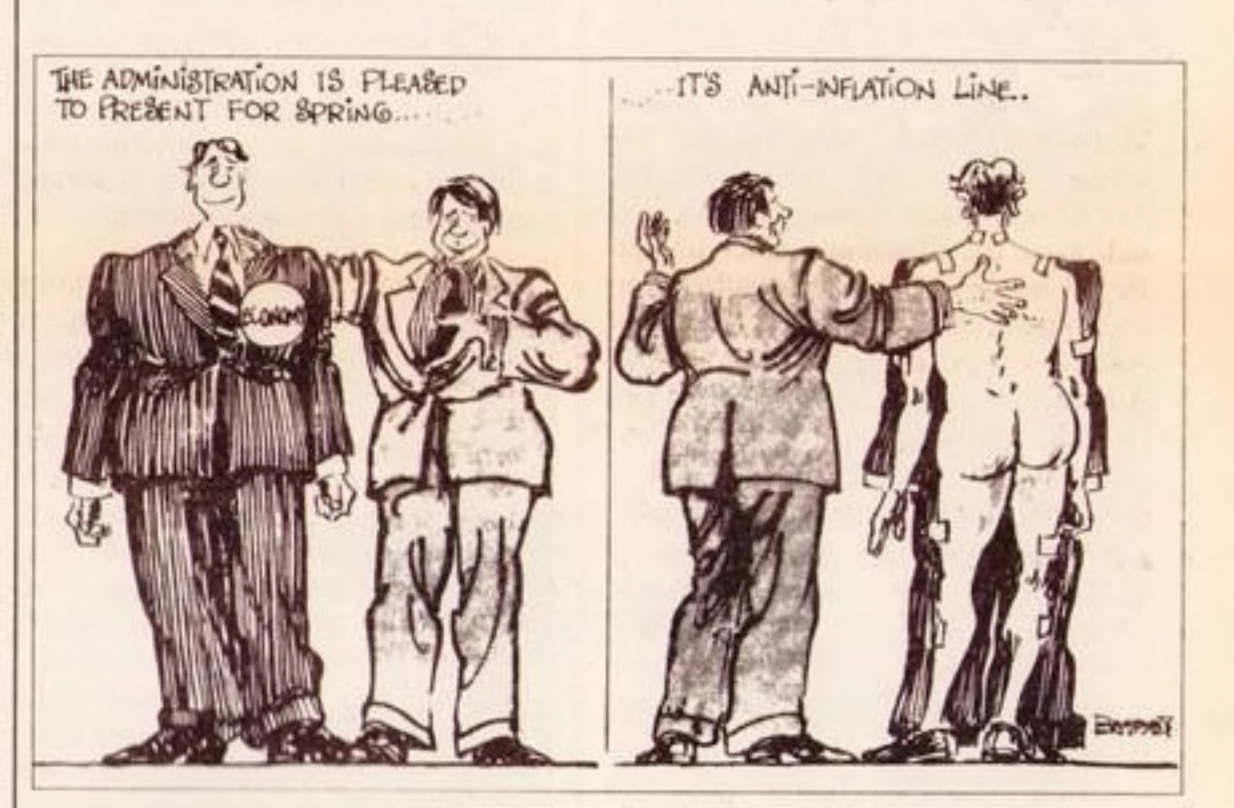
So unglaubwürdig und unredlich wie sie das ganze Verfahren inszeniert hatten, beendeten die Mannheimer Richter des Verwaltungsgerichtshofs es auch: Da sie eine mündliche Urteilsverkündigung im Angesicht der Kaiserstühler Bevölkerung vermeiden wollten, sollte es schriftlich zugestellt werden. Schriftlich ausgearbeitet soll es jedoch erst Ende Mai vorliegen. Dennoch verkündeten sie jetzt am 31. März die Grundzüge des Urteils einer handverlesenen Presseschar: Die Genehmigung von 1975 für das AKW war rechtmäßig. Das gegenteilige Freiburger Urteil (Fehlen eines Berstschutzes) wird aufgehoben. Die Revision ist nur für die Einzelkläger – nicht die Gemeinden – zugelassen.

Ein anderes Urteil war faktisch auch von niemandem erwartet worden. Die Bürgerinitiativen hatten im Januar auf zwei Großveranstaltungen ihre Kritik an dieser speziellen Sorte „Wahrheitsfindung" (vgl. auch KVZ 46/81) dargelegt und gleichzeitig am 29.1.82 in einem offenen Brief daran erinnert, daß Wyhl in erster Linie eine politische Auseinandersetzung zwischen regionaler Bevölkerung und Bürgerinitiativen auf der einen und Landesregierung und Elektrizitätswirtschaft auf der anderen Seite sei, in der die Landesregierung Zusagen gemacht habe, die bis heute nicht erfüllt seien. Späth hielt seinen Antwortbrief – in dem er die Zusagen für erfüllt erklärt und den Bürgerinitiativen den „Alleinvertretungsanspruch" aberkennt – bis zum Vorabend der Urteilsverkündigung zurück.

„Er habe das Urteil und werden schnellstmöglich für einen Baubeginn sorgen. An ein Abwarten der Revisionsinstanz sei nicht zu denken." Schon in den Mittwoch-Mittagsnachrichten läßt Späth seine Sorte Demonstration politischer Handlungsfähigkeit verbreiten. „Ich werde – möglichst noch vor der Sommerpause – noch einmal mit dem Landtag sprechen, parallel dazu mit der Bevölkerung." Aber, „am Bau von Wyhl wird nicht mehr gerüttelt". – „Eine Gesprächs- und Verhandlungsfarce werden wir nicht dulden. Wenn Späth die demokatische Willensbildung im Weinbau- und Bauernverband mit eiligen Gesprächen mit den Funktionären zu unterbinden glaubt, verrechnet er sich", antworteten ihm die Kundgebungsredner.

Am deutlichsten ist Späths Kalkül zur Durchsetzung des AKW Wyhl in einem Kommentar des Chefredakteurs der Stuttgarter Zeitung am 1.4. unter der Überschrift „Ja zu Wyhl" zusammengefaßt. Taktisch sei es im Unterschied zu Börner und Albrecht so: „Späth verfügt über ein solches Fettpolster an CDU-Wählerstimmen, daß er bei den Landtagswahlen 1984 Wyhls wegen nicht ins Schleudern gerät". Außerdem habe „sich die Ausschöpfung des Rechtsweges als untaugliches Mittel zur Bereinigung einer Konfrontation zwischen Bürgerinitiativen und politischen Instanzen erwiesen". Dehalb nicht länger warten, zumal die Kerntechnik sicherer, umweltfreundlicher, nötig zur Stärkung der Wirtschaftskraft und, und ... sei.

Ungeteilte Zustimmung fand Späths Vorgehen jedoch bis jetzt nur bei der CDU-Landtagsfraktion und dem Landesverband der baden-württembergischen Industrie, die Späths „klare Entscheidung" begrüßten. Sämtliche anderen Landtagsfraktionen gingen auf vorsichtigen (FDP) bis entschiedenen Gegenkurs. Unter dem Druck der spontanen Protestbewegung – am gleichen Abend ein Umzug von 120 Traktoren am Kaiserstuhl, am Donnerstag 10000 in Freiburg – bekräftigten die SPD- und FDP-Kreisverbände ihre Ablehnung von Wyhl und verlangten die Kirchen, daß die Regierung auf dem Weg der Verhandlungen bleibe.



Die Reagan-Administration freut sich, Ihnen für den Frühling ...
... ihre neue Anti-Inflations-Kollektion vorstellen zu dürfen.

und die Ausflaggung eines großen Teils der Handelsflotten in die „Billig-Flaggen-Staaten".

Rechnet man die in Billig-Flaggen-Staaten registrierten Schiffe den westlichen Industrieländern, wo die Eigner der Schiffe sitzen, zu, so stellt sich heraus, daß sie 86% der Welthandelsflotte kontrollieren. Dagegen macht ihr Anteil am Weltseehandel der Tonnage nach nur 55% aus. Umgekehrt verfügen die Entwicklungsländer nur über 8% der Welthandelsflotte, während ihr Anteil am gesamten Seehandel 39% beträgt. Der Rest entfällt jeweils auf die RWG-Länder, deren Anteil an der Handelsflotte ihrem gewichtsmäßigen Anteil am Handel entspricht.

Ein großer Teil des Handels, an dem Entwicklungsländer beteiligt sind, wird also von den Handelsflotten der Industrieländer transportiert. Auf dem Weg zu einer gleichmäßigeren Beteiligung streben die Entwicklungsländer bis 1990 einen Anteil von 20% an der Welthandelsflotte an. Die Unctad verlangt, daß das Ladungsaufkommen im Seeverkehr zwischen zwei Staaten zu je 40% von den beiden nationalen Flotten transportiert wird; die restlichen 20% können von Schiffen mit anderen

tad sieht dies als Schritt zur Schließung der „Offenen Register" der Billig-Flaggen-Staaten an. Jene Staaten nämlich lassen den Reedern der unter ihrer Flagge reigstrierten Schiffe völlig freien Lauf. Damit werden die Entwicklungsländer, die eben keine Seelenverkäufer auf die Reise schicken wollen, niederkonkurriert und an eine Ausweitung ihrer Handelsflotte ist nicht zu denken. Die ÖTV unterstützt diese Haltung, weil gegenüber den Reedern nur bei Schließung der Offenen Register etwas durchzusetzen ist.

Die Methode der Bundesregierung war es bisher, den westdeutschen Reedern kräftige Subventionen zuzuschieben. Doch das Ausflaggen wurde damit nicht verhindert. Hinsichtlich des Bekenntnisses der Bundesregierung zu einer „privatrechtlichen Grundlage der deutschen Handelsflotte" sei daher ein Umdenken notwendig, verlangt die ÖTV. An Stelle dieses pauschalen Freibriefes seien detaillierte Vorstellungen über die Leistungs- und Sozialstruktur zu entwickeln. Könne das verlangte Konzept mit Handelsflotte auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht erfüllt werden, so müsse sich die öffentliche Hand direkt engagieren.

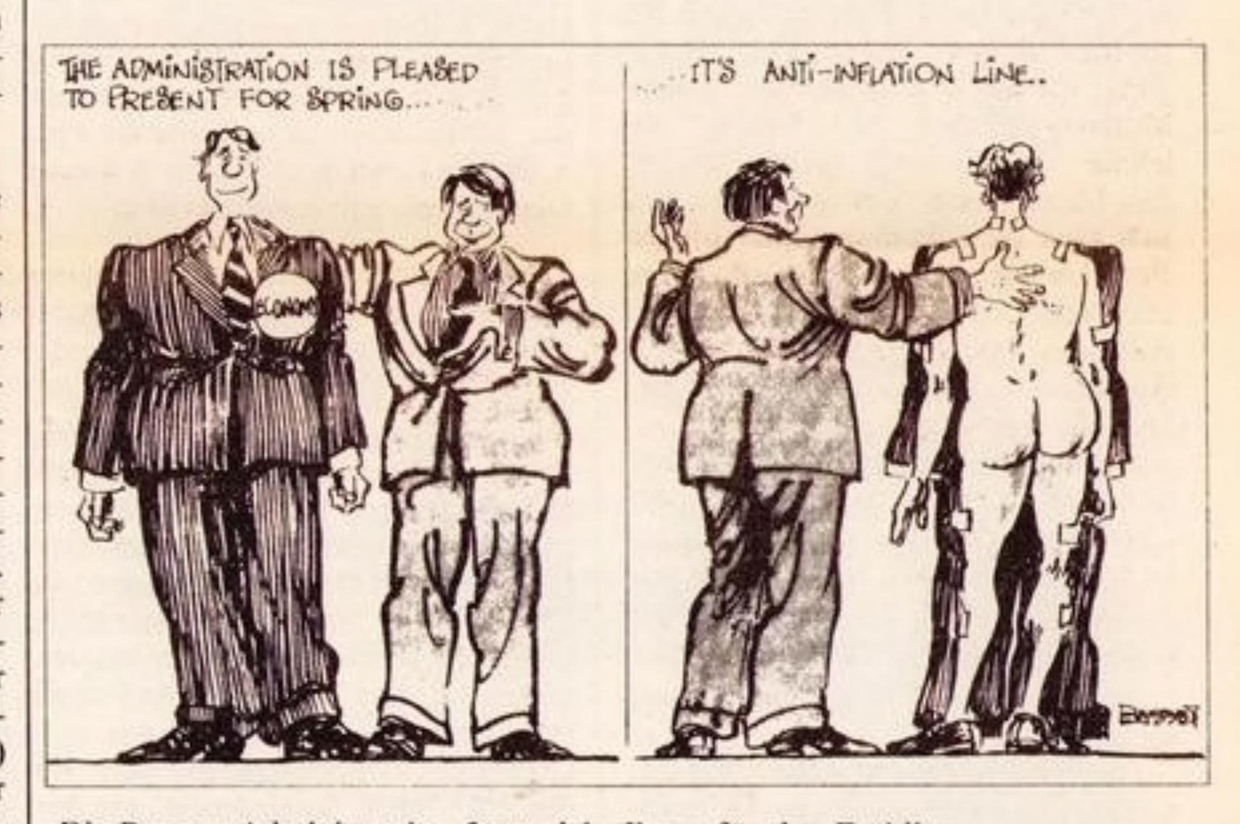
Nach dieser bisher größten Protestkundgebung im Kampf gegen das AKW Wyhl steht jedenfalls zweierlei fest: 1. Der Widerstand hat an Breite zu- statt abgenommen und dabei seine Reserven bei weitem noch nicht erschöpft. 2. Die Bürgerinitiativen können mit Fug und Recht für sich einen „Alleinvertretungsanspruch" für die regionale Bevölkerung in Sachen AKW Wyhl beanspruchen.

Welche Ausgangspositionen sind in den vergangenen Wochen für die weitere Auseinandersetzung bezogen worden?

So unglaubwürdig und unredlich wie sie das ganze Verfahren inszeniert hatten, beendeten die Mannheimer Richter des Verwaltungsgerichtshofs es auch: Da sie eine mündliche Urteilsverkündigung im Angesicht der Kaiserstühler Bevölkerung vermeiden wollten, sollte es schriftlich zugestellt werden. Schriftlich ausgearbeitet soll es jedoch erst Ende Mai vorliegen. Dennoch verkündeten sie jetzt am 31. März die Grundzüge des Urteils einer handverlesenen Presseschar: Die Genehmigung von 1975 für das AKW war rechtmäßig. Das gegenteilige Freiburger Urteil (Fehlen eines Berstschutzes) wird aufgehoben. Die Revision ist nur für die Einzelkläger – nicht die Ge-

lichst noch vor der Sommerpause – noch einmal mit dem Landtag sprechen, parallel dazu mit der Bevölkerung." Aber, „am Bau von Wyhl wird nicht mehr gerüttelt". – „Eine Gesprächs- und Verhandlungsfarce werden wir nicht dulden. Wenn Späth die demokatische Willensbildung im Weinbau- und Bauernverband mit eiligen Gesprächen mit den Funktionären

vorsichtigen (FDP) bis entschiedenen Gegenkurs. Unter dem Druck der spontanen Protestbewegung – am gleichen Abend ein Umzug von 120 Traktoren am Kaiserstuhl, am Donnerstag 10000 in Freiburg – bekräftigten die SPD- und FDP-Kreisverbände ihre Ablehnung von Wyhl und verlangten die Kirchen, daß die Regierung auf dem Weg der Verhandlungen bleibe.



CDU will Erinnerung an KPD-Widerstand tilgen

kvz.Bremen. Ganz entschieden wendet sich die Bremer CDU dagegen, daß im Rahmen einer hier geplanten Ausstellung der antifaschistische Widerstand der KPD Erwähnung findet. Die Ausstellung, die vom Senat mit 110000 DM finanziert werden soll, soll im Januar 1983 gezeigt werden, wenn sich der Tag der Machtübernahme Adolf Hitlers zum 50. Mal jährt. Sie soll insbesondere den Widerstand der Arbeiterbewegung vor und nach 1933 zeigen. Im der CDU nahestehenden Weser-Report heißt es dazu, die vorgesehene „Verengung des Blickwinkels auf die sogenannte Arbeiterbewegung" führe schließlich auch zu einer unzulässigen Aufwertung der Kommunisten. Die Einbeziehung der KPD in die Ausstellung sei angesichts deren unrühmlicher Rolle „problematisch". Dem 50. Jahrestag der Hitlerschen Machtergreifung müsse „in angemessener Weise" gedacht werden, forderte der CDU-Vorsitzende Bernd Neumann. Vielleicht sollte der gute Mann dazu das Haus Krupp um eine Schirmherrschaft angehen.

Göttinger Sondereinheit sammelt nicht nur Daten

kvz. Nach der Enttarnung einiger Verfassungsschutzschnüffler in Bremen und nach entsprechenden Bloßstellungen in Hamburg ist nunmehr auch in Göttingen ein staatliches Spitzelkommando aufgeflogen. „Aufklärungs- und Festnahmekommando" (Aufkdo) nennt sich die Truppe amtlich, deren Funkverkehr nun in einer 40seitigen Broschüre bekanntgemacht wurde. Linke Kneipen, einschlägige Wohngemeinschaften, Teilnehmer politischer Veranstaltungen, Rechtsanwälte und linke Stadtratskandidaten werden seit Mitte letzten Jahres von diesem Sonderkommando beschattet und in einem eigens angelegten Computersystem erfaßt. Sprüche wie „Hau ihm welche!" oder „Kleines Loch hacken, reinschmeißen!" gehören ebenso zum Wortschatz der Staatsschützer wie die Methode, Prügeleien mit „Verdächtigen" zu produzieren, um jene hinterher wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu verknacken. Natürlich wird das Sonderkommando jetzt nicht etwa seine Tätigkeit einstellen. Denn, so der Chef der Schutzpolizei: „Wir tun nichts Verbotenes."

Waldbesitzer: Baum läßt Bäume sterben

kvz. Der Kritik an der TA Luft haben sich jetzt auch die Waldbesitzerverbände angeschlossen. Nach ihrer Aussage entspricht die Anordnung des Innenministeriums hinsichtlich des notwendigen Schutzes der Waldbestände gegen Schadstoffe in der Luft nicht dem neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse. So läßt das Innenministerium 850 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft zu. Tatsächlich reduzieren aber Entschwefelungsanlagen vor allem in den für das Baumsterben hauptverantwortlichen Steinkohlekraftwerken den Schwefeldioxid Anteil auf 400 Milligramm je Kubikmeter. Mit Pilotprojekten sei eine Reduzierung auf 350 Milligramm erreicht worden. Nur vier von 90 Großkraftwerken seien aber überhaupt mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet. In ihrem Brief an Minister Baum wenden sich die Waldbesitzer auch gegen die in der TA Luft festgeschriebene „Politik der hohen Schornsteine", weil durch jene die Schadstoffe erst recht weitflächig verbreitet werden. Allein in Nordrhein-Westfalen seien 100000 Hektar Wald durch Umweltbelastungen geschädigt, 40000 davon in den Ballungsgebieten schwer. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Waldbesitzerverbände, eines gewissen Philipp Freiherr von Boeselager, würde eine Beseitigung der Luftverschmutzung durch Kraftwerke die Stromrechnung um ein bis zwei Prozent verteuern.

Wohnraumbeschaffung auf dem Dachboden

kvz. In ihrem unentwegten Kampf gegen die Wohnungsnot hat die Bundesregierung in parteiübergreifender Zusammenwirkung mit den Länderregierungen einen neuen Frontabschnitt eröffnet: Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium (der Mann heißt zwar Sperling, wohnt aber bestimmt nicht unterm Dach juche) letzte Woche in Bonn erläuterte, wird sein Ministerium jetzt eine ganze Reihe von baurechtlichen Hemmnissen, die bisher dem Ausbau von ungenutzten Dachräumen zu Wohnungen entgegenstanden, niederreißen. Vor allem das Bauordnungsrecht, das in Länderkompetenz liegt, enthalte solche Hemmnisse. Darunter versteht er Vorschriften über Schallschutz, Brandschutz, ausreichende Belichtung oder über notwendige Raumhöhen. Auf diesem Sektor, so Sperling, sei inzwischen die sogenannte „Musterbauordnung", die als Vorbild für die jeweiligen Landesbauordnungen dient, geändert worden. Die Anforderungen an den konstruktiven Ausbau von Dachgeschossen seien deutlich gelockert worden. Entscheidend sei aber nach wie vor unbürokratisches und flexibles Verhalten der örtlich zuständigen Behörden. Sicher sei der Beitrag, den der Ausbau von Dachgeschossen zur Behebung des Wohnraummangels leisten könne, nicht zu überschätzen. In der gegenwärtigen Situation gelte es aber, alle Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums zu nutzen.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

April

9. **BRD.** Beginn der Ostermärsche in verschiedenen Städten
   Dortmund. Zentrale Veranstaltung der DGB-Jugend „Für Frieden und Abrüstung. Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen."
11. **BRD.** Ostermärsche mit zentralen Abschlußkundgebungen
    BRD. 25. Jahrestag des Einrückens der ersten zehntausend Wehrpflichtigen zur Bundeswehr
12. 25. Jahrestag des Göttinger Manifests der Physiker gegen die Atombombe
14. **Zimbabwe.** Jahrestag der Unabhängigkeit Zimbabwes
16. **Osnabrück.** Bundeskongreß der Mittelstandvereinigung der CDU/CSU, bis 17.4.
17. **München.** Kundgebung, Demonstration zum SPD-Parteitag
18. **Hamburg.** Internationale Energie-Messe, Kongreß, bis 22.4.
19. **München.** SPD-Parteitag, bis 23.4.
    100. Todestag von Charles Darwin
21. **Hannover.** Hannover Messe '82, bis zum 28.4.
24. **Frankfurt.** Seminar der Russell-Initiativen, bis 25.4.

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Probleme der Friedensbewegung der 50er Jahre

Kampf gegen Remilitarisierung und Westintegration

Von Willi Preßmar

In den ersten Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation schienen sich die politischen Kräfte in Deutschland zumindest in der strikten Ablehnung jeder Wiederbewaffnung einig zu sein. Die Verschärfung der Ost-West-Konfrontation (z.B. Berlin-Blockade 1948/49) brachte Bewegung in die oberflächliche Übereinstimmung. Kaum im Amt, machte Bundeskanzler Adenauer öffentlich den Vorschlag, eine europäische Armee zu schaffen, „der auch deutsche Soldaten angehören sollten". Diese Frage bestimmte dann in der ersten Hälfte der 50er Jahre die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik, die schließlich der „Besitzbürgerblock", den Adenauer repräsentierte, mit dem NATO-Beitritt 1955 für sich entscheiden konnte. Die Bevölkerungsmehrheit lehnte zunächst einen „Wehrbeitrag" kategorisch ab. Erst mit Beginn des Koreakrieges im Juni 1950 gab es einen gewissen Stimmungsumschwung. Die persönliche Bereitschaft, Soldat zu werden, blieb zwar bis 1955 gering, doch zeigten die regelmäßigen Repräsentativbefragungen, daß ab 1952 Adenauers Westintegration inklusive Wiederbewaffnung mehrheitlich unterstützt wurde. Eine wirkliche Chance, die Remilitarisierung zu verhindern, bestand nur 1950/51. Mit Unterzeichnung der EVG-Verträge (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) im Mai 1952 war dieser Zug abgefahren, auch wenn die Verträge 1954 am Veto der französischen Nationalversammlung scheiterten. Kaum zwei Monate später unterzeichnete Adenauer im Oktober 1954 die Verträge zum Beitritt in die NATO.

„Ohne-mich"-Bewegung und Volksbefragung

Die Opposition gegen die Wiederbewaffnungspläne äußerte sich zunächst spontan in der „Ohne-mich"-Bewegung, die aus den unterschiedlichsten Motiven jeglichen „Wehrbeitrag" ablehnte. „Ohne uns!" lautete schlicht das Motto dieser Bewegung. So ließ sich zwar die Stimmung einer breiten Bevölkerungsmehrheit ausdrücken, aber kein erfolgreicher Kampf gegen Adenauers politischen Kurs führen. Adenauer verfolgte zu keiner Zeit einfach die Remilitarisierung. Sein Konzept hieß: Westintegration, Restauration des Kapitalismus in Gestalt der „Sozialen Marktwirtschaft", Erlangung der politischen Souveränität der Bundesrepublik – um den Preis eines (west)deutschen Wehrbeitrags.

Im Oktober 1950 forderte Martin Niemöller in einem Offenen Brief an Adenauer eine Volksbefragung zu den Remilitarisierungsplänen der Bundesregierung. Kirchliche, pazifistische und neutralistisch orientierte Gruppen griffen Niemöllers Vorschlag positiv auf.

französischen Nationalversammlung scheiterten. Kaum zwei Monate später unterzeichnete Adenauer im Oktober 1954 die Verträge zum Beitritt in die NATO.

„Ohne-mich"-Bewegung und Volksbefragung

Die Opposition gegen die Wiederbewaffnungspläne äußerte sich zunächst spontan in der „Ohne-mich"-Bewegung, die aus den unterschiedlichsten Motiven jeglichen „Wehrbeitrag" ablehnte. „Ohne uns!" lautete schlicht das Motto dieser Bewegung. So ließ sich zwar die Stimmung einer breiten Bevölkerungsmehrheit ausdrücken, aber kein erfolgreicher Kampf gegen Adenauers politischen Kurs führen. Adenauer verfolgte zu keiner Zeit einfach die Remilitarisierung. Sein Konzept hieß: Westintegration, Restauration des Kapitalismus in Gestalt der „Sozialen Marktwirtschaft", Erlangung der politischen Souveränität der Bundesrepublik – um den Preis eines (west)deutschen Wehrbeitrags.

Im Oktober 1950 forderte Martin Niemöller in einem Offenen Brief an Adenauer eine Volksbefragung zu den Remilitarisierungsplänen der Bundesregierung. Kirchliche, pazifistische und neutralistisch orientierte Gruppen griffen Niemöllers Vorschlag positiv auf.
Die KPD machte die Volksbefragung rasch zu ihre zentralen Aktionslosung. Die SPD schwankte kurz, grenzte sich dann aber schnell und schroff ab und machte sich schließlich für ein Verbot der Volksbefragung stark. Zwar bildeten sich in allen Städten und größeren Betrieben Ausschüsse zur Organisierung der Volksbefragung. Doch konnten diese Initiativen kaum darüber hinwegtäuschen, daß der Kampagne durch die Ablehnung der SPD (und gleichermaßen der Gewerkschaften) ein großer Teil der organisierten Arbeiterbewegung entzogen war. Zwar war die Befragung gerade in der Arbeiterklasse populär und so organisiert, daß sich trotz Verbot mehrere Millionen (die KPD sprach von 9 Millionen) beteiligten. In den Gewerkschaften und auf zahlreichen Betriebsversammlungen wurden Beschlüsse zur Unterstützung der Volksbefragung und gegen die Remilitarisierung gefaßt. Noch vor Unterzeichnung des EVG-Vertrages kam es sogar zu zahlreichen betrieblichen Streiks. Dennoch reichten die Kräfte nicht aus, Westintegration und Remilitarisierung zu verhindern oder auch nur aufzuhalten. Adenauers Regierungskoalition gewann im September 1953 die Wahlen zum 2. Bundestag und erreichte sogar eine verfassungsändernde Mehrheit, das sind zwei Drittel der Parlamentssitze, während die KPD, „entschiedenste Verfechterin" des Kampfes gegen die Remilitarisierung, an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und überhaupt nicht mehr im Bundestag vertreten war. Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Konzeption der SPD

Die SPD zeichnete sich dadurch aus, daß sie im Bundestag zwar auf konzessionslose Oppositionspolitik machte, ohne letztlich eine Perspektive zu haben. „Die deutsche Sozialdemokratie hatte in dieser Phase der Wehrdebatte kein alternatives Konzept in der Außen- und Sicherheitspolitik." (1) Stattdessen waren die Auffassungen in der SPD kontrovers und änderten sich auch mehrmals grundlegend – während die Adenauer-Regierung, nachdem sie ihre Konzeption bis 1950 entwickelte, diese auch Stück für Stück realisierte. Die sozialdemokratische Mitgliedschaft und Wählerbasis war in der großen Mehrheit entschieden gegen jegliche Wiederaufrüstung. In der Parteiführung dagegen wurden die Frage ziemlich früh differenziert. Bereits Ende 1948 schrieb Carlo Schmidt, einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden Schumacher, in ein „internationale System kollektiver Sicherheit könnte Deutschland einbezogen werden ...".

Ende 1949 lehnte die SPD-Fraktion im Bundestag auch nur die Erwägung einer deutschen Wiederaufrüstung schroff ab. Auf dem Bundesparteitag im Mai 1950 wurde kraftvoll beschlossen, „sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen". Das blieb offizielle Partei(tags)diktion bis 1954, obwohl Parteiführung und Bundestagsfraktion längst ganze andere Auffassungen verfolgten. Mit Beginn des Koreakrieges lehnten Parteivorstand und Bundestagsfraktion einen (west)deutschen Wehrbeitrag nicht mehr grundsätzlich ab, sondern vertraten ein Konzept der „bedingten Zustimmung" zur Remilitarisierung. Schumachers Bedingungen waren:

Westintegration

Von Willi Preßmar



der großen Mehrheit entschieden gegen jegliche Wiederaufrüstung. In der Parteiführung dagegen wurden die Frage ziemlich früh differenziert. Bereits Ende 1948 schrieb Carlo Schmidt, einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden Schumacher, in ein „internationale System kollektiver Sicherheit könnte Deutschland einbezogen werden ...".

Ende 1949 lehnte die SPD-Fraktion im Bundestag auch nur die Erwägung einer deutschen Wiederaufrüstung schroff ab. Auf dem Bundesparteitag im Mai 1950 wurde kraftvoll beschlossen, „sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen". Das blieb offizielle Partei(tags)diktion bis 1954, obwohl Parteiführung und Bundestagsfraktion längst ganze andere Auffassungen verfolgten. Mit Beginn des Koreakrieges lehnten Parteivorstand und Bundestagsfraktion einen (west)deutschen Wehrbeitrag nicht mehr grundsätzlich ab, sondern vertraten ein Konzept der „bedingten Zustimmung" zur Remilitarisierung. Schumachers Bedingungen waren:

1. Volle militärische Gleichberechtigung und staatliche Souveränität; 2. offensive Verteidigungsstrategie – das heißt: Stationierung starker und modernst ausgerüsteter Streitkräfte der Verbündeten in der Bundesrepublik, um bei einem Angriff aus dem Osten im sofortigen Gegenstoß die Kriegsentscheidung außerhalb Deutschlands zu suchen. Diese Konzeption, die sich von der Adenauers nur im etwas nationalen Ton unterschied, wurde bis ins Jahr 1952 verfolgt und erst nach der Stalin-Note vom März 1952 (2) korrigiert: kurz vor Unterzeichnung der EVG-Verträge „merkte" die Parteiführung, daß Westintegration und Remilitarisierung in unvereinbarem Gegensatz zum sozialdemokratischen Hauptziel der Wiedervereinigung Deutschlands kommen mußten. Die sowjetischen Sicherheitsinteressen sollten fortan stärker berücksichtigt und die sowjetischen Verhandlungsangebote ernsthaft geprüft werden. Die Positionen der DGB-Gewerkschaften waren ungefähr an der sozialdemokratischen Politik orientiert.

Stellung der KPD

Die KPD war zweifellos die entschiedenste politische Kraft gegen die Remilitarisierung, konnte aber dennoch die antimilitaristische Grundstimmung in der Bevölkerung nicht ausreichend mobilisieren. Am schärfsten drückt sich dies in der verheerenden Wahlniederlage 1953 aus. Die KPD wurde nicht mehr in den Bundestag gewählt. Die KPD-Geschichtsschreibung macht dafür gerne den bürgerlichen Antikommunismus und den „Verrat der SPD-Führer" verantwortlich. Zweifellos hatte irrationaler Antikommunismus auch nach 1945 seine Wirkung. Entscheidend aber dürften die konkreten und massenhaften Erfahrungen gewesen sein, die gerade auch Arbeiter mit der Roten Armee, der SED und DDR gemacht haben: die Massenvertreibung aus den Ostgebieten, die bürokratische Zwangsvereinigung von SPD und KPD bei gleichzeitiger Unterdrückung der Arbeiterbewegung und insbesondere sozialdemokratischer Arbeiter, Verschärfung der politischen Justiz in der DDR, die Berlin-Blockade, schließlich die Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 ... Die KPD machte sich zunehmend unglaubwürdig, rechtfertigte sie doch jede politische Schweinerei der SU und DDR und machte sich zum bloßen Sprachrohr sowjetischer und DDR-offizieller Politik.

die Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 ... Die KPD machte sich zunehmend unglaubwürdig, rechtfertigte sie doch jede politische Schweinerei der SU und DDR und machte sich zum bloßen Sprachrohr sowjetischer und DDR-offizieller Politik.

Neutralitätsbestrebungen

Unabhängig von der Volksbefragungsbewegung und teilweise in scharfem Gegensatz zur KPD versuchte 1951 die neutralistische Opposition ihre Kräfte zusammenzufassen. Die wichtigsten Gruppen organisierten sich im bürgerlich-pazifistischen „Nauheimer Kreis" und um die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" um die ehemalige Zentrumsabgeordnete Helene Wessel und den früheren Bundesinnenminister Gustav Heinemann. Obwohl sich ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung für Neutralität und gegen Westintegration aussprach, konnte sich diese Auffassung keinen relevanten politischen

Neutralitätsbestrebungen

Unabhängig von der Volksbefragungsbewegung und teilweise in scharfem Gegensatz zur KPD versuchte 1951 die neutralistische Opposition ihre Kräfte zusammenzufassen. Die wichtigsten Gruppen organisierten sich im bürgerlich-pazifistischen „Nauheimer Kreis" und um die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" um die ehemalige Zentrumsabgeordnete Helene Wessel und den früheren Bundesinnenminister Gustav Heinemann. Obwohl sich ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung für Neutralität und gegen Westintegration aussprach, konnte sich diese Auffassung keinen relevanten politischen
Ausdruck verschaffen. Zu buntscheckig war das Feld der Neutralisten und sie verfügten nicht wirklich über eine Konzeption, die über die Auflistung einiger Wunschvorstellungen hinausreichte. Der Versuch, über die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) im Parlament vertreten zu sein, scheiterte 1953 kläglich. Die GVP des Gustav Heinemann brachte es gerade auf 1,1% der Stimmen.

Woran scheiterte der Kampf gegen die Remilitarisierung?

Dazu hört man aus dem Lager der Remilitarisierungsgegner häufig, die SPD-Führung habe mit ihrer „bedingten Zustimmung" die Bewegung gespalten. Die Frage stellt sich aber, ob es politisch richtig war, die Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik auf die Alternative *für oder gegen die Wiederbewaffnung* zu beschränken. Damit knüpften die Aufrüstungsgegner zwar an die spontanen Gefühle und Auffassungen der Bevölkerung an, ignorierten aber,

– daß diese Auffassungen sich zwangsläufig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen (z.B. Berlin-Blockade, Koreakrieg, ökonomische Aufwärtsentwicklung, insgesamt verschärfter Ost-West-Gegensatz mitten durch Deutschland) ändern mußten;

– daß das Konzept der bürgerlich-konservativen Adenauer-Regierung nicht einfach Aufrüstung und Remilitarisierung hieß, sondern Westintegration und „Soziale Marktwirtschaft", und die Remilitarisierung „nur" ein Mittel in Verfolgung dieser politischen Gesamtkonzeption war und also nach einer alternativen Konzeption verlangte;

– daß die politischen Rahmenbedingungen und die ökonomische Entwicklung sowieso Adenauers Konzeption favorisierten und die Zeit ohnehin für den „Bürgerblock" arbeitete.

Es wäre auf jeden Fall zu kurz gegriffen und wahrscheinlich sogar falsch, für diese Komplikationen einfach die SPD-Führung verantwortlich zu machen, weil sie die Remilitarisierung nicht grundsätzlich ablehnte.

Das Problem ist eher, daß die Gegner der Remilitarisierung sich im großen und ganzen auf diese Frage beschränkten, während die Führung der Sozialdemokratie ihrerseits auch nicht in der Lage war, ein alternatives Konzept in der Sicherheits- und Außenpolitik zu entwickeln.

ner der Remilitarisierung sich im großen und ganzen auf diese Frage beschränkten, während die Führung der Sozialdemokratie ihrerseits auch nicht in der Lage war, ein alternatives Konzept in der Sicherheits- und Außenpolitik zu entwickeln.

Kampf dem Atomtod

Nach dem NATO-Beitritt 1955 und der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 (jeweils gegen die Stimmen der SPD) standen die Jahre 1957 und 1958 im Zeichen der Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung. Nachdem Adenauer erklärte, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr sei eine beschlossene Sache, entwickelte sich rasch eine breite Ablehnungsfront gegen diese Absicht. Sie umfaßte die SPD, einschließlich Vorstand und Bundestagsfraktion, die Gewerkschaften, kirchliche Gliederungen und ein breites Spektrum aus Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern.

Kampf dem Atomtod

Nach dem NATO-Beitritt 1955 und der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 (jeweils gegen die Stimmen der SPD) standen die Jahre 1957 und 1958 im Zeichen der Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung. Nachdem Adenauer erklärte, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr sei eine beschlossene Sache, entwickelte sich rasch eine breite Ablehnungsfront gegen diese Absicht. Sie umfaßte die SPD, einschließlich Vorstand und Bundestagsfraktion, die Gewerkschaften, kirchliche Gliederungen und ein breites Spektrum aus Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern.
Dennoch konnte die CDU/CSU die Bundestagswahlen im September 1957 haushoch gewinnen und zum erstenmal alleine die absolute Mehrheit erringen. Im Dezember 1957 beschloß der NATO-Ministerrat in Paris mit den Stimmen der Bundesregierung, in Europa Mittelstreckenraketen zu stationieren und für die NATO-Truppen Lager mit Atomsprengköpfen unter amerikanischem Verschluß anzulegen – insbesondere auch in der BRD.

Anfang 1958 waren über 80% der Bevölkerung gegen Atomraketen auf dem Gebiet der BRD und über die Hälfte war für Streik zur Verhinderung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr. Die ÖTV rief ihre Mitglieder zur Urabstimmung. Bei hoher Wahlbeteiligung (87,59) stimmten fast 95% für Streik, um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu verhindern. Eine solche Kampfperspektive ging allerdings der SPD-Führung zu weit. Wehner und Erler votierten ausdrücklich gegen politische Streiks und mahnten, den parlamentarischen Weg nicht zu verlassen. Daraufhin ließ der DGB seine Urabstimmungs- und Volksbefragungspläne fallen. Dennoch kam es zu zahlreichen spontanen Streiks, z.B. in Kassel, Bielefeld, Hamburg, Braunschweig und Wolfsburg.

Die SPD stellte sich zusammen mit dem DGB an die Spitze des „Kampfes gegen den Atomtod". Am 10. März 1958 wurde ein Aufruf veröffentlicht, in dem es u.a. hieß: „Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen." Stadt-und Landesparlamente appellierten in ähnlicher Weise an den Bundestag; Massenkundgebungen in nahezu allen Städten mit prominenten Rednern aus SPD und Gewekschaften bestimmten die ersten Monate des Jahres 1958. In Hamburg beteiligten sich 150000 Menschen an der bis dahin größten Kundgebung in Westdeutschland seit Kriegsende. Erst in Bonn am 10.10.1981 sind mehr Menschen zusammengekommen.

Dessenungeachtet beschloß der Bundestag, die Bundeswehr mit modernsten Waffen auszurüsten, so daß sie den NATO-Verpflichtungen genügen. Damit waren auch die Voraussetzungen für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Träger- und Abschußmitteln für Atomsprengköpfe geschaffen.

Im Vergleich zur Bewegung gegen die Remilitarisierung erreichte die Kampagne „Kampf dem Atomtod" eine viel größere Massenmobilisierung. Das hing vor allem damit zusammen, daß SPD und Gewerkschaften diese Kampagne mitgetragen und sogar geführt haben. Sie sorgten aber gleichzeitig dafür, daß die Stoßrichtung des Kampfes auf die Atombewaffnung eingeschränkt blieb. Die NATO-Strategie der flexiblen Abschreckung, die ja Grundlage der atomaren Bestückung Mitteleuropas war, wurde ebenso aus der Schußlinie genommen wie überhaupt die Frage der NATO-Zugehörigkeit, der Bündnispolitik der Bundesrepublik. In dieser künstlichen Beschränkung gehalten, hatte die Anti-Atomtod-Bewegung keine Perspektive mehr, nachdem Bundesregierung und NATO vollendete Tatsachen geschaffen und die SPD den Kampf schnell wieder abgeblasen hatte, nachdem die CDU bei den Landtagswahlen in NRW im Juli 1958 die absolute Mehrheit gewinnen

wehr mit Träger- und Abschußmitteln für Atomsprengköpfe geschaffen.

Im Vergleich zur Bewegung gegen die Remilitarisierung erreichte die Kampagne „Kampf dem Atomtod" eine viel größere Massenmobilisierung. Das hing vor allem damit zusammen, daß SPD und Gewerkschaften diese Kampagne mitgetragen und sogar geführt haben. Sie sorgten aber gleichzeitig dafür, daß die Stoßrichtung des Kampfes auf die Atombewaffnung eingeschränkt blieb. Die NATO-Strategie der flexiblen Abschreckung, die ja Grundlage der atomaren Bestückung Mitteleuropas war, wurde ebenso aus der Schußlinie genommen wie überhaupt die Frage der NATO-Zugehörigkeit, der Bündnispolitik der Bundesrepublik. In dieser künstlichen Beschränkung gehalten, hatte die Anti-Atomtod-Bewegung keine Perspektive mehr, nachdem Bundesregierung und NATO vollendete Tatsachen geschaffen und die SPD den Kampf schnell wieder abgeblasen hatte, nachdem die CDU bei den Landtagswahlen in NRW im Juli 1958 die absolute Mehrheit gewinnen
konnte, obwohl der Landtagswahlkampf unter der Frage der Atombewaffnung geführt wurde. Die Kampagne verebbte so rasch, wie sie angelaufen war. In der zweiten Jahreshälfte 1958 gab es keine nennenswerten Aktionen mehr. Als Erfolg konnte die Anti-Atomtod-Bewegung verbuchen, daß die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Sprengköpfen verhindert wurde. Inzwischen zeigt sich aber, daß die uneingeschränkte Verfügung der USA über das in Europa gelagerte Nuklearpotential auch keine Vorteile gebracht hat, zumal die Bundesregieung nicht einmal ein Vetorecht gegen den Einsatz von Atomwaffen von westdeutschem Territorium aus hat. Der Verlauf der Anti-Atomtod-Bewegung und die seitherige Weiterentwicklung der Strategien und Vernichtungspotentiale beider Blöcke zeigen in aller Schärfe auf, daß der Kampf gegen dieses oder jenes Waffensystem das Problem nicht lösen kann und in Kritik an der Allianzpolitik insgesamt alternative Konzepte erforderlich sind.

(1) Tilmann Fichter/Siegward Lönnendonker: Die 50er Jahre. Von der Wiederbewaffnung zum Studentenkongreß gegen Atomrüstung. In: Alternativen Europäischer Friedenspolitik, Hrsg. Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, 1981, Berlin 33, Friedrichshaller Str. 17

(2) Stalin-Note vom 10. März 1952 an die Regierungen der drei Westmächte: die Regierung der UdSSR schlug den Abschluß eines Friedensvertrages, die Neutralisierung Deutschlands und die Aufstellung einer Nationalarmee zur Verteidigung der Neutralität vor.

Alternative Hochstapelei in Hessen

DKP-Trittbrettfahrer auf Aschu-Liste

kow. Am Samstag, 3.4., fand in Frankfurt die erste hessenweite „Arbeitskonferenz" der Initiativen für eine Alternative Liste zu den Hessenwahlen statt. Rund 300 waren anfangs zugegen, ca. 30% DKP, der Rest ganz überwiegend organisierte Linke und ehemalige, einige Grüne und Beobachter. A. Schubart und einige Linke an seinen Rockschößen wollten gegen die Alleinkandidatur der Grünen mit offener Liste endlich „Fakten schaffen": ein „offener Brief" an die Grünen wurde verabschiedet (da waren noch 150 da). Die Gründung einer AL wurde vorbereitet, sie soll sich am 2. Mai endgültig konstituieren. Man will jetzt in allen Wahlkreisen die Kandidatur betreiben und dafür die organisatorischen Voraussetzungen schaffen.

Um dem Vorwurf der Inhaltslosigkeit zu begegnen, schob man die „Präambel für die Wahlplattform" nach, die noch veränderungsfähig ist, man ist ja im Gegensatz zu den Grünen „offen". Änderungsanträge fielen somit bei der Abstimmung gleich unter den Tisch, es ging ja nur um die „Billigung in der Tendenz". Es mußte endlich eine Liste her, egal wie, um gegenüber den Grünen koalitionsfähig zu werden.

Nachdem die Betreiber einer AL teilweise seit 3 Monaten durch Südhessen reisen, um die Trommel zu rühren gegen den grünen „Alleinvertretungsanspruch" bei dieser Schicksalsfrage (den Hessenwahlen), versichern sie als echte Linke in ernstem Ton: „Zum Parlamentarismus haben wir ein illusionsfreies und distanziertes Verhältnis" (Präambel). Es ginge um die „Bindung" (woran?) der vielen ausdriftenden Sozialdemokratien mit linken gewerkschaftlichen Positionen, die die Grünen nicht binden könnten. – Dazu muß man wissen, daß die AL-Betreiber in 3 Monaten noch nicht eine wesentliche und wahrheitsgemäße Kritik an Grüner Politik und Programmatik geliefert haben. Im „offenen Brief" werden dafür jetzt die Grünen aufgefordert, endlich die „behaupteten grundlegenden inhaltlichen Widersprüche" zu benennen. Mit völlig haltlosen Wahlkalkülen, den geschaffenen „Fakten" und dem Angebot eines „Minimalkonsenses" für 4 Jahre sollen die Grünen unter Druck gesetzt werden – „in aller Solidarität", versteht sich. Die Veranstalter legten überzeugend dar, wie sie die linken Gewerkschafter „binden" wollen: die Arbeitertümelei des heute schichtarbeitenden Soziologen durfte ebensowenig fehlen wie kämpferische Sprüche der Moskauer Agenten gegen die „Rotstift- und Raketenpolitik" in hessischer Mundart, und natürlich „Bremen" und „Marburg", um die Grünen der Unverzichtbarkeit dieser Arbeiterführer zu versichern.

Nichts wird breiter, nichts linker, nichts radikaler, keine Stimme mehr durch diese AL – im Gegenteil. Die Grünen haben völlig zu recht erkannt, daß der Beschluß des BI-Plenums mit dem Wunsch nach Einheit in seiner Formulierung („Verhandlungen mit der sich *bildenden* AL") einigen Möchtegern-Parteiaufbauern und -Landtagskandidaten gerade recht kam, um doch noch alte unerfüllbare Träume wahrzumachen.

Mehrere Redner gegen die AL wiesen darauf hin, daß er nicht einmal die Existenz der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność akzeptieren würde. Die DKP stellt die Truppen für die Aschu-Liste, um wieder gesellschaftsfähig zu werden. Schubarth will die DKP nicht, braucht sie aber, um die Suppe der AL-Diskussion am Kochen zu halten, sonst wird das Projekt nicht koalitionsfähig gegenüber den Grünen. Schubart und Genossen setzen jetzt auf die Eigendynamik der „Fakten" – von Presse und Rundfunkt (ZDF – „Heute"!) wohlwollend begleitet.

Ohne A. Schubart etwas Schlechtes zu wünschen, er hat nicht die besten Berater, aber das Beste für die Beteiligten der Aschu-Liste wäre wohl, ihr Parteitagsbrandredner würde sich 8 Wochen mit Grippe ins Bett legen, bis alles vorbei ist.

Der KBW Bezirk Frankfurt verteilte auf dem Treffen ein Flugblatt mit ausführlicher Begründung, warum wir die Kandidatur der Grünen unterstützen. Nebenei waren wir uns hier mit Dany Cohn-Bendit völlig einig.

Weshalb die GRÜNEN an ihrer Kandidatur festhalten

Nach ausführlicher Dikussion in den Kreisverbänden, auf dem Sonder-Landeshauptausschuß am 21. März 1982 in Gießen und auf der heutigen Landesversammlung haben DIE GRÜNEN-HESSEN bei mehr als 250 Anwesenden mit 17 Gegenstimmen und wenig Enthaltungen beschlossen, ihren Beschluß, mit einer GRÜNEN OFFENEN LISTE zu den Landtagswahlen anzutreten, zu bestätigen.

Zur Vermittlung dieser Position wollen wir hier noch einmal unsere Gründe für eine GRÜNE OFFENE LISTE und gegen eine ALTERNATIVE LISTE bzw. ein Wahlbündnis in aller Kürze darlegen.

Gegen eine Alterantive Liste (AL) spricht:

(1) Als Bündnisorganisationen für eine Alternative Liste bleiben inzwischen nur noch die Demokratischen Sozialisten (DS), die DKP und sonstige politische Organisationen, z.B. der Kommunistische Bund (KB), nachdem z.B. die Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West beschlossen haben, sich nicht an einem Wahlbündnis zu beteiligen.

nen, unkritisch geduldete etablierte und hierarchische Parteistrukturen und vor allem durch politische Inhalte aus, die unseren Eindruck verstärken, daß es sich hierbei um den Versuch handelt, eine „Partei der besseren Sozialdemokraten" zu bilden.

Wir vermissen jeden Bezug der DS auf die ganze Breite alternativ-ökologischer Diskussionen der letzten Jahre und kritisieren, daß die DS in Recklinghausen mit der Behauptung aufgetreten sind, ihre Existenz sei der Beginn einer neuen politischen Kultur.

Wir befürchten, daß DIE GRÜNEN-HESSEN für die DS Gegenstand eines nicht offenen, wahltaktischen Kalküls sind.

Die Recklinghauser Thesen lassen zudem nicht nur Wesentliches vermissen, in ihnen sind auch viele falsche politische Ansätze enthalten, die bestätigen, daß hier der Versuch der Reform des Sozialdemokratismus gemacht werden soll.

DIE GRÜNEN-HESSEN begrüßen

der DS wollen wir auf inhaltlicher Ebene weiterführen.

Für eine GRÜNE OFFENE LISTE spricht:

(1) Zum erstenmal Ist es uns in Hessen als oppositionelle Gruppierung gelungen, eine Landtagswahl langfristig und inhaltlich fundiert anzugehen. Die Programmdiskussion der GRÜNEN dauert nun seit etwa einem dreiviertel Jahr und steht in ihrer Gesamtheit kurz vor dem Abschluß. Die Programmteile „Wirtschaft und Arbeitswelt", „Frieden", „Gesundheit" und „Gesellschaftlichen Diskriminierte" sind bereits verabschiedet.

Eine derartig breite und basisdemokratische Programmdiskussion ist jetzt vor der Wahl, nicht mehr möglich.

DIE GRÜNEN-HESSEN behaupten nicht, die einzig mögliche parlamentarische Vertretung der gesamten Oppositionsbewegung zu sein, genausowenig wie wir beanspruchen, in allen Punkten die Diskussion um die wichtigen Fragen in unserer Gesellschaft schon ausreichend oder tief genug geführt zu haben.

Wir bestehen aber darauf, daß die,

Offener Brief an die „Grünen" in Hessen

Frankfurt, 3. April 1982

Liebe Grüne!

Wir wenden uns an Euch in aller Solidarität und bitten Euch eindringlich, ja *beschwörend:* bedenkt noch einmal Euren Beschluß vom 28.3.1982 über Eure Kandidatur zur Landtagswahl 1982, beteiligt Euch an einem breiten Wahlbündnis.

Ihr wißt wie wir, daß in beachtlichen Teilen des Protestpotentials in Hessen gegen die Politik des Herrschenden Blocks ein starkes Bedürfnis vorhanden ist, ein solches Wahlbündnis herzustellen. Eure Mitglieder waren wie wir in den letzten Wochen auf zahlreichen Veranstaltungen im südhessischen Raum, in der sich die Stimmung an der Basis unseres gemeinsamen Protestpotentials deutlich artikulierte: die ganz überwiegende Mehrheit sprach sich immer wieder sowohl in den Wortbeiträgen als auch in der Abstimmung für das breite Wahlbündnis und gegen eine Alleinkandidatur von Euch aus. Vor allem aber möchten wir Euch den Beschluß des Plenums der Gesamt-BI gegen die Flughafenerweiterung, der

den Grünen koalitionsfähig zu werden.

Nachdem die Betreiber einer AL teilweise seit 3 Monaten durch Südhessen reisen, um die Trommel zu rühren ge-

fehlen wie kämpferische Sprüche der Moskauer Agenten gegen die „Rotstift- und Raketenpolitik" in hessischer Mundart, und natürlich „Bre-

führlicher Begründung, warum wir die Kandidatur der Grünen unterstützen. Nebenei waren wir uns hier mit Dany Cohn-Bendit völlig einig.

wahl um 4 Wochen auf den 15./16. Mai 1982 verschoben.

Weshalb die GRÜNEN an ihrer Kandidatur festhalten

Nach ausführlicher Dikussion in den Kreisverbänden, auf dem Sonder-Landeshauptausschuß am 21. März 1982 in Gießen und auf der heutigen Landesversammlung haben DIE GRÜNEN-HESSEN bei mehr als 250 Anwesenden mit 17 Gegenstimmen und wenig Enthaltungen beschlossen, ihren Beschluß, mit einer GRÜNEN OFFENEN LISTE zu den Landtagswahlen anzutreten, zu bestätigen.

Zur Vermittlung dieser Position wollen wir hier noch einmal unsere Gründe für eine GRÜNE OFFENE LISTE und gegen eine ALTERNATIVE LISTE bzw. ein Wahlbündnis in aller Kürze darlegen.

Gegen eine Alterantive Liste (AL) spricht:

(1) Als Bündnisorganisationen für eine Alternative Liste bleiben inzwischen nur noch die Demokratischen Sozialisten (DS), die DKP und sonstige politische Organisationen, z.B. der Kommunistische Bund (KB), nachdem z.B. die Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West beschlossen haben, sich nicht an einem Wahlbündnis zu beteiligen.

Eine AL in Hessen (im Gegensatz zu Berlin z.B.) bedeutet unter den gegenwärtigen Bedingungen *keine* Verbreiterung des ökologisch-demokratischen Spektrums, sondern im Gegenteil eine Einengung desselben.

(2) DIE GRÜNEN-HESSEN lehnen ein wahltaktisches Zusammengehen verschiedener Organisationen ab, weil dies nur zu einer Übertünchung grundlegender inhaltlicher Widersprüche führen würde, die nach der Wahl aufbrechen und eine gemeinsame, langfristige parlamentarische Arbeit verunmöglichen würde. Wir lehnen es ab, unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.

(3) Die Breite des Spektrums derer, die gemeinsam gegen die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen und gegen soziale und ökonomische Mißstände arbeiten und kämpfen wollen, hat in erster Linie mit einer offenen und ausführlichen *inhaltlichen* Diskussion zu tun und mit der Bereitschaft, sich auf verbindliche gemeisame Lernprozesse einzulassen. Weder die Betreiber einer AL noch die DS haben sich bislang inhaltlich mit den GRÜNEN auseinandergesetzt oder begründet, in welchen Inhalten denn ihr gewolltes Bündnis über die Programmatik der GRÜNEN hinausgeht.

(4) Bezogen auf die DS möchten die GRÜNEN-HESSEN betonen, daß sie zur Diskussion und langfristigen Zusammenarbeit bereit sind, wie mit allen anderen Menschen, die die gleichen Ziele haben wie DIE GRÜNEN.

Die bisherige Politik der DS zeichnet sich bedauerlicherweise durch die Nicht-Öffentlichkeit vieler Diskussionen, unkritisch geduldete etablierte und hierarchische Parteistrukturen und vor allem durch politische Inhalte aus, die unseren Eindruck verstärken, daß es sich hierbei um den Versuch handelt, eine „Partei der besseren Sozialdemokraten" zu bilden.

Wir vermissen jeden Bezug der DS auf die ganze Breite alternativ-ökologischer Diskussionen der letzten Jahre und kritisieren, daß die DS in Recklinghausen mit der Behauptung aufgetreten sind, ihre Existenz sei der Beginn einer neuen politischen Kultur.

Wir befürchten, daß DIE GRÜNEN-HESSEN für die DS Gegenstand eines nicht offenen, wahltaktischen Kalküls sind.

Die Recklinghauser Thesen lassen zudem nicht nur Wesentliches vermissen, in ihnen sind auch viele falsche politische Ansätze enthalten, die bestätigen, daß hier der Versuch der Reform des Sozialdemokratismus gemacht werden soll.

DIE GRÜNEN-HESSEN begrüßen den Austritt vieler eheamliger SPD-Mitglieder aus ihrer Partei und ihren Versuch, außerhalb der SPD neue Wege der politischen Arbeit zu finden. Wir sehen in einem großen Teil der Mitglieder der DS Menschen, mit denen wir gemeinsam für eine ökologisch orientierte, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Gesellschaft kämpfen können.

Den laufenden Diskussionsprozeß mit den gegenüber uns offenen Teilen der DS wollen wir auf inhaltlicher Ebene weiterführen.

Für eine GRÜNE OFFENE LISTE spricht:

(1) Zum erstenmal Ist es uns in Hessen als oppositionelle Gruppierung gelungen, eine Landtagswahl langfristig und inhaltlich fundiert anzugehen. Die Programmdiskussion der GRÜNEN dauert nun seit etwa einem dreiviertel Jahr und steht in ihrer Gesamtheit kurz vor dem Abschluß. Die Programmteile „Wirtschaft und Arbeitswelt", „Frieden", „Gesundheit" und „Gesellschaftlichen Diskriminierte" sind bereits verabschiedet.

Eine derartig breite und basisdemokratische Programmdiskussion ist jetzt vor der Wahl, nicht mehr möglich.

DIE GRÜNEN-HESSEN behaupten nicht, die einzig mögliche parlamentarische Vertretung der gesamten Oppositionsbewegung zu sein, genausowenig wie wir beanspruchen, in allen Punkten die Diskussion um die wichtigen Fragen in unserer Gesellschaft schon ausreichend oder tief genug geführt zu haben.

Wir bestehen aber darauf, daß die, die meinen, Bündnispartner für DIE GRÜNEN zu sein, sich mit uns inhaltlich auseinandersetzen.

(2) DIE GRÜNEN-HESSEN verstehen sich als ein Zusammenschluß sehr vieler verschiedener Menschen, die aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Richtungen kommen, als Wertkonservative, Liberale, Christen, Linke usw. Gemeinsam haben wir; daß wir uns auf einen verbindlichen Arbeits- und Lernprozeß miteinander eingelassen haben, der unser Selbstverständnis begründet.

(3) DIE GRÜNEN-HESSEN halten Vorschläge, daß sich die Bürgerinitiativen an einer Alternativen Liste beteiligen sollen, für eine destruktive Vereinnahmung der BIs.

Die besondere Bedeutung der Bürgerinitiativen und der Grund, weshalb immer mehr Menschen sich hier organisieren, besteht ja gerade darin, daß in BIs auch Mitglieder verschiedener Parteien mitarbeiten. CDU-Mitglieder arbeiten dort mit Unorganisierten usw. zusammen.

Eine wie immer geartete Beteiligung der BIs an einer Landtagswahl würde die BIs zerbrechen. Deshalb erkennen wir den Beschluß der Delegiertenversammlung der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West und des BI-Plenums an, daß sie *unabhängig und überparteilich* bleiben wollen und sich nicht an der Wahl beteiligen werden.

(4) Viele Menschen, die nicht Mitglieder der GRÜNEN sind und z.B. in Gewerkschaften und Bürgerinitiativen arbeiten, haben sich bereit erklärt, auf unserer GRÜNEN OFFENEN LISTE zu kandidieren. Viele sind nach ihrer Aufstellung durch die Kreisverbände Mitglieder der GRÜNEN geworden.

*

Wir halten unser Angebot einer GRÜNEN OFFENEN LISTE aufrecht, auch deshalb haben wir heute den Termin für die Kandidatenaufstellung der GRÜNEN-HESSEN für die Landtagswahl um 4 Wochen auf den 15./16. Mai 1982 verschoben.

Offener Brief an die „Grünen" in Hessen

Frankfurt, 3. April 1982

Liebe Grüne!

Wir wenden uns an Euch in aller Solidarität und bitten Euch eindringlich, ja *beschwörend:* bedenkt noch einmal Euren Beschluß vom 28.3.1982 über Eure Kandidatur zur Landtagswahl 1982, beteiligt Euch an einem breiten Wahlbündnis.

Ihr wißt wie wir, daß in beachtlichen Teilen des Protestpotentials in Hessen gegen die Politik des Herrschenden Blocks ein starkes Bedürfnis vorhanden ist, ein solches Wahlbündnis herzustellen. Eure Mitglieder waren wie wir in den letzten Wochen auf zahlreichen Veranstaltungen im südhessischen Raum, in der sich die Stimmung an der Basis unseres gemeinsamen Protestpotentials deutlich artikulierte: die ganz überwiegende Mehrheit sprach sich immer wieder sowohl in den Wortbeiträgen als auch in der Abstimmung für das breite Wahlbündnis und gegen eine Alleinkandidatur von Euch aus. Vor allem aber möchten wir Euch den Beschluß des Plenums der Gesamt-BI gegen die Flughafenerweiterung, der größten Bürger- und Protestbewegung in Hessen, in Erinnerung bringen, der Euch und uns zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Landtagswahl auffordert und sich scharf gegen Konkurrenzverhalten und gegen den Alleinvertretungsanspruch einer Gruppierung ausspricht. Wir verstehen nicht recht, wie ihr einerseits Basisdemokratie als eines Eurer obersten Prinzipien postuliert, aber andererseits die Willensäußerung einer der breitesten Protestbewegung gegen Umweltzerstörung ignoriert.

Euer Angebot einer sogenannten „offenen Liste" der Grünen ist eine Scheinlösung des Problems. Denn bei dieser Liste handelt es sich um eine reine Parteiliste der Grünen. Ausschließlich im Rahmen Eurer Partei wird die Wahlplattform beschlossen. Die grüne Partei bestimmt, wer auf die Liste darf und die grüne Partei wirft auch denjenigen wieder von ihrer Liste herunter, der ihr nicht paßt, seien es nun Mitglieder oder Nichtmitglieder. Mit Eurer „offenen Liste" verlangt Ihr letztlich nichts anders, als daß sich das Protestpotential Eurer Partei in bezug auf die Landtagswahlen in der einen oder anderen Weise unterordnet.

Wir setzen demgegenüber eine wirklich offene, und das heißt in erster Linie eine ehrliche Lösung des Problems:

In dem von uns initiierten Wahlbündnis müssen diejenigen Teile des Protestpotentials, die sich auf eine gemeinsame Wahlplattform vereinheitlichen lassen, zusammengefaßt werden. Das Wahlbündnis muß aber nicht nur inhaltlich – also in bezug auf die Wahlplattform – sondern auch personell (Mitarbeit im Bündnis, Wahlkreiskandidaten, Landesliste) die Breite des Bündnisses widerspiegeln.

Wir bestreiten nicht, daß ihr allein schon einen nicht unerheblichen Teil des Protestpotentials bindet und ohne weiteres in der Lage seid, am 26. September einen Achtungserfolg zu erzielen und mit mehr als 5% der Stimmen in den Landtag einzuziehen. Für den 26. September kommt es aber nicht darauf an, nur einen Achtungserfolg zu erreichen, sondern es kommt darauf an, ein Ergebnis zu erzielen, daß Erosionen im Herrschenden Block auslöst und eine Fortsetzung der hessischen Großprojektepolitik zumindest in Frage stellt. Bei nüchterner Betrachtung werdet Ihr eingestehen, daß Euch dazu die Kräfte nicht ausreichen. Denn Ihr vermögt nicht das beachtliche Potential zu binden, das sich gegenwärtig aus Enttäuschung von der SPD abwendet und an linken gewerkschaftlichen Positionen orientiert ist. Die Bindung des Potentials wird aber für den Wahlausgang am 26. September ganz entscheidend sein. Nur Ihr und wir gemeinsam können das größtmögliche Protestpotential binden und einen Durchmarsch von Dreggers CDU in die absolute Mehrheit verhindern. Gelingt dies nicht, so haben wir gemeinsam nichts gewonnen.

Eure Befürchtung, wonach ein Wahlbündnis nur zu einer „Übertünchung" grundlegender inhaltlicher Widersprüche führen würde, die nach der Wahl aufbrechen würden, können wir nicht teilen. Wenn man sich von vornherein auf das beschränkt, was Sache ist, braucht es keine Übertünchung von Widersprüchen zu geben. Es geht ja nur um ein Wahlbündnis mit von vornherein inhaltlich und zeitlich be-

in den Landtag einzuziehen. Für den 26. September kommt es aber nicht darauf an, nur einen Achtungserfolg zu erreichen, sondern es kommt darauf an, ein Ergebnis zu erzielen, daß Erosionen im Herrschenden Block auslöst und eine Fortsetzung der hessischen Großprojektepolitik zumindest in Frage stellt. Bei nüchterner Betrachtung werdet Ihr eingestehen, daß Euch dazu die Kräfte nicht ausreichen. Denn Ihr vermögt nicht das beachtliche Potential zu binden, das sich gegenwärtig aus Enttäuschung von der SPD abwendet und an linken gewerkschaftlichen Positionen orientiert ist. Die Bindung des Potentials wird aber für den Wahlausgang am 26. September ganz entscheidend sein. Nur Ihr und wir gemeinsam können das größtmögliche Protestpotential binden und einen Durchmarsch von Dreggers CDU in die absolute Mehrheit verhindern. Gelingt dies nicht, so haben wir gemeinsam nichts gewonnen.

Eure Befürchtung, wonach ein Wahlbündnis nur zu einer „Übertünchung" grundlegender inhaltlicher Widersprüche führen würde, die nach der Wahl aufbrechen würden, können wir nicht teilen. Wenn man sich von vornherein auf das beschränkt, was Sache ist, braucht es keine Übertünchung von Widersprüchen zu geben. Es geht ja nur um ein Wahlbündnis mit von vornherein inhaltlich und zeitlich be-

grenzten Zielen: es geht um eine Legislaturperiode im Hessischen Landtag, es geht nicht um grundlegende, gesellschaftsverändernde Konzepte.

Auf unserem ersten Initiativtreffen am 3. April ist der Entwurf einer Präambel der Wahlplattform vorgelegt und in seiner Tendenz gebilligt worden. Es ist allerdings nur ein allererster Entwurf, der selbstverständlich für Änderungen offen ist. Diesen Entwurf fügen wir Euch in der Anlage bei. Bitte benennt uns an Hand dieses Entwurfes, wo die von Euch behaupteten grundlegenden inhaltlichen Widersprüche liegen. (...)

Abschließend möchten wir nachdrücklich an die gemeinsame Verantwortung von uns und Euch appellieren. Bitte stellt uns nicht zwischen Skylla und Karybdis. Die Skylla bedeutet: Wir unterwerfen uns dem Alleinvertretungsanspruch Eurer Partei gegenüber dem Protestpotential. Dies ist für uns nicht annehmbar.

Die Karybdis bedeutet: zum 26. September wird es eine grün-alternative Konkurrenzkandidatur gegeben. Dies würde zur Desorganisierung und beiderseitiger Erfolglosigkeit führen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur in einem Zusammengehen zwischen uns und Euch bestehen, wie es schließlich auch in Hamburg geschehen ist. Wir werden nichts unversucht lassen, mit Euch zu einer Einigung zu kommen und eine erfolgreiche Zusammenarbeit sicherzustellen.

Initiative für ein breites, alternatives Wahlbündnis

Kontroversen brachen offen auf

Das Bonner Vorbereitungstreffen für die internationale Demonstration zum NATO-Gipfel

gkr. 800 Menschen waren nach Bonn gekommen, um eine Demonstration gegen den NATO-Gipfel am 10. Juni in Bonn vorzubereiten. Es waren Vertreter einzelner Friedensgruppen, von Organisationen, die zur Friedensbewegung gehören oder sich dazu rechnen, oder auch solche, die ihre DKP-Mitgliedschaft unterschlugen, aber als AStA-Vertreter angeblich 15000 Studenten hinter sich hatten. Repräsentativ zahlenmäßig war die Versammlung wohl kaum für die gesamte Friedensbewegung. Die DKP, wie immer bei solchen Treffen, überrepräsentiert. Es war aber sicher das gesamte Spektrum von Kräften und Strömungen, die es in der Friedensbewegung gibt, vertreten.

Der Beratung lag ein Aufrufentwurf, um den es schon am 16.3. bei einem Vorbereitungsteffen von 37 Organisationen heftiges Gerangel gegeben hatte, vor. Die übrigen, hierzu alternativen Aufruf-Vorschläge wurden nicht näher beraten. In einer Generaldebatte schälten sich Schwerpunkte heraus:

1. Es sollte die Politik der NATO deutlicher angegriffen werden. Es gab hierzu keinen nennenswerten Widerspruch. Allerdings ging die Übereinstimmung nicht so weit, den Austritt der BRD aus der NATO zu fordern.
2. Die Politik der USA gegenüber Befreiungsbewegungen sollte deutlicher genannt werden, konkrete Forderungen zu El Salvador hineinkommen. Auch hier gab es keinen nennenswerten Widerspruch.
3. Die Einschätzung der Genfer Verhandlungen, ihrer Möglichkeiten, war umstritten.
4. Als Schwerpunkt wurde die Frage der Notwendigkeit der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Polen, der Friedensbewegung in der DDR diskutiert. Die wütenden Proteste bei Bahros Forderung nach Abgrenzung von der DKP und der große Applaus bei Hansens Erwiderung, „das hätte auch ein Abgesandter des Bundeskanzleramts sagen können," ließen etwas von den Kräfteverhältnissen auf der Konferenz merken.

In der Abstimmung konnten im wesentlichen nur die Passagen geändert werden, bei deren Änderung es keinen nennenswerten Widerspruch gab. Eine entsprechende Regie hatte unter Berufung darauf, daß „die Vorlage schon ein Kompromiß ist, der nur mit deutlichen Mehrheiten geändert werden sollte", dafür gesorgt, daß etwa ¾ der Abstimmenden für eine Änderung sein mußten.

Die schärfsten Kontroversen riefen die Absätze zu Polen und Afghanistan hervor. DKP und Freunde, aber auch verschiedene andere Kräfte, wollten die Passagen, so windelweich sie schon formuliert waren, doch gleich ganz streichen. Die Anträge wurden von knapp der Hälfte der Anwesenden abgelehnt. Schon bei dem vorbereitenden Treffen war die DKP mit 13:16 Stimmen nur knapp unterlegen. Es werden etwas weniger als die Hälfte gewesen sein, die umgekehrt einen Antrag unterstützten, folgenden Satz in den Aufruf aufzunehmen: „Wir erklären uns solidarisch mit der jungen Friedensbewegung ‚macht Schwerter zu Pflugscharen' in der DDR." Es war keineswegs die isolierte Absicht der Grünen, eine solche Passage nach Diskussion, aufzunehmen, der Antrag selber wurde aus kirchlichen Gruppen gestellt. Aber beides, Diskussion darüber wie die Passage selber, wurden unterdrückt.

Den Grünen war daran gelegen, ihre Position noch vor einer Abstimmung darzulegen, nicht, weil es einfach ihre Position war, sondern weil es um die Möglichkeit der Erweiterung der Friedensbewegung, um ihre Glaubwürdigkeit ging. (Siehe hierzu auch die Presseerklärung, KVZ extra S. 3) Schon in der Generaldebatte war Petra Kelly durch Abbruch der Rednerliste an einer Stellungnahme gehindert worden, nun wollte sie *vor* einer Abstimmung eine persönliche Erklärung abgeben. Auch das wurde verhindert, formal wohl korrekt durch Abstimmung, aber dem Fortgang der Auseinandersetzung wenig förderlich. Dabei wäre gerade eine Erklärung von Petra Kelly, die ja zu den Krefelder Initiatoren gehört, hier äußerst nützlich gewesen. Erst nach der Abstimmung über den unten dokumentierten Aufruf konnte sie ihre Betroffenheit über die Selektivität, mit der gegen die Friedensbewegung im Osten vorgegangen wurde, ausdrücken.

Die Festlegung der Demonstration auf den 10.6. in Bonn, voraussichtlich auf der Rheinaue, war zwar wenig umstritten, aber gerade von kirchlichen Kräften (z.B. auch Gollwitzer, Albertz, AGDF/ASF), die schließlich auch den Aufruf nicht unterstützen wollten, wurde ein anderer Termin bevorzugt. Bei der Zusammensetzung eines Koordinationsausschusses versuchte die DKP noch einmal einen Durchmarsch: Zu den schon benannten Unterorganisationen, die ihr nahestehen, wollte sie noch VVN und „Versöhnungsbund" hineinhieven. Es war bezeichnend, wie Gunnar Matthiessen (KoFAZ) zunächst erklärte, er könne zwar nicht für den Versöhnungsbund sprechen, wolle ihn aber vorstellen, später aber, als offensichtlich geworden war, daß dieser Machtpoker für die DKP nicht gut ausgehen konnte, offensichtlich *für* den Versöhnungsbund dessen Kandidatur zurückzog.

Zu dem Koordinationsausschuß gehören jetzt: BBU, Grüne, Frauen für den Frieden, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, vds, ESG, BAF, Russell-Gruppen, SDAJ, KoFAZ, Falken, Jusos, Judos, DFG/VK, Gewaltfreie Förderation, Arbeitsgemeinschaft kathol. Hochschulgemeinden, DS, Bundesschülervertretung. AGDF/ASF und Ohne Rüstung leben sind benannt, wollen aber nicht teilnehmen. Einige andere Organisationen haben ihre Teilnahme noch nicht entschieden. Die Grünen wollen die Demonstration unterstützen und daher auch im Koordinationsausschuß mitarbeiten.



40000 Menschen demonstrierten am vergangenen Sonntag gegen den Bau des KKW Wyhl. (s. Seite 2)

Aufstehen für den Frieden

Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa! Internationale Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfel-Konferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelgt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1,3 Billionen DM für Rüstung ausgegeben. Das sind über 40000 DM in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren, und über ⅓ dieser Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg, Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum, als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschluß neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missile, in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Pershing II und Cruise Missile sind zur Führung eines atomaren Erstschlages geeignet. Sie bringen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nukearen Mittelstreckenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Pershing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Null-Lösung". Eine echte Null-Lösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenwaffen umfassen. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

2. Die Politik der USA gegenüber Befreiungsbewegungen sollte deutlicher
hervor. DKP und Freunde, aber auch verschiedene andere Kräfte, wollten
eine persönliche Erklärung abgeben. Auch das wurde verhindert, formal

Aufstehen für den Frieden
Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa!
Internationale Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die Menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentral-Amerika, dem Nahen Osten, dem südlichen Afrika und andern Teilen der Welt. Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der vereinigten Opposition FDR und FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von pro-amerikanischen Marionettenregierungen an wehrlosen Menschen begangen werden, und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden. Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechtes und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen benutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.

Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere Amerika" ist längt zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden. Deshalb rufen wir alle Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. – 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

Kommt alle zur internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni nach Bonn!

– wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, Pershing II und Cruise Missile, zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
– wir fordern eine drastische Senkung der Rüstung in Ost und West
– wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa
– wir treten ein für atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden
– wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Null-Lösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird.

Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.
– wir fordern den sofortigen Stopp der BRD-Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der Dritten Welt
– wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Veranstaltungen

„Ostern '82: Für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen"

– Kundgebung der DGB-Jugend –
Dortmund, 9.4. Westfalenhalle, 19.00 Uhr
Redner u.a.: Bischof H. Frenz, amnesty international, O. Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken
Künstler u.a.: Jacek Kaczmarski, Wolf Biermann, Gebrüder Engel, Stefan Heym, Erich Fried

Arbeitsgruppen:

Gesundheitspolitik
Thema: Erweiterte Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Kapitalistische Entwicklung in der BRD
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
Es wird der „Brandt-Report" der Nord-Süd-Kommission besprochen.
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 15.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 13.00 Uhr

Ökologie
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

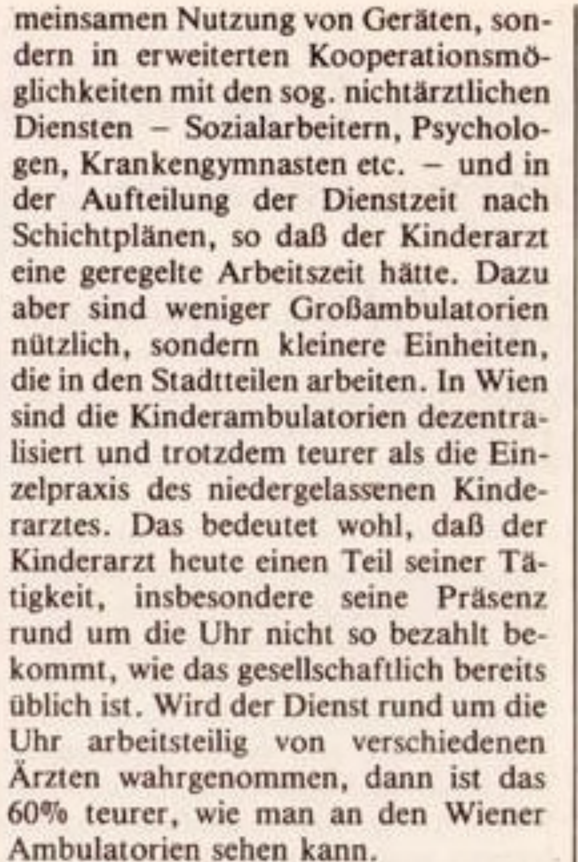
Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen zu allen Arbeitsgruppen bis spätestens eine Woche vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)



Arbeitsteilung, Kooperation im Kassenambulatorium

Das Wiener Beispiel

Von Helmut Veil

Jürgen Pelikan und Hans-Ulrich Deppe haben bereits 1977 eine Untersuchung über die Ambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte vorgelegt. (1) Aus verschiedenen, hier nicht näher auszuführenden Gründen ist es den österreichischen Kassen gelungen, ein Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte, wie es in der Bundesrepublik besteht, zu verhindern. Sie können, laut Gesetz, Ambulatorien dann einrichten, wenn ein Bedarf festgestellt worden ist, also vor allem dann, wenn die niedergelassenen Ärzte die medizinische Versorgung in bestimmten ländlichen oder städtischen Gebieten nicht sicherstellen. Meist mußten die Kassen neue Ambulatorien gerichtlich gegen die Ärzte durchfechten. Immerhin aber werden rund 10% der Patienten Wiens inzwischen in kasseneigenen Ambulanzen versorgt, rund 4½ Millionen pro Jahr, davon ⅓ in Krankenhausambulanzen und ⅔ in sogenannten selbständigen Ambulatorien.

Nach Deppe gab es 1974 drei Großambulatorien, daneben 10 Kinderambulatorien, 1 Jugendambulatorium, 1 Augenambulatorium und 9 Zahnambulatorien, sowie 2 kleinere Ambulatorien. In den Großeinrichtungen arbeiten zwischen 50 und 100 Fachärzte aller medizinischer Disziplinen in insgesamt 182 Ambulanzen. Es gibt z.B. 6 Ambulanzen für Vorsorgeuntersuchungen, eine für die Betreuung von Patienten mit grünem Star, sechs für Diabetiker, drei Rheumaambulanzen, zwei Schielambulanzen etc. Deutlich wird, daß für bestimmte häufiger vorkommende Erkrankungen, die spezieller Führung und Beratung bedürfen, gesonderte Ambulanzen eingerichtet worden sind, wie wir sie sonst nur an Universitätskliniken in der Bundesrepublik haben.

In die ambulante Versorgung integriert ist das kasseneigene Hanuschkrankenhaus mit 600 Betten und hochspezialisierten Untersuchungsgeräten. Zusammenfassend kann man die Wiener Ambulatorien am ehesten mit Polikliniken vergleichen, die sämtliche medizinischen Fachrichtungen unter einem Dach vereinen, den Patienten damit lange Wege ersparen und den Ärzten eine enge Kooperation ermöglichen, wenn es darum geht, Befunde verschiedener Fachrichtungen schnell zusammen auszuwerten. Und für solche diagnostischen Leistungen haben die Ambulatorien, obwohl sie nur Patienten versorgen, die in der Trägerkrankenkasse versichert sind, einen insgesamt hohen Stellenwert. Bereits 1974 wurden 40% aller Laborleistungen, 52% aller EKGs und 20% aller Röntgenuntersuchungen dort erbracht, aber nur 16% der allgemeinärztlichen Behandlung, also das, was die praktischen Ärzte tun.

Zum Teil hängt die Bedeutung, die die Wiener Ambulatorien im medizinischen Bereich haben, mit der in Österreich erheblich schlechteren Ausrüstung der niedergelassenen Ärzte an diesen Geräten zusammen. Das ist bei uns nicht so. Es erklärt z.B. auch, warum die Ärzte trotz ihres prinzipiellen Widerstands gegen die Ambulatorien, doch gerne dorthin überweisen. Rund 70% der Behandlungsfälle der Ambulatorien resultieren aus Überweisungen durch niedergelassene Ärzte, nur 30% der Patienten suchen es von sich aus auf.

Ein Blick auf die Wirtschaftlichkeit der Ambulatorien deckt ihre Stärken und ihre Schwächen ziemlich deutlich auf. In einem Kostenvergleich für das Jahr 1974 wurden die Kosten, die den Kassen in den Ambulatorien entstanden, mit denjenigen verglichen, die derselbe Patient bei einem niedergelassenen Arzt verursacht hätte. Erhebliche Einsparungen wurden beim Labor (ca. 40%), beim EKG (ca. 55%) und bei der Beratung von Diabetikern (ca. 27%) erzielt. Sehr viel teurer war die Behandlung von Kindern (ca. 60%) und die Tätigkeit des praktischen Arztes (ca. 30%). D.h., überall da, wo es um den Einsatz medizinisch technischen Gerätes geht, arbeiten solche zentralen Großeinrichtungen sehr viel billiger. Sie können den Rationalisierungseffekt durch Einsatz moderner Geräte *sofort* voll nutzen, während es die niedergelassenen Ärzte wohl verstehen, Extraprofite solange einzustecken, bis es den Kassen gelingt, in zähen Verhandlungen die Honorare für solche Leistungen dem Stand der Produktivkraft anzupassen. In der Bundesrepublik findet dies z.Zt. bei den Laborleistungen statt, unterstützt durch die Kostendämpfungsmaßnahmen der Regierung, neuerdings auch bei den zahntechnischen Leistungen. Die Wiener Diabetikerambulanzen arbeiten wohl vor allem deshalb billiger, weil sie mehrere Kranke zu schulungsähnlichen Kursen zusammenfassen können, was sehr viel weniger Personal erfordert als die zeitaufwendige Einzelberatung durch den niedergelassenen Arzt.

Beim Vergleich der Gesamtkosten schneiden die Ambulatorien besser ab, sie waren in den Jahren 1971 bis 1974 ca. 5% billiger, die Zahnambulatorien sogar rund 15%.

Die Verfügung der Kassen über den medizinischen Fortschritt, die sich in den Ambulatorien in niedrigeren Kosten seiner Anwendung nachweisen läßt, ist ein wichtiges Argument für solche kasseneigenen Ambulatorien. Die zahlreichen bei uns inzwischen betriebenen Laborgemeinschaften nutzen ebenfalls diese fortgeschrittene Produktivkraft, aber ihr Nutzen fließt den Betreibern, hier den Ärzten zu. In Hessen haben sich schon 372 Ärzte Laborgemeinschaften mit bis zu 30 Mitgliedern, 1109 solchen mit 30 bis 100 Mitgliedern und 828 mit über 100 Mitgliedern angeschlossen, zusammen 2309. In solchen Laborgemeinschaften ist der Einsatz von Großgeräten, wie er in Krankenhäusern üblich ist, möglich und gängige Praxis. Die Vorteile liegen auf der Hand. In einem Einzellabor liegt der Kostenanteil bei 85%, der Gewinn für den Arzt beträgt 15%. In einem Gemeinschaftslabor mit 30 bis 40 Ärzten fallen dagegen nur Kosten von ca. 30 bis 35% an, der Gewinn ist 70%. Selbst wenn die Krankenkassen eine Senkung des Honorars um 40% durchsetzen sollten, bleiben dem einem Gemeinschaftslabor angeschlossenen Arzt noch 30% Gewinn, der Arzt mit Einzellabor muß sein Labor zumachen, sein Verlust ist dann 15%.

Da, wo wenig medizinisch-technische Leistungen anfallen, wie beim Kinderarzt, sind die Ambulatorien der Einzelpraxis nicht überlegen, auch nicht unter der Regie der Kassen – und das muß zu denken geben. Ein Kinderarzt braucht keine großen Investitionen zu machen, um tätig werden zu können. Ein paar Geräte, die seine Sinne unterstützen, wie z.B. Stetoskop und Ohrenspiegel, vielleicht ein Mikroskop und ein Minilabor genügen, um 90% seiner kranken Kinder auch heute noch ordentlich und ausreichend zu versorgen. Er muß nicht die Abschreibung medizinischer Geräte amortisieren, sein Arbeitsstil ist nicht industriell, sondern handwerklich, nicht, weil er es so will, sondern weil es objektiv so noch geht. Der Vorteil, der aus einer Tätigkeit des Kinderarztes im Ambulatorium resultieren würde, bestünde nicht in der gemeinsamen Nutzung von Geräten, sondern in erweiterten Kooperationsmöglichkeiten mit den sog. nichtärztlichen Diensten – Sozialarbeitern, Psychologen, Krankengymnasten etc. – und in der Aufteilung der Dienstzeit nach Schichtplänen, so daß der Kinderarzt eine geregelte Arbeitszeit hätte. Dazu aber sind weniger Großambulatorien nützlich, sondern kleinere Einheiten, die in den Stadtteilen arbeiten. In Wien sind die Kinderambulatorien dezentralisiert und trotzdem teurer als die Einzelpraxis des niedergelassenen Kinderarztes. Das bedeutet wohl, daß der Kinderarzt heute einen Teil seiner Tätigkeit, insbesondere seine Präsenz rund um die Uhr nicht so bezahlt bekommt, wie das gesellschaftlich bereits üblich ist. Wird der Dienst rund um die Uhr arbeitsteilig von verschiedenen Ärzten wahrgenommen, dann ist das 60% teurer, wie man an den Wiener Ambulatorien sehen kann.

Für die Attraktivität von Ambulatorien bei den Ärzten, die ja im großen Maßstab gewonnen werden müssen, will man sie verwirklichen, spielen solche Überlegungen eine große Rolle. Sicherlich sind Kinderärzte, aber auch praktische Ärzte sehr viel leichter zu gewinnen als Betreiber großer Labors, Röntgeneinrichtungen oder internistischer Praxen. Die letzteren würden Kassenambulatorien als glatte Enteignung betrachten, da sie viel Kapital investiert haben und sich ihr ganzes Denken und Streben um die „Verwertung des Wertes" dreht. Der Kinderarzt könnte dagegen im Ambulatorium durchaus Vorteile erblicken, sofern er vom Gehalt her nicht gedrückt wird. Natürlich können die Krankenkassen nicht darauf verzichten, gerade den medizinisch-technischen Bereich unter ihre direkte Kontrolle zu bringen, wenn sie sich mit der Einrichtung von Ambulatorien nicht einfach eine Kostenexplosion einhandeln wollen.

An den Wiener Ambulatorien kann man auch sehen, daß es relativ leicht möglich ist, spezialisierte Behandlungsprogramme entlang verschiedener, häufig vorkommender Krankheiten, Volkskrankheiten, wenn man so will, einzurichten. Das scheint überhaupt der Punkt zu sein, an dem die Versicherten durch Kassenambulatorien ihren Einfluß wirklich besser zur Geltung bringen können, wenn die Kasse sich nicht einfach als Kostendämpfer versteht, sondern den Bedürfnissen der Versicherten wirklich Geltung verschafft. Dies betrifft auch die gleichmäßige Verteilung der ambulanten Versorgungseinrichtungen.

In Österreich existieren die Ambulatorien in Konkurrenz zu den Praxen niedergelassener Ärzte. Das ermöglicht gut einen Vergleich zwischen beiden Arten der ambulanten Versorgung. Die Wiener Gebietskrankenkasse „erhält unmittelbaren Einblick in den Prozeß der ärztlichen Tätigkeit. Sie ist daher aus eigener Erfahrung über den Schwierigkeitsgrad und die Dauer ärztlicher Leistungen sowie über die Haltbarkeit und Abnutzungserscheinungen medizinischer Geräte infomiert. Diese Erfahrungen sind für die Kassen vor allem in Honorarverhandlungen mit den Ärzten (Ärztekammern) von hoher Bedeutung." (Deppe) Fallen diese Vergleiche *praktisch* zugunsten der Kassenambulatorien aus, dann sind sie leichter und in großem Maßstab durchzusetzen.



(1) Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2, 1977
(2) Kostenstruktur bei Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Reihe 1.6.1., Fachserie 2, 1979
(3) Ärztliches Management 3/82

Diabetiker, drei Rheumaambulanzen, zwei Schielambulanzen etc. Deutlich wird, daß für bestimmte häufiger vorkommende Erkrankungen, die spezieller Führung und Beratung bedürfen, gesonderte Ambulanzen eingerichtet worden sind, wie wir sie sonst nur an Universitätskliniken in der Bundesrepublik haben.
In die ambulante Versorgung integriert ist das kasseneigene Hanuschkrankenhaus mit 600 Betten und hochspezialisierten Untersuchungsgeräten. Zusammenfassend kann man die Wiener Ambulatorien am ehesten mit Polikliniken vergleichen, die sämtliche medizinischen Fachrichtungen unter einem Dach vereinen, den Patienten damit lange Wege ersparen und den Ärzten eine enge Kooperation ermöglichen, wenn es darum geht, Befunde verschiedener Fachrichtungen schnell zusammen auszuwerten. Und für solche diagnostischen Leistungen haben die Ambulatorien, obwohl sie nur Patienten versorgen, die in der Trägerkrankenkasse versichert sind, einen insgesamt hohen Stellenwert. Bereits 1974 wurden 40% aller Laborleistungen, 52% aller EKGs und 20% aller Röntgenuntersuchungen dort erbracht, aber nur 16% der allgemeinärztlichen Behandlung, also das, was die praktischen Ärzte tun.
Zum Teil hängt die Bedeutung, die die Wiener Ambulatorien im medizinischen Bereich haben, mit der in Öster-
tes (ca. 30%). D.h., überall da, wo es um den Einsatz medizinisch technischen Gerätes geht, arbeiten solche zentralen Großeinrichtungen sehr viel billiger. Sie können den Rationalisierungseffekt durch Einsatz moderner Geräte *sofort* voll nutzen, während es die niedergelassenen Ärzte wohl verstehen, Extraprofite solange einzustecken, bis es den Kassen gelingt, in zähen Verhandlungen die Honorare für solche Leistungen dem Stand der Produktivkraft anzupassen. In der Bundesrepublik findet dies z.Zt. bei den Laborleistungen statt, unterstützt durch die Kostendämpfungsmaßnahmen der Regierung, neuerdings auch bei den zahntechnischen Leistungen. Die Wiener Diabetikerambulanzen arbeiten wohl vor allem deshalb billiger, weil sie mehrere Kranke zu schulungsähnlichen Kursen zusammenfassen können, was sehr viel weniger Personal erfordert als die zeitaufwendige Einzelberatung durch den niedergelassenen Arzt.
Beim Vergleich der Gesamtkosten schneiden die Ambulatorien besser ab, sie waren in den Jahren 1971 bis 1974 ca. 5% billiger, die Zahnambulatorien sogar rund 15%.
Die Verfügung der Kassen über den medizinischen Fortschritt, die sich in den Ambulatorien in niedrigeren Kosten seiner Anwendung nachweisen läßt, ist ein wichtiges Argument für solche kasseneigenen Ambulatorien.
Da, wo wenig medizinisch-technische Leistungen anfallen, wie beim Kinderarzt, sind die Ambulatorien der Einzelpraxis nicht überlegen, auch nicht unter der Regie der Kassen – und das muß zu denken geben. Ein Kinderarzt braucht keine großen Investitionen zu machen, um tätig werden zu können. Ein paar Geräte, die seine Sinne unterstützen, wie z.B. Stetoskop und Ohrenspiegel, vielleicht ein Mikroskop und ein Minilabor genügen, um 90% seiner kranken Kinder auch heute noch ordentlich und ausreichend zu versorgen. Er muß nicht die Abschreibung medizinischer Geräte amortisieren, sein Arbeitsstil ist nicht industriell, sondern handwerklich, nicht, weil er es so will, sondern weil es objektiv so noch geht. Der Vorteil, der aus einer Tätigkeit des
tung des Wertes" dreht. Der Kinderarzt könnte dagegen im Ambulatorium durchaus Vorteile erblicken, sofern er vom Gehalt her nicht gedrückt wird. Natürlich können die Krankenkassen nicht darauf verzichten, gerade den medizinisch-technischen Bereich unter
ter und in großem Maßstab durchzusetzen.
(1) Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2, 1977
(2) Kostenstruktur bei Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten. Statistisches Bundesamt Wies-

Bremer Kindergarten- und Hortgesetze geändert

kvz.Bremen. Im Rahmen der Sparpolitik, die die Bremer Landesregierung zur Zeit in allen Bereichen vorantreibt, wurde jetzt auch das Kindergartengesetz und Hortgesetz geändert. Erst im Juli 1979 war es als sozialpolitische Glanztat, ein Schritt hin auf kostenlose Versorgung für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen, verabschiedet. Die Tagessätze waren auf maximal 7 DM festgesetzt. Ab 1.8.1981 wurde plötzlich die tageweise Berechung der Beiträge durch eine monatliche ersetzt. Der Höchstbetrag für durchschnittlich Verdienende erhöhte sich auf 147,90 DM. Mit einem Verwaltungsgerichtsurteil, das das Land Bremen ca. 700000 DM kosten düfte, wurde diese Erhöhung für unrechtmäßig erklärt.

Trotz des Gerichtsurteils hat der Bremer Senat am 15. Februar 1982 erneut drastische Erhöhungen der Kindergarten- und Hortbeiträge beschlossen. Für Fünfjährige sollen ab dem 1. August 1982 für den Halbtagsbesuch eines Kindergartens (ohne Mittagessen) monatlich bis zu 127,50 DM (bisher kostenlos) und für den Ganztagsbesuch bis zu 232,90 DM (bisher 88,40 DM) bezahlt werden.

Voraussetzung war eine Gesetzesänderung. Am 19.3.1982 wurde allein mit den Stimmen der SPD-Mehrheit eine Änderung des Kindergarten- und Hortgesetzes beschlossen, nach dem jetzt die Erhöhung der Gebühren nach den tatsächlichen Kosten erlaubt ist, und zwar auch für einen Teil der Fünfjährigen, für die der Kindergartenbesuch bisher kostenlos war. Die ausdrücklich im Gesetz geäußerte Absicht, schrittweise zu einer völligen Kostenbefreiung zu kommen, wurde gestrichen. Die Fraktionen der CDU, FDP und die Bremer Grüne Liste stimmten gegen die Änderungen. Das Gesetz gilt ab 1. April 1982 an.

Bereits im Vorfeld dieser Beratungen hat es massive Proteste gegeben. Der Gesamtelternbeirat der städtischen Kindertagesheime, verantwortlich für 11000 Kinder zwischen drei und zwölf Jahren, hat diese „Kinder-Sondersteuer" angegriffen und einen Demonstrationsaufruf mit unterzeichnet. Zahlreiche Eltern mit ihren Kindern beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Sparpolitik des Bremer Senats. Über 800 Eltern, im wesentlichen Gewerkschaftsmitglieder, hatten die Gewerkschaftsvertreter in der Bremer Bürgerschaft mit ihrer Unterschrift aufgefordert, diese unsoziale Politik nicht mitzutragen und sie abzulehnen.

Aufruf der Informationsstelle Palästina

Solidarität mit dem palästinensischen Volk

Unser Volk im besetzten Palästina befindet sich im Aufstand. Der Generalstreik wird zu hundert Prozent befolgt. In großen Demonstrationen und Protestzügen wehrt sich das palästinensische Volk mit Steinen und bloßen Fäusten gegen die israelische Besatzung. Sieben palästinensische Jugendliche sind bisher von israelischen Soldaten oder bewaffneten Siedlern erschossen worden. Auch in Israel selbst kam es sowohl zu israelischen als auch zu arabischen Protesten. In Nazareth riefen 10000 Menschen „Nieder mt der zionistischen Besatzungsmacht! Lang lebe Palästina!" Auch der Gaza-Streifen erlebte große Demonstrationen und blutige Zusammenstöße mit der israelischen Besatzungsmacht.

Die Westbank steht unter Belagerungszustand. Die demokratisch gewählten Bürgermeister von Al-Bireh, Nablus und Ramallah, Ibrahim at-Tawil, Bassam Shakaa und Karim Khalaf sind von der israelischen Militärregierung abgesetzt worden. An ihre Stelle sind israelische Offiziere getreten. In den Straßen der Westbank patrouillieren israelische Schützenpanzer. Über zahlreiche Städte wurden Ausgangssperren verhängt.

Unser Volk ist in seiner Existenz bedroht. Es ist das Ziel der israelischen Führung, unser Volk aus seinem Land zu vertreiben. Begin beharrt darauf, daß ganz Palästina ihm gehört. Die Palästinenser aber sollen keine Rechte haben in einem Land, in dem sie seit Jahrtausenden leben. Die Besatzungsmacht tötet unsere Kinder, raubt unser Land, zerstört unsere Ernte, sprengt unsere Häuser und vernichtet unsere Existenz. Kann so der Friede aussehen? Die israelische Regierung will die Entscheidung über die Westbank und den Gaza-Streifen. Die „Autonomie-Pläne" von Camp David, die Einsetzung einer sogenannten „Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten und der Versuch, eine Alternative zur PLO aufzubauen – alle diese Pläne sind von unserem Volk zum Scheitern gebracht worden. Die PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Der Aufstand in den besetzten Gebieten hat diese Tatsache erneut bewiesen. Israel sucht jetzt die offene Konfrontation mit dem palästinensischen Volk und der PLO. Es steht zu befürchten, daß weitere Bürgermeister abgesetzt und deportiert werden, daß noch mehr Jugendliche im Kugelhagel der Besatzungsmacht ihr Leben verlieren. Israels erklärtes Ziel ist es, auch noch den letzten Rest Palästinas zu annektieren.

Unser Volk im besetzten Palästina hat diese Konfrontation angenommen.

In diesen Tagen und Wochen, da unser Volk im besetzten Palästina aufsteht gegen die Bajonette und Gewehre der israelischen Besatzungsmacht, appellieren wir an alle Menschen, die Demokratie, Freiheit und Menschenrechte respektieren, ihre Stimme zu erheben, um die Unterdrückung und Besatzung in unserem Land zu beenden.

Wir fordern:

Wiedereinsetzung der gewählten Bürgermeister in ihre Ämter!

Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten!

Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung!

Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf dem Boden Palästinas!

Nationale Selbstbestimmung für das palästinensische Volk und Rückkehr in die Heimat!

Demonstration:
Samstag, 17. April, 11.00 Uhr
Bonn Hofgarten

Zur Demonstration rufen auf:
PLO-Büro Bonn
Palästinensischer Arbeiterverein
Palästinensischer Studentenverein

5. Kongreß der KP Vietnams

kvz. Am Mittwoch vergangener Woche ist der 50. Kongreß der KP Vietnams beendet worden. Er stand im Zeichen eines wirtschaftlichen Niedergangs in Vietnam. Le Duan machte hierfür „alle Opportunisten, Ausbeuter, Schmuggler, Spekulanten, alle Unterdrücker der Massen und solche, die in Korruption und Bestechung verwickelt sind", verantwortlich und kündigte eine Säuberung der Partei auf allen Ebenen an. Allerdings wurde die Partei in den letzten Jarhen bereits erheblich gesäubert. Der Mitgliederbestand sank von 1,5 auf 1 Million und stieg wieder auf 1,7 Millionen. Le Duc Tho verurteilte „einige maoistische Elemente", die die Partei verraten hätten. Offensichtlich gab es einen Streit zwischen sogenannten „Harten" und „Weichen" über den künftigen Kurs, der sich aber kaum personell niederschlug. Aus dem Politbüro schied der General Vo Nguyen Giap aus. Die Ursachen für die niederschmetternde Bilanz seit der Befreiung liegen allerdings woanders. Auf stalinsche Art und Weise wurde die Kollektivierung im Süden angegangen, wo im wesentlichen unabhängige, landbesitzende Bauern wirtschafteten. In der Folge ging die Produktion massiv zurück, auch aufgrund des verständlichen Widerstands der Bauern. Sodann wurde der chinesischen Händlerschicht die Existenzgrundlage entzogen, womit das bestehende Verteilungsnetz zerrissen wurde, ohne daß der Staat diese Funktionen übernehmen konnte. Weiterhin führte dies zu einer Auswanderungswelle der Sino-Vietnamesen, die den qualifiziertesten Arbeiterstamm bildeten. Nach der Befreiung wurden im Süden Kader aus dem Norden eingesetzt, was zu erheblichen Spannungen führte. Vor allem durch das Abenteuer in Kampuchea isolierte sich das vietnamesische Regime international völlig. Vor allem aber verscherzte es sich die Beziehungen zu den ASEAN-Ländern und damit die wichtigste Devisenquellen. Die inneren Widersprüche werden mit Unterdrückung zu lösen versucht. So wurde im letzten Jahr die einzige noch bestehende kritisch eingestellte Zeitung „Tin Sang" geschlossen. Vietnam ist heute wirtschaftlich und militärisch völlig abhängig von der Sowjetunion. Politbüromitglied To Huu prophezeite, das Land werde bis zum Ende des Jahrhunderts arm bleiben und am Hungertuch nagen. Das stimmt, solange sich das Regime an der Macht halten kann.

Generalstreik in Bolivien

kvz. 4 Tote und 20 Verletzte gab es bei der größten Demonstration in Bolivien seit dem Militärputsch 1980. Etwa 10000 Fabrikarbeiter und Angestellte demonstrierten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Vorher hatten die Beschäftigten der größten Schuhfabrik des Landes den Rücktritt des Präsidenten Torrelio Villas wegen Unfä-

übernehmen konnte. Weiterhin führte dies zu einer Auswanderungswelle der Sino-Vietnamesen, die den qualifiziertesten Arbeiterstamm bildeten. Nach der Befreiung wurden im Süden Kader aus dem Norden eingesetzt, was zu erheblichen Spannungen führte. Vor allem durch das Abenteuer in Kampuchea isolierte sich das vietnamesische Regime international völlig. Vor allem aber verscherzte es sich die Beziehungen zu den ASEAN-Ländern und damit die wichtigste Devisenquellen. Die inneren Widersprüche werden mit Unterdrückung zu lösen versucht. So wurde im letzten Jahr die einzige noch bestehende kritisch eingestellte Zeitung „Tin Sang" geschlossen. Vietnam ist heute wirtschaftlich und militärisch völlig abhängig von der Sowjetunion. Politbüromitglied To Huu prophezeite, das Land werde bis zum Ende des Jahrhunderts arm bleiben und am Hungertuch nagen. Das stimmt, solange sich das Regime an der Macht halten kann.

Generalstreik in Bolivien

kvz. 4 Tote und 20 Verletzte gab es bei der größten Demonstration in Bolivien seit dem Militärputsch 1980. Etwa 10000 Fabrikarbeiter und Angestellte demonstrierten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Vorher hatten die Beschäftigten der größten Schuhfabrik des Landes den Rücktritt des Präsidenten Torrelio Villas wegen Unfä-

higkeit gefordert. Am Vortag hatten schon die Beschäftigten der Banken und des Handels die Arbeit aus Protest niedergelegt. Die Regierung will u.a. die staatlichen Subventionen für die Grundnahrungsmittel streichen, um die Wirtschaft des hochverschuldeten Landes zu sanieren. Produkte wie z.B. Milch werden dann z.T. 100% teurer. Nach der Zerschlagung der Demonstration hatte der verbotene bolivianische Gewerkschaftsbund COB für Montag und Dienstag vergangener Woche zu einem Generalstreik aufgerufen. Der Generalstreik wurde von allen Wirtschaftsbereichen einschließlich der Lehrer und Hochschullehrer befolgt. Ausgenommen waren die Transportarbeiter, deren Gewerkschaft als einzige von der Regierung anerkannt wird. Am Montag war La Paz voller Menschen. Die Polizei setzte gegen Demonstranten Tränengas ein.

Guerilla-Aktionen in Peru

kvz. Etwa 100 Guerilleros griffen eine Ranch im Süden Perus an. Es wurden drei Personen getötet und das Anwesen abgebrannt. Bei dem fünfstündigen Feuergefecht wurde ein Angreifer getötet und fünf verletzt. Präsident Belaunda bestätigte, die maoistische Gruppe „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) habe den Überfall durchgeführt. Am Vorabend waren in Vororten der Hauptstadt Lima etwa 40 Brandbomben gegen Geschäfte und Gebäude geworfen worden. Zwei Tage später haben Guerilla-Einheiten die Privinzhauptstadt Ayacucho angegriffen. Der Angriff wurde vorbereitet durch die Sprengung von drei Hochspannungsmasten, die die Stromversorgung lahmlegte. Das Polizei- und Armeehauptquartier wurde angegriffen und mehrere Gebäude gesprengt. Anfang März war es in derselben Stadt gelungen, mehrere Guerilleros aus dem Gefängnis zu befreien.

Folter in der Türkei

kvz. Auf die immer weiter verbreiteten Enthüllungen über Folter durch die türkische Polizei und das Militär mußte die türkische Militärregierung jetzt reagieren. Das Berufungsgericht des Militärgerichts in Ankara entschied, daß ein einfaches Geständnis durch einen Angeklagten nicht zur Verurteilung ausreiche. Eine Person, die sich selbst für schuldig erkläre, könnte dies unter schlechter Behandlung oder Folter getan haben. Deshalb müßten zusätzliche Zeugen oder Beweise herbeigeschafft werden. Damit hat das Militär indirekt Folterungen von Regimegegnern zugegeben. Ein Schutz vor Folter gibt diese Gerichtsentscheidung nicht. Um die Beschaffung falscher Zeugenaussagen dürften die Militärs nicht verlegen sein. Ein General gab gegenüber dpa an, bisher seien in 418 Fällen die Ermittlungen wegen Foltervorwürfen aufgenommen worden. Nur in 8 Fällen sei es bisher zum Prozeß ge-

Der Angriff wurde vorbereitet durch die Sprengung von drei Hochspannungsmasten, die die Stromversorgung lahmlegte. Das Polizei- und Armeehauptquartier wurde angegriffen und mehrere Gebäude gesprengt. Anfang März war es in derselben Stadt gelungen, mehrere Guerilleros aus dem Gefängnis zu befreien.

Folter in der Türkei

kvz. Auf die immer weiter verbreiteten Enthüllungen über Folter durch die türkische Polizei und das Militär mußte die türkische Militärregierung jetzt reagieren. Das Berufungsgericht des Militärgerichts in Ankara entschied, daß ein einfaches Geständnis durch einen Angeklagten nicht zur Verurteilung ausreiche. Eine Person, die sich selbst für schuldig erkläre, könnte dies unter schlechter Behandlung oder Folter getan haben. Deshalb müßten zusätzliche Zeugen oder Beweise herbeigeschafft werden. Damit hat das Militär indirekt Folterungen von Regimegegnern zugegeben. Ein Schutz vor Folter gibt diese Gerichtsentscheidung nicht. Um die Beschaffung falscher Zeugenaussagen dürften die Militärs nicht verlegen sein. Ein General gab gegenüber dpa an, bisher seien in 418 Fällen die Ermittlungen wegen Foltervorwürfen aufgenommen worden. Nur in 8 Fällen sei es bisher zum Prozeß ge-

kommen.

Nach den Wahlen in El Salvador

Koalitionsgespräche unter Führung der USA

thm. Das offizielle Ergebnis der Wahlen in El Salvador sieht folgendermaßen aus: Christdemokraten (PDC) 470000 Stimmen; Arena 335000; Nationale Versöhnungspartei (PCN) 215000; Demokratische Aktion 90000; Volkspartei 35000; Partei der Volksorientierung 11000; ungültige und leere Stimmzettel 150000. Die PDC Duartes erhält 24 Sitze, die 5 Rechtsparteien 36, darunter die Arena d'Aubuissons 19, die PCN 14, die Demokratische Aktion 2 und die Volkspartei 1. Die Financial Times schätzt die Zahl der Wahlberechtigten auf 2,1 Millionen gegenüber 1,5 Millionen von seiten der Regierung. Nach dem offiziellen Ergebnis lag die Wahlbeteiligung somit bei über 60%. Selbst wenn man statt der 1,3 Millionen Wähler nur 1 Million nimmt, wäre die Wahlbeteiligung mit knapp 50% immer noch höher als bei vergangenen Wahlen mit Beteiligungen zwischen 30 und 40% gewesen.

Natürlich wurde diese Wahlbeteiligung durch Gewalt und Willkür erzielt. Z.B. wurden die Gehälter der staatlichen Angestellten einbehalten und nur bei Wahlbeteiligung ausgezahlt. Ziel der Befreiungsbewegung FMLN/FDR war es aber gewesen, die Wahlen *wirksam* zu stören. Dies ist ihr trotz Erfolgen in bestimmten Gebieten insgesamt nicht gelungen, was auf ihre relative Schwäche in den Städten hinweist. Auch die Anzahl der ungültigen Stimmen spricht nicht gerade für einen wirksamen Einfluß in den städtischen Gebieten. Entgegen immer mal wieder zu vernehmenden Äußerungen von Vertretern der FDR ist eine alsbald erfolgende Befreiung des Landes kaum in Sicht.

Dies könnte sich relativ schnell ändern, wenn es den USA nicht gelingt, eine Regierungskoalition unter Beteiligung der Christdemokraten herzustellen. In den Fluren der Zentrale der Christdemokratischen Partei wurden Gerüchte losgelassen, daß man sich der revolutionär-demokratischen Opposition anschließen werde, wenn die PDC nicht an der Regierung beteiligt werde. Diese Drohung trifft weniger auf die PDC-Führung als auf die Parteibasis zu: Bauern, die sich etwas von der Propaganda Duartes für eine Landreform versprechen sowie eine Reformen zugeneigte städtische Mittelschicht. Die Hoffnung Fabio Castillos von der FDR kommt also nicht von ungefähr: „Nun wird uns die soziale Basis der Christdemokraten helfen, die faschistische Rechte zu schlagen."

Sowohl aus diesen inneren Gründen wie auch zur Beruhigung der internationalen Gemüter sind die USA also auf die Beteiligung der Christdemokraten an der Regierung angewiesen. Das Besuchsverbot für d'Aubuisson für die USA wurde aufgehoben, US-Botschafter Dean Hinten führte mit ihm erste Gespräche und lud die Parteien zu Koalitionsverhandlungen in die Botschaft ein. D'Aubuisson hatte eine Rechtskoalition unter Ausschluß der Christdemokraten erwogen. Duarte konnte sich der Unterstützung der USA sicher sein und trat dementsprechend selbstbewußt auf. Nach den Gesprächen in der US-Botschaft heißt es nun, daß d'Aubuisson mit sich reden lasse. Zur Disposition steht wohl nur noch der genaue Umfang der Beteiligung der Christdemokraten. Gespräche hierüber sollen Anfang dieser Woche stattfinden.

Sollte diese Beteiligung der Christdemokraten dennoch nicht gelingen, stehen den USA folgende Möglichkeit offen: erneuter Putsch, diesmal unter Führung von General Jaime Abdul Gutierrez gegen die d'Aubuisson nahestehende Gruppierung um den Chef der Nationalgarde, General Vides Casanova. Nach der erheblichen Stärkung der extremen Rechten in den Wahlen dürfte dies für die USA aber zu einem größeren Abenteuer werden.

So weit wird es aber wohl kaum kommen. Eher ist eine Koalition wahrscheinlich, wie sie schon Julio Reyes von den Christdemokraten in Erwägung gezogen hatte: Christdemokraten mit der PCN und der Demokratischen Allianz.



gen in bestimmten Gebieten insgesamt nicht gelungen, was auf ihre relative Schwäche in den Städten hinweist. Auch die Anzahl der ungültigen Stim-
ten an der Regierung angewiesen. Das Besuchsverbot für d'Aubuisson für die USA wurde aufgehoben, US-Botschafter Dean Hinten führte mit ihm
von den Christdemokraten in Erwägung gezogen hatte: Christdemokraten mit der PCN und der Demokratischen Allianz.



40000 demonstrierten in New York gegen die Mittelamerikapolitik der USA

Interessante Initiative für eine Eurolinke

thm. Gemeinsame Initiativen der Linken auf der Ebene Westeuropas sind ziemlich rar gesät. Um so mehr Beachtung findet das Treffen des Generalsekretärs der KPI, Berlinguer, mit dem ersten Sekretär der französischen PS, Jospin, vergangene Woche in Paris. Berlinguer wurde ebenfalls von Mitterrand empfangen. Dieses Treffen fand im Zeichen eines großen Umbruchprozesses statt, in dem sich die meisten westeuropäischen linken Parteien gegenwärtig befinden. Dabei geht es in diesen Parteien um die Frage, wie ein nicht näher bestimmte Eurolinke den Kapitalismus in Westeuropa überwinden kann. Wobei vor allem von Berlinguer ein „Dritter Weg" propagiert wird, dessen Notwendigkeit er aus dem Scheitern sowohl des klassischen sozialdemokratischen Konzepts wie des sowjetischen Weges ableitet. Dieser Dritte Weg solle sich vor allem neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen zuwenden. D.h. für Berlinguer vor allem: direkte und autonome Beteiligung der Arbeiterklasse an der Entwicklungsrichtung der Investitionen, Forderungen der Frauenbewegung, neue Lebensart der Jugend, Friedensbewegung, neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur, ökologische Anliegen. Europa sei das Zentrum der neuen Phase des Kampfes für den Sozialismus, weil der europäische Kapitalismus der am besten organisierten Arbeiterklasse der Welt gegenübersteht (ganz klar gegen das selbsternannte Zentrum der Arbeiterklasse, die SU, gerichtet). In Europa ist das Verhältnis zur Dritten Welt enger und verbundener. Europa ist der am meisten von einem atomaren Konflikt bedrohte Erdteil, und die Überwindung der Blöcke kann nur durch die europäische Arbeiterklasse wirkungsvoll vollzogen werden.

Soweit bekundeten denn Jospin und Berlinguer auch Einheit. Differenzen wurden vor allem sichtbar in der Einschätzung der Aufgaben der Friedensbewegung. Sie wird von Berlinguer viel positiver eingeschätzt als von Jospin. Die PS sieht die aktuelle Bedrohung viel eher durch die SU, während die KPI auf beide Supermächte abhebt und dabei mehr Gewicht auf die USA zu legen scheint. Dies drückt sich auch in Differenzen über die SS 20 aus, ob die NATO-Nachrüstung ein notwendiger Schritt sei usw.

Jospin wies den Gedanken zurück, das Treffen hätte eng pragmatische Gründe. Ihm und Berlinguer ging es um eine weiterreichende Strategie. Im Herbst soll deshalb ein theoretisches Colloquium über die Linke und Europa stattfinden. Dennoch fand das Treffen auch vor dem Hintergrund einer Krise vor allem in der KPI, sich abzeichnend auch in der PS, statt.

Die Krise in der KPI hat sowohl innen- wie auch außenpolitische Aspekte. Mit ihrer Strategie des historischen Kompromisses hat die KPI einigen Kredit in der Wählerschaft verscherzt. 1978 unterstützte sie im Parlament eine christdemokratische Regierung, ohne jedoch jemals in die Nähe einer Regierungsbeteiligung gerückt zu sein. Auf die unvermeidlichen Kompromisse, die sie der DC machen mußte, folgte eine deftige Wahlniederlage bei Kommunalwahlen im Juni 1980. In diesen Wahlen wiederum hatten die italienischen Sozialisten über 4% hinzugewonnen. Die italienischen Sozialisten sind aber keineswegs mit den französischen vergleichbar. Auf eine Linksunion mit der KPI pfeifen sie und bieten sich als Regierungskraft den Christdemokraten an. Für die KPI stellt sich somit das Problem, wie sie überhaupt mit Aussicht auf Erfolg an eine Umsetzung ihrer Positionen gehen kann. Die KPI legt großen Wert auf den parlamentarischen Weg. Sowohl „historischer Kompromiß" wie auch Linksunion sind ihr aber absehbar versperrt. Hier hat das Treffen mit der PS sicherlich den Hintergrund, sich sowohl als anerkannt wie auch bündnisfähig innerhalb des europäischen Sozialismus darzustellen wie auch innerhalb der italienischen SP Druck für eine Annäherung an die KPI auszuüben.

Außenpolitisch muß die KPI durch ihren Kurs gegenüber der SU notwendig die gewachsenen internationalen Verbindungen verlieren und droht sich auf der internationalen Bühne zu isolieren. Dies hat ihr von der innerparteilichen Opposition den Vorwurf eingebracht, die KPI würde ihren internationalistischen Charakter verlieren. Das Treffen mit der PS hat also den Zweck, ein neues internationales Verbindungsnetz aufzubauen. Insgesamt ist die KPI in einer labilen Lage. Das Konzept eines Dritten Weges ist theoretisch noch kaum fundiert ausgearbeitet. Dies schafft eine labile Lage innerhalb der Mitgliedschaft, die notwendig unterschiedliche zentrifugale Strömungen entwickelt.

Die PS sieht sich ihrerseits immer größeren Schwierigkeiten gegenüber, die Ansprüche an ihre Regierungsarbeit zu erfüllen. Von seiten der Bauernschaft sieht sie sich einer breiten Ablehnungsfront gegenüber. Die Einführung der 39-Stunden-Woche wurde von den Kapitalisten mit allen möglichen Gemeinheiten gegenüber den Arbeitern beantwortet. Die Atomenergiepolitik Giscards wird fast unverändert fortgeführt. Die Verkürzung der Wehrpflicht hat bisher kaum stattgefunden. Die Verluste bei den Kantonalwahlen waren die erste Quittung. Welches Anrecht hat die PS überhaupt, im Namen der sozialistischen Bewegung zu sprechen?

Hier kann ihr das Treffen mit der KPI und die Debatte um den Dritten Weg weiteren Kredit verschaffen. Weiterhin führt dies sicherlich zu einer Stärkung der PS gegenüber der KPF, die bei diesem Treffen links liegen gelassen wurde. Sowohl innerhalb der Linken als auch in bezug auf den außenpolitischen Kurs gegenüber der SU, der von der PS ja um einiges schärfer gefahren wird als von den Sozialdemokraten, z.B. der BRD.

Karmal ruft zum Heiligen Krieg auf

Spaltungsversuche der afghanischen Regierung unter der Bevölkerung

chm. Seltsame Wege ist der Parteitag der regierenden Demokratischen Volkspartei Afghanistans, PDP, gegangen. In einer gesonderten Erklärung appellierte er an die Stammesführer der Paschtunen, der zahlenmäßig größten Volksgruppe des Landes (60%), „die Tradition des Djihad, des Heiligen Krieges, der sunna (der Traditionen, die auf den Propheten Mohamed zurückgehen" zu befolgen. Der Parteitag rief die Paschtunen auf, Jirgahs, Stammesräte, aufzubauen, die ihre Angelegenheiten regeln sollen und versprach ihnen, daß die Regierung ihre Interessen, ihren Prestige, ihren Besitz und ihre Sicherheit garantieren wird. Als Gegenleistung sollen sie ihre Landsleute dazu aufrufen, den Widerstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht aufzugeben.

Das ist eine Bankrotterklärung der Karmalregierung, etwas über zwei Jahre, nachdem sie von sowjetischen Panzern an die Macht gehievt worden ist. Gerade an diesem Aufruf wird deutlich, daß es nach zwei Jahren weder gelungen ist, das afghanische Volk hinter die Politik der Regierung zu bekommen, noch die Kontrolle über das Land zu erlangen.

Nachdem die Sowjetunion zwei Jahre lang versucht hat, die anderen nationalen Minderheiten – von den Tadschiken, die 20 – 30% der Bevölkerung ausmachen, bis hin zu den Hazaras, die nur 3% bilden, gegen die Paschtunen zu einen und sie auf die Seite der Besatzung zu ziehen, scheint sie jetzt eine andere Taktik eingeschlagen zu haben: zu versuchen, die Paschtunen, die auch die Masse der Widerstandskämpfer stellen, untereinander zu spalten, indem sie ihnen Garantien und Vorteile gegen die anderen nationalen Minderheiten verspricht.

Den größeren Effekt dieser Politik verspricht sich die Sowjetunion vermutlich auf die Khalq-Fraktion der regierenden PDP erzielen zu können. Die Khalq-Fraktion, ursprünglich wie die von Karmal geführte Partscham-Fraktion eine selbständige Partei, ist in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Paschtunen zusammengesetzt. Ihre Basis hat sie unter den kleinen Angestellten der Provinzen, den paschtunischen Bauern, den Studenten und Schülern in den Städten und vor allem in der Armee. Zahlenmäßig immer schon größer als die Partscham (25 – 30000 Mitglieder im Vergleich zu 5000 Partschamis), hat sie heute zwar ihren Einfluß in der Staatsbürokratie durch die Säuberungsaktionen der Karmalfraktion fast vollständig verloren, verfügt aber immer noch über starke Anhänger in den Reihen der Polizei, der Armee und der Provinzverwaltung, soweit diese überhaupt noch existiert. Daß sie immer noch den Innenminister stellt, zeigt, daß dieser Einfluß noch besteht. In der Provinz hat er dazu geführt, daß die Khalqanhänger mit der Widerstandsbewegung zwar nicht offen zusammenarbeiten, aber durch Stillhalten ihr die Bewegungsfreiheit verschaffen, die sie braucht.

Es ist schwer, ideologische Differenzen zwischen beiden Fraktionen auszumachen. Es scheint, daß es zum einen um die Frage persönlicher Gefolgschaft geht. (Der von den Sowjets abgesetzte Vorgänger Karmals, Hafizullah Amin war ein Khalqi). Sowieso spielen Einzelpersonen in der Politik eine viel größere Rolle in den Ländern der 3. Welt als hier. Zum anderen kann man aber durch die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Basis beider Fraktionen die Ursachen für die Spaltungslinien erahnen. Die Khalqis sind im großen und ganzen Vertreter der „kleinen Leute".

Die Mitglieder der Partschamfraktion und ihre Anhänger rekrutieren sich aus den reicheren städtischen Schichten, Söhne der Handelskapitalisten, die entweder in der Sowjetunion oder in Osteuropa und den USA studiert haben. (Die SU hat schon zu dem afghanischen König Zahir Shah in den 60er Jahren enge Beziehungen gepflegt.)

Hinzu kommt noch der ethnische Widerspruch: Während die Khalqis wie gesagt überwiegend Paschtunen sind, sind in der Partschamfraktion Angehörige verschiedener nationaler Minderheiten zu finden. Der Aufruf an die Paschtunenfürsten, zum Islam zurückzufinden, ist zugleich also ein Versuch, den Riß zwischen Khalq und Partscham zu kitten. Daß dieser Riß bisher für die Sowjetunion und ihre Marionetten noch nicht lebensgefährlich geworden ist, liegt an der politischen Zersplitterung des afghanischen Widerstandes (s. das „Stichwort").

Stichwort:

Afghanischer Widerstand

Nationale Befreiungsfront unter Führung von Sebghatullah Moudjadedi, Führer eines Sufi- (= Mystiker-) Ordens. Sie operiert im Norden und hat gute Beziehungen zu den fundamentalistischen Richtungen im Widerstand. Die Mitglieder sind im Norden auch zugleich Mitglieder des Ordens. Im Süden hat sie einen gewissen Einfluß unter bestimmten Clans mit nationalistischen und laizistischen Tendenzen.

Befreiungsfront von Sayyed Gailani: hat Einfluß in den Gebieten der paschtunischen Stämme (Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, chm); nationalistisch, laizistisch und vermutlich monarchistisch.

Harakat-e-enqelab-e-islami (Revolutionäre Islamische Bewegung): unter Führung von Mohamed Nabi Mohamedi. Trotz ihres Namens ist diese Partei sehr konservativ. Die Mehrheit steht den Fundamentalisten nahe.

Hezb-e-islami von Gulbuddin Hekmatyar: fundamentalistisch und integristisch ausgerichtet, verliert diese Partei, die zu Beginn des Krieges sehr einflußreich war, immer mehr an Einfluß.

Djamiat-e-islami (Islamische Gesellschaft): wird von Prof. R. Rabbani geführt. Ist fundamentalistisch ausgerichtet, aber viel offener als die Partei Hekmatyars. In ihren Reihen sind viele junge Intellektuelle.

Hezb-e-islami von Younus Khalis: ist hervorgegangen aus einer Spaltung von Hekmatyars Partei auf religiöser Grundlage; ihr Einfluß steigt. Ist eher konservativ als fundamentalistisch, und vor allem paschtunisch.

Shura-e-ettehad (Einheitsrat): wird geführt von Sayyed Mohamed Beheshti, ist Ausdruck des Partikularismus der schiitischen Hazara (Zentralafghanistan), den sie vollständig kontrollieren; konservativ.

Fortschrittliche Strömungen: Bewegungen, die aus der maoistischen Organisation Sholay-e-djawid (Ewige Flamme – in den 60er Jahren entstanden, chm). Ein Teil hat aufgehört, sich zum Marxismus zu bekennen. Sind städtischen Ursprungs und sehr klein. Die zwei Hauptströmungen: SAMA (vor allem in Kabul konzentriert, chm) ist nationaldemokratisch ausgerichtet; Raha'i (Befreiung), strebt den Aufbau einer Avantgardepartei neben dem Aufbau einer nationalen Einheitsfront an.

(nach: Le Monde diplomatique, März 1982)



Eine sowjetische Splitterbombe, die tausende Schrapnells enthält

Polen: Stummes Tauziehen um die Neuzulassung der Gewerkschaften
Auch in der „Solidarität" ist eine Diskussion im Gange
Gerd Koenen
Während an der politischen Oberfläche in Polen sich so gut wie nichts tut, ist untergründig ein stummes Tauziehen im Gange. Die Militärregierung versucht, in aller Sturheit ihr Konzept einer „Normalisierung" durchzusetzen
teireaktionären, die freilich noch klug abwarten und ihre Kräfte sammeln. Die Sowjetunion setzt zwar im Augenblick auf Jaruzelski, und läßt Rakowski machen, aber konspiriert ungeniert mit anderen Kräften in der Partei. So ist der Warschauer Parteisekretär Kociolek, obwohl er in keinem Führungs-
Von Z. Bujak stammt auch das nebenstehende Dokument, worin eine Taktik im Kampf um die Wiederzulassung der „Solidarität" vorgeschlagen wird. Auf diese Frage spitzt sich alles zu. Darüber haben auch „Gespräche" (keine Verhandlungen, hat Rakowski betont) zwischen dem Arbeitsminister
„Unsere Gewerkschaft muß ihre Gegenwart demonstrieren"
Die am 22.2. veröffentlichten Vorschläge des Komiteees des Ministerrats betr. die Gewerkschaften besagen, daß die Regierung zumindest im Augenblick die Möglichkeit der Wiederzulassung der Solidarność ausschließt und einseitig ohne irgendwelche Verhandlungen oder Übereinkünfte entschieden hat, der Ge-
Die Mitglieder unserer Gewerkschaft wie auch die gewählten Vertreter sollen auch weiterhin in der Verteidigung der Interessen der Werktätigen hervortreten. Die Angelegenheiten der Belegschaften dürfen nicht durch die Sozialkommissionen erledigt werden, weil das heißen würde, daß diese unsere Gewerkschaft erset-
re lang versucht hat, die anderen nationalen Minderheiten – von den Tadschiken, die 20 – 30% der Bevölkerung ausmachen, bis hin zu den Hazaras, die nur 3% bilden, gegen die Paschtunen zu einen und sie auf die Seite der Besatzung zu ziehen, scheint sie jetzt eine andere Taktik eingeschlagen zu haben: zu versuchen, die Paschtunen, die auch die Masse der Widerstandskämpfer stellen, untereinander zu spalten, indem sie ihnen Garantien und Vorteile gegen die anderen nationalen Minderheiten verspricht.
Den größeren Effekt dieser Politik verspricht sich die Sowjetunion vermutlich auf die Khalq-Fraktion der regierenden PDP erzielen zu können.
schen und laizistischen Tendenzen.
Befreiungsfront von Sayyed Gailani: hat Einfluß in den Gebieten der paschtunischen Stämme (Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, chm); nationalistisch, laizistisch und vermutlich monarchistisch.
Harakat-e-enqelab-e-islami (Revolutionäre Islamische Bewegung): unter Führung von Mohamed Nabi Mohamedi. Trotz ihres Namens ist diese Partei sehr konservativ. Die Mehrheit steht den Fundamentalisten nahe.
Hezb-e-islami von Gulbuddin Hekmatyar: fundamentalistisch und integristisch ausgerichtet, verliert diese Partei, die zu Beginn des Krieges sehr einflußreich war, immer mehr an Einfluß.
Djamiat-e-islami (Islamische Gesell-
ist Ausdruck des Partikularismus der schiitischen Hazara (Zentralafghanistan), den sie vollständig kontrollieren; konservativ.
Fortschrittliche Strömungen: Bewegungen, die aus der maoistischen Organisation Sholay-e-djawid (Ewige Flamme – in den 60er Jahren entstanden, chm). Ein Teil hat aufgehört, sich zum Marxismus zu bekennen. Sind städtischen Ursprungs und sehr klein. Die zwei Hauptströmungen: SAMA (vor allem in Kabul konzentriert, chm) ist nationaldemokratisch ausgerichtet; Raha'i (Befreiung), strebt den Aufbau einer Avantgardepartei neben dem Aufbau einer nationalen Einheitsfront an.
(nach: Le Monde diplomatique, März 1982)



Eine sowjetische Splitterbombe, die tausende Schrapnells enthält

Polen: Stummes Tauziehen um die Neuzulassung der Gewerkschaften

Auch in der „Solidarität" ist eine Diskussion im Gange

Gerd Koenen

Während an der politischen Oberfläche in Polen sich so gut wie nichts tut, ist untergründig ein stummes Tauziehen im Gange. Die Militärregierung versucht, in aller Sturheit ihr Konzept einer „Normalisierung" durchzusetzen und hofft auf die Erschöpfung des passiven Widerstands.

Im Vordergrund der politischen Bühne dürfen dabei noch immer jene Ex-Reformer wie der Vize-Ministerpräsident Rakowski oder das Politbüro-Mitglied Barcikowski agieren, die anscheinend von einem neuen gesellschaftlichen Kompromiß träumen, dessen Bedingungen *sie diktieren* können. Dieser Kompromiß, soviel ist ihnen klar, ist die Voraussetzung für jede, auch nur halbgare Wirtschaftsreform.

Die aber müssen sie machen. Die Wirtschaftszahlen weisen nach wie vor nach unten. Es sammelt sich ein enormer sozialer Zündstoff an. Die Preiserhöhungen führen schon jetzt dazu, daß viele Arbeiter und erst recht jene 10 Millionen, die nach offiziellen Angaben unter dem sozialen Existenzminimum leben, nicht einmal mehr ihre Bezugskarten einlösen können!

Zugleich ist ab dem 1. April den Betrieben die „Selbstfinanzierung" übertragen worden – in einer Situation, wo die Kapazitäten nur zwischen 40 und 60% ausgelastet sind. Man rechnet mit einer anrollenden Arbeitslosigkeit von 600000 bis 1,5 Millionen. Und das *ohne* Arbeitslosenversicherung!

Während der zivile Widerstand immer massenhaftere Formen annimmt – stille Massendemonstrationen zur abendlichen Fernsehzeit, indem man vor die Tür geht, oder Kurzstreiks an jedem 13. des Monats um 12.00 Uhr mittags – steht das Regime zugleich unter wachsendem Druck von den Parteireaktionären, die freilich noch klug abwarten und ihre Kräfte sammeln. Die Sowjetunion setzt zwar im Augenblick auf Jaruzelski, und läßt Rakowski machen, aber konspiriert ungeniert mit anderen Kräften in der Partei. So ist der Warschauer Parteisekretär Kociolek, obwohl er in keinem Führungsgremium der Partei mehr seit dem letzten Parteitag vertreten ist, zu Gesprächen mit der sowjetischen Parteiführung in Moskau gewesen.

Eine lebhafte, offenbar auch ernsthafte Differenzen austragende Diskussion ist unter den Führern der „Solidarität" und der politischen Opposition – sowohl denen in den Internierungslagern wie denen im Untergrund – im Gange. Wie es aussieht, ist die Gewerkschaft und der Widerstand als ganzer *nicht* organisatorisch zentralisiert; sondern in einigen Regionen sind Regionalleitungen der „Solidarität" neu gebildet worden, so in Wroclaw und Lódz, in anderen Regionen aber, wie Warschau, wird das von den Führern, die im Untergrund sind, ausdrücklich abgelehnt.

In einem Interview von Zbigniew Bujak und Wiktor Kulerski in der Untergrundzeitung „Tygodnik Masowsze" haben beide ausgeführt: „Die gegenwärtige Situation verlangt die Dezentralisierung: eine Struktur aus unabhängigen Bausteinen in den Betrieben und anderswo." Es gehe gegenwärtig auch nicht um große Aktionen, wie einheitliche Streiks und Demonstrationen. „Ich sehe eine solche Möglichkeit (eines Generalstreiks)", so Bujak, „aber nicht für den Augenblick. In zwei oder drei Monaten, wenn man klarer sehen wird. Dann wird der Kampf für die Gewerkschaft entscheidend für die künftige Form, in der sie wiederersteht." (Text in „was tun" vom 4.1.)

Von Z. Bujak stammt auch das nebenstehende Dokument, worin eine Taktik im Kampf um die Wiederzulassung der „Solidarität" vorgeschlagen wird. Auf diese Frage spitzt sich alles zu. Darüber haben auch „Gespräche" (keine Verhandlungen, hat Rakowski betont) zwischen dem Arbeitsminister Ciosek und Lech Walesa stattgefunden. Kernstück in den Grundsätzen, nach denen der Neuaufbau der Gewerkschaften erfolgen soll, wie sie von der Kommission unter Rakowski vorgelegt worden sind, ist die Zerschlagung der „Solidarität" als Einheitsgewerkschaft neuen Typs, d.h. als Verband, worin *alle* lohnabhängig Berufstätigen *regional* zusammengefaßt waren. Stattdessen sollen es nun „unabhängige, selbstverwaltete Branchengewerkschaften" sein. Von deren Führung sollen natürlich alle ausgeschlossen sein, die politisch oppositionell sind und sich womöglich gegen das Kriegsrecht „vergangen" haben. Und natürlich sollen die neuen Gewerkschaften die führende Rolle der Partei anerkennen, ja, mehr noch: sie sollen „die Interessen des Staates" zu ihrem obersten Ziel machen. Das ist die Lieblingsidee von Jaruzelski persönlich: die „Staatsraison" als oberstes Leitziel.

Natürlich sind diese Bedingungen für die „Solidarität" und auch für den von seiner Organisation sorgfältig isolierten Lech Walesa unakzeptabel. Aber sie lehnen Verhandlungen nicht prinzipiell ab, und sind offenbar – jedenfalls gilt dies für einige der maßgeblichen Leute – bereit, satzungsmäßige Beschränkungen hinzunehmen, *wenn* die Gewerkschaft als authentische Organisaton, und nicht als ein bloßes Gespenst ihrer selbst wiederersteht. Jedenfalls will man dem Regime einen Weg *offen* halten, wenn es merkt, daß es in einer Sackgasse steckt.

„Unsere Gewerkschaft muß ihre Gegenwart demonstrieren"

Die am 22.2. veröffentlichten Vorschläge des Komiteees des Ministerrats betr. die Gewerkschaften besagen, daß die Regierung zumindest im Augenblick die Möglichkeit der Wiederzulassung der Solidarność ausschließt und einseitig ohne irgendwelche Verhandlungen oder Übereinkünfte entschieden hat, der Gesellschaft ihre Gewerkschaftskonzeption aufzuzwingen. Es handelt sich um Gewerkschaften, die der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) untergeordnet sind und deren Struktur und Rechte von vornherein jegliche Möglichkeit einer unabhängigen Tätigkeit ausschließen. Der erste Versuch (zur Erneuerung) der Gewerkschaftsbewegung auf der Betriebsebene sind die Sozialkommissionen. Sie haben den Beweis zu erbringen, daß Solidarność überflüssig sei, sie sollen eine Etappe auf dem Weg zu (reinen Arbeiter-) Gewerkschaften bilden, solchen, die eine Garantie bieten (für das übergeordnete Interesse des sozialistischen Staates) (...)

Die von der Regierung vorgeschlagene Gestalt der Gewerkschaften ist ebenso unannehmbar wie die Sozialkommissionen.

Der einzige Weg, der uns bleibt, ist der Kampf um die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Solidarność. Schon jetzt kann und muß unsere Gewerkschaft ihre Gegenwart in den Betrieben und im öffentlichen Leben demonstrieren. Und das nicht allein durch die Aktivität konspirativer Gewerkschaftsgruppen, sondern dadurch, daß sie in allen für die Belegschaften wichtigen Angelegenheiten ihre Stimme erhebt.

In vielen Betrieben versucht die Direktion verschiedene Angelegenheiten durch Vereinbarung mit Vertretern der Solidarność zu regeln. Die Mitglieder unserer Gewerkschaft wie auch die gewählten Vertreter sollen auch weiterhin in der Verteidigung der Interessen der Werktätigen hervortreten. Die Angelegenheiten der Belegschaften dürfen nicht durch die Sozialkommissionen erledigt werden, weil das heißen würde, daß diese unsere Gewerkschaft ersetzen. Die betrieblichen Sozialkommissionen müssen boykottiert werden (...)

Man muß alle Möglichkeiten offener Betätigung ausnutzen. Die ist ebenso notwendig wie die heute schon allgemeine Widerstandsbewegung ... Die Regierung wird letztendlich die auf diese Weise demonstrierte Gegenwärtigkeit unserer Gewerkschaft im öffentlichen Leben akzeptieren müssen, sie wird zur Einsicht kommen müssen, daß Solidarność aktiv ist.

Wir haben ein klares Ziel vor uns: Wiederaufnahme der Tätigkeit unserer Gewerkschaft, Freilassung der Gefangenen, Wiedereinstellung der Entlassenen, Aufhebung des Kriegszustands. Wir müssen fähig sein zu koordinierter und wirkungsvoller Tätigkeit. In jedem Betrieb müssen gewerkschaftliche Gruppen organisiert sein, die über Geldmittel zur Unterstützung Verfolgter, über Vervielfältigungsmittel, die die Herausgabe einiger Zeitungen ermöglichen, und über ein Verbindungsnetz, das einen leistungsfähigen Informationsfluß gewährleistet, verfügen. Wenn sich die Frage der Existenz der Solidarność entscheiden wird und unsere Bewegung die Bedingungen diktieren will, dann muß sie eine reale Kraft darstellen.

Vorsitzender der Regionalleitung Mazowsze *Zbigniew Bujak*

Aus: die Tageszeitung, 26.3.1982

Krise der Stadt

Material zu den Ursachen und Bedingungen der Stadtentwicklung. Das Beispiel Hamburg.

Von Claus-Michael Dirksen

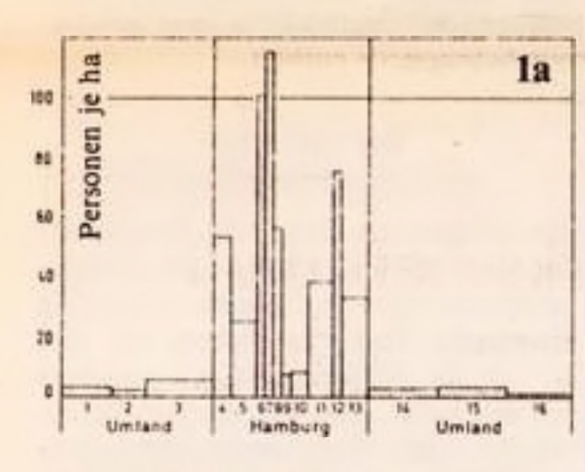
Seit Mitte der 60er Jahre verlieren alle westdeutschen Großstädte an Wohnbevölkerung. Die Bevölkerungsverluste haben ihre Ursache nicht in der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also der Abnahme der Geburten, sondern es sind Verluste, die im wesentlichen durch Wanderverluste entstehen. Überhaupt hat die natürliche Bevölkerungsentwicklung auch in der Entstehung der großen Städte keinen nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung gehabt. Die großen Städte sind alle aufgrund der Zuwanderung entstanden.

Für ein alternatives Stadtentwicklungsprogramm

In den letzten Jahren sind vor allem durch die Grünen, die Instandbesetzerbewegung und die Alternativen Listen gegen eine Reihe von Auswirkungen der kapitalistischen Stadtentwicklung große Kämpfe geführt und alternative Vorschläge gemacht worden. So wurde gegen die Ausdehnung des Individualverkehrs die Forderung nach Ausbau des Nahverkehrs gefordert. Die Stadtsanierung wurde bekämpft, wo sie zur Vertreibung der ansässigen Bevölkerung führt. Die Zersiedlung des Umlandes wurde kritisiert und bekämpft. Die in diesen Zusammenhängen gemachten Untersuchungen haben einiges an Material zur Kritik an der Zerstörung der Lebensbedingungen der Menschen gebracht. Die Probleme eines alternativen Stadtentwicklungsprogramms wurden aber nicht gelöst. Das liegt meiner Ansicht nach an der unzureichenden und z.T. auch falschen Bestimmung der Ursachen und Bedingungen kapitalistischer Stadtentwicklung. So ist in der Mieter- und Instandbesetzerbewegung die Vorstellung von der Spekulation mit Grund und Boden als Ursache der Wohnraumzerstörung noch immer vorherrschend. Die Forderung nach Ausbau des Nahverkehrs löst zwar das Problem der Luftverschmutzung und anderer gefährlicher Folgen des Individualverkehrs, aber die immer weitere Ausdehnung des Verkehrs durch die kapitalistische Stadtentwicklung wird damit nicht angegangen.

Ein alternatives Stadtentwicklungsprogramm muß ausgehen von der Analyse der gegenwärtigen Stadtentwicklung und ihre Ursachen untersuchen, um zu Vorschlägen einer Stadtentwicklungsplanung zu kommen, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner erhält und verbessert. Damit die Stadtentwicklung nicht auf Kosten des Landes geht, müssen auch dessen Entwicklungsbedingungen untersucht werden. Im folgenden soll an Hand des Hamburger Beispiels Material zur Untersuchung der Stadtentwicklung geliefert werden. Es soll ein erster Beitrag zu der obengenannten Aufgabe sein.

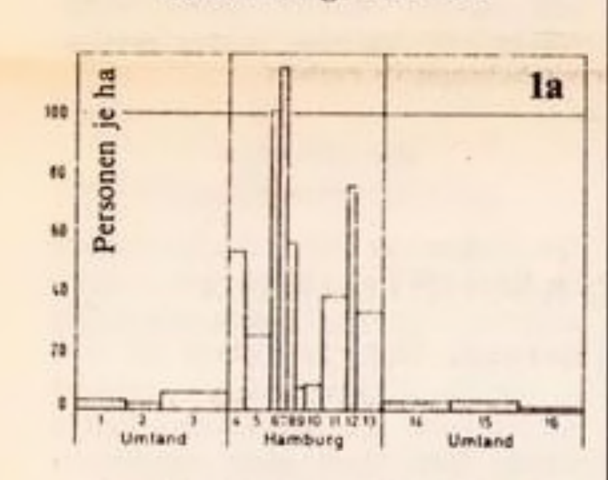
Bevölkerung je ha Gebietsfläche Volkszählung Ende 1973



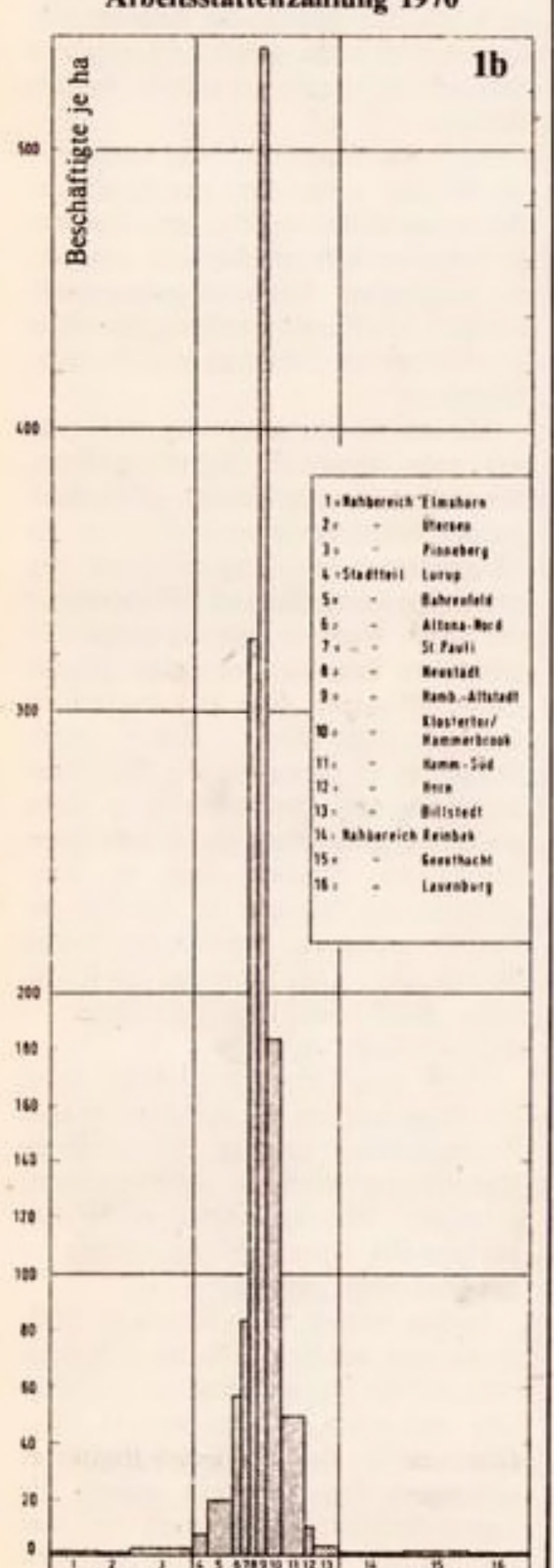
Beschäftigte je ha Gebietsfläche Arbeitsstättenzählung 1970

reichenden und z.T. auch falschen Bestimmung der Ursachen und Bedingungen kapitalistischer Stadtentwicklung. So ist in der Mieter- und Instandbesetzerbewegung die Vorstellung von der Spekulation mit Grund und Boden als Ursache der Wohnraumzerstörung noch immer vorherrschend. Die Forderung nach Ausbau des Nahverkehrs löst zwar das Problem der Luftverschmutzung und anderer gefährlicher

Bevölkerung je ha Gebietsfläche Volkszählung Ende 1973



Beschäftigte je ha Gebietsfläche Arbeitsstättenzählung 1970



Die Entwicklung der Stadt Hamburg

Das Stadtbild Hamburgs zeigt die bekannten Erscheinungen. Im Mittelpunkt der Stadt liegt die City, die von den Bauten der Handels- und Bankkapitalisten und der Verwaltungen beherrscht werden. Es konzentrieren sich hier die Arzt-, Anwalts- und Steuerberaterpraxen sowie die Geschäfte für Luxusgüter. Die City weist die höchste Konzentration an Nahverkehrslinien auf.

Wohnungen gibt es kaum und wenn, dann teure Luxusappartements. An die Innenstadt schließt sich nach Norden (im Süden fängt das Gebiet des Hafens an) ein Gebiet an, das durch hohe Konzentration an Wohnbevölkerung und Arbeitsstätten gekennzeichnet ist. Zum Stadtrand hin nehmen die Wohnbevölkerung zu und die Arbeitsstätten ab, wobei die Dichte der Wohnbevölkerung abnimmt. Nach Westen hin schließt sich an das Mischgebiet das Wohngebiet der reichen Leute an (Blankenese usw.). Nach Osten hin gibt es noch ein größeres Industriegebiet (Billstedt). Im Umland schließt sich an die Hamburger Stadtgrenze ein Wohngebiet mit einigen Arbeitsstätten an. Das Schaubild 1 zeigt diesen konzentrischen Aufbau der Stadt nach Wohn- und Arbeitsgebieten sehr drastisch. Dieser Aufbau ist Ergebnis einer Entwicklung, von der das Schaubild 2 einen Eindruck vermittelt. Es

kannten Erscheinungen. Im Mittelpunkt der Stadt liegt die City, die von den Bauten der Handels- und Bankkapitalisten und der Verwaltungen beherrscht werden. Es konzentrieren sich hier die Arzt-, Anwalts- und Steuerberaterpraxen sowie die Geschäfte für Luxusgüter. Die City weist die höchste Konzentration an Nahverkehrslinien auf.

Wohnungen gibt es kaum und wenn, dann teure Luxusappartements. An die Innenstadt schließt sich nach Norden (im Süden fängt das Gebiet des Hafens an) ein Gebiet an, das durch hohe Konzentration an Wohnbevölkerung und Arbeitsstätten gekennzeichnet ist. Zum Stadtrand hin nehmen die Wohnbevölkerung zu und die Arbeitsstätten ab, wobei die Dichte der Wohnbevölkerung abnimmt. Nach Westen hin schließt sich an das Mischgebiet das Wohngebiet der reichen Leute an (Blankenese usw.). Nach Osten hin gibt es noch ein größeres Industriegebiet (Billstedt). Im Umland schließt sich an die Hamburger Stadtgrenze ein Wohngebiet mit einigen Arbeitsstätten an. Das Schaubild 1 zeigt diesen konzentrischen Aufbau der Stadt nach Wohn- und Arbeitsgebieten sehr drastisch. Dieser Aufbau ist Ergebnis einer Entwicklung, von der das Schaubild 2 einen Eindruck vermittelt. Es

zeigt für die 60er Jahre, wie die Wohnbevölkerung aus der Innenstadt ins Umland vertrieben wurde, bei gleichzeitiger Abwanderung von Betrieben aus Hamburg ins Umland. Bevor dieser Prozeß weiter untersucht werden soll, kann man jetzt schon festhalten:

1. Die Wohnbevölkerung wird nicht einfach aufs Land vertrieben, sondern siedelt sich in unmittelbarer Nähe der Stadt an. Was als Rückgang der Stadtentwicklung erscheint – Abnahme der Wohnbevölkerung – ist in Wirklichkeit eine räumliche Ausdehnung der Stadt ins Umland hinein.
2. Der Abnahme der Wohnbevölkerung in der Stadt entspricht keine entsprechende Abnahme der Arbeitsplätze und auch keine entsprechende Zunahme der Arbeitsplätze im Umland. Wenn es auch im Schaubild so erscheint, daß z.B. die Zunahme der Arbeitsstätten in Reinbek (A4) größer ist als die Zunahme der Bevölkerung, so ist das falsch, weil hier nur relative Zunahmen eingezeichnet sind und die absoluten Ausgangspunkte bei der Wohnbevölkerung und den Beschäftigten völlig unterschiedlich sind. Ein Großteil der Leute, die ins Umland abgewandert sind, behält seinen Arbeitsplatz in der Stadt. Hier liegt die Ursache für die wachsende Zahl der Pendler und die rasche Zunahme des Verkehrs in der Stadt.

Entwicklung der Bevölkerung

Aus der Tabelle 1 kann die Bevölkerungsveränderung in Hamburg und im Umland abgelesen werden. Während in den 50er Jahren die Bevölkerung in der Stadt noch zunahm und im Umland abnahm, hat sich dieser Prozeß in den 60er Jahren umgekehrt. Die Bevölkerung in der Stadt nahm ab, im Umland zu. Die Bevölkerung wurde vom Inneren der Stadt ausgehend zunehmend nach außen gedrängt. Die Abwanderung ins Umland ist nur eine Fortsetzung der Vedrängung der Bevölkerung an den Rand der Stadt.

Sieht man sich die Entwicklung der Region an, so fällt zweierlei auf:

1. Die Region hat sich die ganze Zeit über bis 1974, wenn auch mit abnehmender Rate, vergrößert.
2. Es kann nicht von einer Entvölkerung der Stadt gesprochen werden, eher von einer Ausdehnung. Die alten Gebietsgrenzen spiegeln die neu entstandene Lage nicht mehr wider. Die Stadt Hamburg ist größer, als sie stati-

Großteil der Leute, die ins Umland abgewandert sind, behält seinen Arbeitsplatz in der Stadt. Hier liegt die Ursache für die wachsende Zahl der Pendler und die rasche Zunahme des Verkehrs in der Stadt.

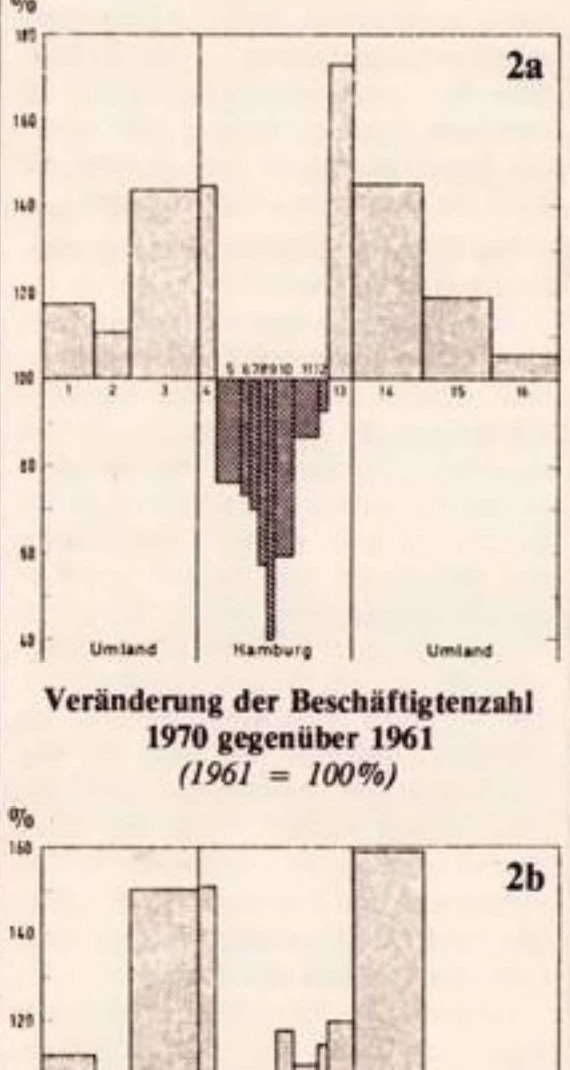
Entwicklung der Bevölkerung

Aus der Tabelle 1 kann die Bevölkerungsveränderung in Hamburg und im Umland abgelesen werden. Während in den 50er Jahren die Bevölkerung in der Stadt noch zunahm und im Umland abnahm, hat sich dieser Prozeß in den 60er Jahren umgekehrt. Die Bevölkerung in der Stadt nahm ab, im Umland zu. Die Bevölkerung wurde vom Inneren der Stadt ausgehend zunehmend nach außen gedrängt. Die Abwanderung ins Umland ist nur eine Fortsetzung der Vedrängung der Bevölkerung an den Rand der Stadt.

Sieht man sich die Entwicklung der Region an, so fällt zweierlei auf:
1. Die Region hat sich die ganze Zeit über bis 1974, wenn auch mit abnehmender Rate, vergrößert.
2. Es kann nicht von einer Entvölkerung der Stadt gesprochen werden, eher von einer Ausdehnung. Die alten Gebietsgrenzen spiegeln die neu entstandene Lage nicht mehr wider. Die Stadt Hamburg ist größer, als sie stati-

stisch erscheint. Dieser Zustand tritt nicht das erste Mal in der Geschichte ein, sondern die Entwicklung Hamburgs hat mehrmals zu einer gebietsmäßigen Ausdehnung der Stadt aufgrund der vorher sich entwickelnden Ausuferung geführt, wie z.B. 1937.

Bevölkerungsveränderung Ende 1973 gegenüber 1961
(1961 = 100%)



Veränderung der Beschäftigtenzahl 1970 gegenüber 1961
(1961 = 100%)

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen soll als Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung angenommen werden. Diese Zahl spiegelt die tatsächliche Entwicklung nur unzureichend wieder, da durch Rationalisierung die Zahl der Beschäftigten sinken kann, ohne daß das im kapitalistischen Sinne eine Schwächung der Wirtschaftsentwicklung bedeutet – eher umgekehrt. Aber andere Zahlen liegen mit im Augenblick nicht vor.

Insgesamt nimmt die Zahl der Arbeitsplätze in Hamburg ab, während sie sich in der Region halten. Vor allem gehen in Hamburg und hier vor allem in der Inneren Stadt gewerbliche Arbeitsplätze verloren. Sie wandern zu ca. 50% ins Umland (nach Angaben der Handelskammer). Dem steht eine starke Zunahme der Arbeitsplätze bei sonstigen Dienstleistungen, also Banken, Versicherungen, Kommunikation etc. in Hamburg und abgeschwächt im Umland gegenüber. Auch von dieser Seite her betrachtet, kann man feststellen, daß die Stadt nicht einfach stirbt, sondern daß sie sich erstens ausweitet und zweitens eine Strukturveränderung hin zu einem Verwaltungszentrum der Region durchmacht.

Ursachen der Stadtentwicklung und der Stadtausdehnung

Zusammenfassend können wir die folgenden Entwicklungsstränge festhalten

1. Ausdehnung der Stadt über ihre Grenzen durch Verlagerung von gewerblichen Betrieben;
2. Verdrängung der Wohnbevölkerung an die Stadtgrenze, bzw. ins Umland;
3. Konzentration des sog. tertiären Sektors in der Innenstadt und Ausdehnung in die angrenzenden Gebiete.

Ursache dieser Entwicklungen sind die Gesetze der Kapitalakkumulation und ihre Vermittlung über die Mechanismen des Bodeneigentums und der Grundrente.

Erscheint es zunächst so, daß die Abwanderung der Industrie und der Bevölkerung aus dem Inneren der Stadt die gleichen Ursachen hat, nämlich zu hohe Bodenpreise, bzw. zu hohe Mieten, liegen die Verhältnisse bei beiden Bewegungen doch völlig anders.

In der Stadt findet eine Konkurrenz um die Nutzung des Bodens statt. Es gewinnt in der Regel derjenige, der aus einem bestimmten Boden den größten Nutzen, d.h. den größten Extraprofit ziehen kann, der als Grundrente, bzw. kapitalisiert als Bodenpreis, an den Bodeneigentümer zu zahlen ist.

Grob gesagt tritt in der Stadt eine Konkurrenz zwischen der Nutzung des Bodens als Grundlage für einen Industriebetrieb, für eine Bank (ein Handelshaus etc.) und für ein Wohnhaus auf. Die Anschauung zeigt, daß in der Konkurrenz um die städtischen Böden immer die Bank, die Versicherung etc. siegt und daß sowohl Gewerbebetriebe wie auch Wohnhäuser verschwinden. Warum? Für die Warenhäuser bedeutet der Standort Innenstadt, daß sie das Maximum an Kunden erreichen können und der Umschlag des Kapitals aus diesem Grunde besonders schnell ist. Darüber hinaus sparen sie Transport- und Lagerkosten an Stellen, wo sie viele Waren umsetzen. Für die Banken ist die Nähe zur Börse und die Nähe zu ihren wichtigsten Kunden sowie die Nähe zur zentralen staatlichen Administration Bedingung eines raschen Kapitalumschlags. Der Standort Innenstadt bietet gegenüber anderen Standorten ohne diese Konzentration von Menschen und Kapitalien für diese Kapitalien die Möglichkeit eines Extraprofits, der als Grundrente an den Bodenbesitzer gezahlt werden kann und muß. Dieser Extraprofit steht in seiner Höhe und damit in der Möglichkeit, Grundrente zu zahlen, weit über den Möglichkeiten, aus entsprechenden Wohnhäusern Miete zu ziehen. Denn die Miete, jedenfalls ihr Grundrentenbestandteil, ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Mieter. Diese ist nur hoch bei den Kapitalisten selber, die sich dann auch im Ausnahmefall Wohnungen in der Innenstadt leisten können. Die Masse der Arbeiter und Angestellten kann keine entsprechende Grundrente zahlen, und es werden in der Regel in der Innenstadt keine Wohnhäuser gebaut, sondern nur am Rand der Stadt, bzw. im Umland.

Ganz anders verhält es sich aber mit den Industriekapitalisten. Es ist nicht die Zahlungsunfähigkeit, die sie aus dem Inneren der Stadt verschwinden läßt, sondern es sind die konkreten Bedingungen ihres Arbeits- und Verwertungsprozesses, der sie dazu bringt, vom Inneren der Stadt an ihre Ränder zu ziehen. Darauf deutet schon zweierlei hin:

1. Historisch haben sich die Industriekapitale immer am Rand der Stadt angesiedelt. Ihre heutige, z.T. zentrale Lage in der Stadt hat seine Ursache in der Ausdehnung der Stadt.
2. Wo zentrale Lage – wie in Hamburg am Hafen – für die Erringung eines Extraprofits entscheidend ist, sind sie auch vom Bank- und Handelskapital nicht zu verdrängen.

Für Hamburg kann man feststellen, daß der Süden der Stadt (mit Hafen) dem Industriekapital vorbehalten bleibt. Die Kapitale des tertiären Sektors dehnen sich nach Norden aus.

Entscheidend für die Verlagerung der Industriekapitale an den Rand der Stadt, die ihnen den höchsten Profit verspricht, sind folgende Faktoren:

- Nähe zu einem großen, differenzierten Arbeitsmarkt;
- Nähe zu einem großen und differenzierten Absatzmarkt;
- Nähe zu Lieferanten von Hilfsstoffen, Rohstoffen und Produktionsmitteln;
- Möglichkeiten der räumlichen Expansion.

Letzteres ist sicher ein Grund für das Industriekapital, nicht in der Innenstadt zu bleiben, weil die Höhe der zu zahlenden Grundrente dazu zwingen würde, ihre Produktionsstätten in mehreren Etagen zu bauen, was unverhältnismäßig hohe Investitionen erfordern würde, die ihren Profit beschneiden. Aber entscheidend ist dies nicht. Wichtiger ist, daß am Rand der Stadt die obengenannten Kriterien zutreffen und die darauffolgende Notwendigkeit guter Verkehrsanbindungen (Bahn, Autobahn, Schiff etc.) eher gegeben sind als in der Innenstadt, wo der Verkehr 1. meist auf den Autoverkehr eingeschränkt ist und 2. nur zäh fließt. Weil also die Lage am Rande der Stadt einen höheren Profit abwirft als in der Innenstadt, wandern die industriellen Kapitale hierhin.

Erste Schlußfolgerungen

Ganz offensichtlich werden nur drastische Eingriffe in das kapitalistische Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln die negativen Folgen der Ausdehnung der Stadt und die daraus folgende Zerstörung der Lebensbedingungen der Menschen umkehren können. Die Durchsetzung der bestehenden Vorschläge zur Verkehrsentwicklung, gegen die Zerstörung des Wohnraums in den Innenstädten und die Zerstörung der Erholungsgebiete durch Zersiedelung usw. ist unbedingt notwendig, um Raum und Zeit zu schaffen für die Entwicklung alternativer Stadtentwicklungskonzepte, die ohne genaue Untersuchung des Widerspruchs Stadt-Land und ohne Entwicklung alternativer Produktions- und Siedlungsformen, nicht möglich sind.

Tabelle 1: **Bevölkerungsveränderung**

Gebiet	1950–60 absolut	1950–60 %	1960–70 absolut	1960–70 %	1970–74 absolut	1970–74 %
Hamburg	226740	14,1	– 38564	– 2,1	– 60022	– 3,3
– Innere Stadt	80275	11,2	– 169076	– 21,2	63081	– 10,0
– Äußere St.	146465	16,5	130512	12,6	3059	0,3
Umland 40 km	– 13253	– 2,0	148651	22,5	97478	12,0
Region	213487	9,4	110087	4,4	37456	1,4

Tabelle 2: **Arbeitsplatzveränderung 1961 – 1970**

Gebiet	Arbeitsplätze absolut	Arbeitsplätze %	Prod. Gewerb. absolut	Prod. Gewerb. %	Handel Verkehr absolut	Handel Verkehr %	Sonstige Dienstleistungen absolut	Sonstige Dienstleistungen %
Hamburg	– 36622	– 3,3	– 62856	– 15,5	– 12766	– 3,8	38557	+ 14,8
Innere Stadt	– 28416	– 5,0	– 42484	– 24,2	– 5262	– 2,5	18992	+ 10,2
Äußere Stadt	– 8206	– 1,9	– 20372	– 8,8	– 7504	– 5,8	19565	+ 26,0
Umland 40 km	50208	+ 29,3	26978	+ 30,8	8384	+ 19,6	13943	+ 35,6
Region	13586	+ 1,2	– 35878	– 7,3	– 4382	– 1,2	52500	+ 17,5

auf. Die Anschauung zeigt, daß in der | stadt zu bleiben, weil die Höhe der zu

Tabelle 1: Bevölkerungsveränderung

Gebiet	1950–60 absolut	1950–60 %	1960–70 absolut	1960–70 %	1970–74 absolut	1970–74 %
Hamburg	226740	14,1	– 38564	– 2,1	– 60022	– 3,3
– Innere Stadt	80275	11,2	– 169076	– 21,2	63081	– 10,0
– Äußere St.	146465	16,5	130512	12,6	3059	0,3
Umland 40 km	– 13253	– 2,0	148651	22,5	97478	12,0
Region	213487	9,4	110087	4,4	37456	1,4

Tabelle 2: Arbeitsplatzveränderung 1961 – 1970

Gebiet	Arbeitsplätze absolut	Arbeitsplätze %	Prod. Gewerb. absolut	Prod. Gewerb. %	Handel Verkehr absolut	Handel Verkehr %	Sonstige Dienstleistungen absolut	Sonstige Dienstleistungen %
Hamburg	– 36622	– 3,3	– 62856	– 15,5	– 12766	– 3,8	38557	+ 14,8
Innere Stadt	– 28416	– 5,0	– 42484	– 24,2	– 5262	– 2,5	18992	+ 10,2
Äußere Stadt	– 8206	– 1,9	– 20372	– 8,8	– 7504	– 5,8	19565	+ 26,0
Umland 40 km	50208	+ 29,3	26978	+ 30,8	8384	+ 19,6	13943	+ 35,6
Region	13586	+ 1,2	– 35878	– 7,3	– 4382	– 1,2	52500	+ 17,5

Uneinsichtigkeit und Unbeweglichkeit?

geh. „Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind an der Uneinsichtigkeit der öffentlichen Arbeitgeber gescheitert. Sie sind nicht gewillt gewesen, auch nur zu einem Punkt der gewerkschaftlichen Forderungen ein einigungsfähiges Angebot zu machen“, so erklärte H. Kluncker das Scheitern der Tarifverhandlungen über Lohn und Urlaub. In den Verhandlungen hatte der Bundesinnenminister, der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, auf den 2% abzüglich der 1%-Kürzung beharrt und den Verhandlungsführer der Gewerkschaften, Kluncker, *seine* „Einigungsfähigkeit“ mit der Rücknahme der gewerkschaftlichen Forderungen auf 3,7% und 3,6%, zuzüglich eines Urlaubstages, unter Beweis stellen lassen. Kluncker sah da die „Grenze des Zumutbaren“.

Nach dem bisherigen Verlauf der Tarifrunde, den Abschlüssen in den anderen Branchen und den im wesentlichen gescheiterten Aktionen der ÖTV zu den Verhandlungen sahen die öffentlichen Arbeitgeber die Grenze weiter unten. Baum erblickte die Möglichkeit, seine Scharte vom Winter jetzt wieder auszuwetzen, und Rodenstock vom BDI verlangte 1% Lohnverzicht, um damit die Investitionzulagen zu finanzieren. Die ÖTV sei „nicht bereit, der von uns erneut dargestellten Situation der öffentlichen Haushalte mit ihrer Forderung Rechnung zu tragen.“ Realistisch sei, so deuteten die Staatsvertreter an, 3% zuzüglich einen Urlaubstag, dann könnten auch die Zulagenverträge umgewandelt werden, ohne formell eine Kürzung vorzunehmen.

Die Arbeitgeber werden diese Woche die Schlichtung anrufen. Die Gewerkschaften müssen sich darauf einlassen, weil dies die Schlichtungsordnung erzwingt. Nach 6 Tagen muß die Schlichtungskommission zusammentreten, nach weiteren 6 Werktagen muß der Schlichtungsspruch erfolgen, diese Frist kann nochmal um 6 Tage verlängert werden. Über den Schlichtungsspruch sollen dann nochmal Tarifverhandlungen stattfinden. Während der Schlichtung herrscht die Friedenspflicht.

Auf diese 3%-Realistik soll unter diesen Bedingungen jetzt das CSU-Schlitzohr Höcherl die Beschäftigten im öffentlichen Dienst herunterschlichten. Schon wenn das Ergebnis etwa in der Mitte dazwischen läge, so wäre der Abschluß für einen Facharbeiter im Ergebnis rund 0,4%-Punkte unter dem Metallabschluß, der umgerechnet auf das höhere Tariflohnniveau bei etwa 3,7% liegt. Die Urlaubstage werden ohnehin dem öffentlichen Dienst schon lange vorenthalten und sind längst überfällig. Den öffentlichen Haushalten aber und damit einer Investitionszulage für die Kapitalisten fie-

der von uns erneut dargestellten Situation der öffentlichen Haushalte mit ihrer Forderung Rechnung zu tragen.“ Realistisch sei, so deuteten die Staatsvertreter an, 3% zuzüglich einen Urlaubstag, dann könnten auch die Zulagenverträge umgewandelt werden, ohne formell eine Kürzung vorzunehmen.

Die Arbeitgeber werden diese Woche die Schlichtung anrufen. Die Gewerkschaften müssen sich darauf einlassen, weil dies die Schlichtungsordnung erzwingt. Nach 6 Tagen muß die Schlichtungskommission zusammentreten, nach weiteren 6 Werktagen muß der Schlichtungsspruch erfolgen, diese Frist kann nochmal um 6 Tage verlängert werden. Über den Schlichtungsspruch sollen dann nochmal Tarifverhandlungen stattfinden. Während der Schlichtung herrscht die Friedenspflicht.

Auf diese 3%-Realistik soll unter diesen Bedingungen jetzt das CSU-Schlitzohr Höcherl die Beschäftigten im öffentlichen Dienst herunterschlichten. Schon wenn das Ergebnis etwa in der Mitte dazwischen läge, so wäre der Abschluß für einen Facharbeiter im Ergebnis rund 0,4%-Punkte unter dem Metallabschluß, der umgerechnet auf das höhere Tariflohnniveau bei etwa 3,7% liegt. Die Urlaubstage werden ohnehin dem öffentlichen Dienst schon lange vorenthalten und sind längst überfällig. Den öffentlichen Haushalten aber und damit einer Investitionszulage für die Kapitalisten fie-

len für jedes Zehntelprozent 200 Mio. DM zu. Die ÖTV bewegt sich mehr, als man wünschen kann – nach unten.

Betriebsversammlung gegen Preiserhöhungen

kvz. Am 2.4. fand im VW-Werk Kassel eine zusätzliche Betriebsversammlung statt. Auch viele Beschäftigte der Spätschicht nahmen teil. Über 10000 Beschäftigte hatten diese anläßlich der Preispolitik von VW verlangt, nachdem schon am 25.3. ein Warnstreik gegen die jüngste Preiserhebung des VW-Konzerns stattgefunden hatte. (Siehe KVZ Nr. 13/82) Vertreter des Vorstandes hatten sich geweigert, die Preiserhöhung vor der Betriebsversammlung zu begründen; auch die Kasseler Geschäftsleitung nahm nicht teil. Vom Betriebsratsvorsitzenden, dem Redner des IG Metall-Vorstandes und von den meisten der 19 Diskussionsredner in der Aussprache wurde die arbeitsplatzgefährdende Preispolitik des VW-Konzerns angegriffen. VW würde sich bei den Lohnverhandlungen immer vornehm zurückhalten, um nicht die „Vorreiterrolle“ zu spielen, dann aber bei den Preiserhöhungen um so schamloser als Erster zuschlagen. Das würde man sich bei der nächsten Tarifrunde nicht mehr bieten lassen. Von mehreren Rednern wurde auch erneut die Erhöhung des Autorabatts für die Werksangehörigen gefordert. Zum Schluß stellte der Betriebsratsvorsitzende noch einmal die Notwendigkeit der Ausweitung der Mitbestimmung und der Befugnisse des Betriebsrates (der von der Preiserhöhung nichts gewußt hatte) heraus.

Selbstverwaltung – eine Aufgabe der Arbeiterbewegung?

In der KVZ Nr. 11 hatten wir uns unter dem Titel „Betriebsbesetzungen: Aus der Not eine Tugend machen?“ mit dem Mittel Betriebsbesetzung auseinandergesetzt, im Kampf gegen Schließungen und Großrationalisierungen. In dem folgenden Artikel soll auf die Problematik der Übernahme von Betrieben in Selbstverwaltung, auch unter dem Begriff „Produktionsgenossenschaften“ bekannt, eingegangen werden.

Gleich am Anfang möchte ich an historische Auseinandersetzungen um diese Frage ansetzen, weil diese für die Beurteilung der heutigen Situation nicht unerheblich sind.

Karl Marx hat in einigen Fällen die Auseinandersetzung um die Produktivgenossenschaften (von ihm auch Kooperationsfabriken genannt) geführt. Zum einen setzte er sich mit dem Ansinnen Proudhons auseinander, der die schrittweise Einrichtung von Arbeiterfabriken via Aktienerwerb durch die Arbeiter propagierte. Proudhons Vorstellungen (1) gipfelten in dem Vorschlag, daß die Arbeiter Stück für Stück alle im Lande befindlichen Produktivkräfte aufkaufen und somit das Kapital nach und nach entmachten könnten. Diesem Gedanken konnte Marx leicht entgegentreten, da Proudhon die Macht des Kapitals schlicht vermittels des Einsatzes von Kredit und Aktien brechen wollte. Dabei vergaß dieser, daß nicht nur die Banken das Kapitalmonopol verstärken, sondern auch, daß die Herrschaft des Kapitals politisch durch den Staat abgesichert ist. In dieser Frage sah sein Modell aber keine Eingriffe vor. So konnte sich der Traum Proudhons auch keiner gesellschaftlichen Umsetzung erfreuen.

Karl Marx und sein Vorschlag

Zum anderen polemisierte Marx 1884 gegenüber den Vorstellungen der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese Plänen der Regierung, die Kapitalisten mit Staatsgeldern zu unterstützen, ihre Stimme geben wollten, zwecks Arbeitsplatzssicherung. Das uns bekannte Problem ist also auch schon älter. Marx forderte die Fraktion auf, nur dann zuzustimmen, wenn die Regierung sich verpflichte, „dieselbe Staatshilfe, die sie jetzt den Bourgeois bewilligen wolle, auch den Arbeitern zu bewilligen. Also namentlich Verpachtung von Domänen an Arbeitergenossenschaften etc. Da ich nun weiß, daß die Regierung dies nicht tun wird, so heißt das mit anderen Worten: den Leuten, die dafür stimmen *möchten*, einen Weg zeigen, wie sie mit Anstand und ohne sich Zwang anzutun, dagegen stimmen *können*.“ (2)

Sodann entwickelt er einen Vorschlag für die sozialdemokratische Fraktion, wie sie im Reichstag im Interesse der Arbeiterbewegung auftreten könne:

„1. Bewilligung von Subventionen und Vorschüssen an Arbeitergenossenschaften, nicht um und nicht so sehr, um neue Geschäfte zu gründen (was nur der Lasallesche Vorschlag mit allen seinen Mängeln wäre), sondern namentlich,
a) um Domänen in Pacht zu nehmen und genossenschaftlich zu bewirtschaften (oder auch andere Landgüter),
b) um Fabriken etc., deren Eigentümer in Krisenzeiten oder auch wegen Fallite den Betrieb einstellen oder die sonst

se Plänen der Regierung, die Kapitalisten mit Staatsgeldern zu unterstützen, ihre Stimme geben wollten, zwecks Arbeitsplatzssicherung. Das uns bekannte Problem ist also auch schon älter. Marx forderte die Fraktion auf, nur dann zuzustimmen, wenn die Regierung sich verpflichte, „dieselbe Staatshilfe, die sie jetzt den Bourgeois bewilligen wolle, auch den Arbeitern zu bewilligen. Also namentlich Verpachtung von Domänen an Arbeitergenossenschaften etc. Da ich nun weiß, daß die Regierung dies nicht tun wird, so heißt das mit anderen Worten: den Leuten, die dafür stimmen *möchten*, einen Weg zeigen, wie sie mit Anstand und ohne sich Zwang anzutun, dagegen stimmen *können*.“ (2)

Sodann entwickelt er einen Vorschlag für die sozialdemokratische Fraktion, wie sie im Reichstag im Interesse der Arbeiterbewegung auftreten könne:

„1. Bewilligung von Subventionen und Vorschüssen an Arbeitergenossenschaften, nicht um und nicht so sehr, um neue Geschäfte zu gründen (was nur der Lasallesche Vorschlag mit allen seinen Mängeln wäre), sondern namentlich,
a) um Domänen in Pacht zu nehmen und genossenschaftlich zu bewirtschaften (oder auch andere Landgüter),
b) um Fabriken etc., deren Eigentümer in Krisenzeiten oder auch wegen Fallite den Betrieb einstellen oder die sonst
zum Verkauf kommen, für eigene oder Staatsrechnung anzukaufen und genossenschaftlich zu betreiben und so den allmählichen Übergang der gesamten Produktion in genossenschaftliche einzuleiten.

2. Bevorzugung der Genossenschaften vor den Kapitalisten und deren Assoziationen bei allen öffentlichen Verdingungen, bei gleichen Bedingungen, also überhaupt im Prinzip möglichste Verdingung aller öffentlichen Arbeiten an Genossenschaften.

3. Hinwegräumung aller gesetzlichen Hindernisse und Erschwerungen, die den freien Genossenschaften noch im Wege stehen, also vor allem Wiedereinsetzung der Arbeiterklasse in das gemeine Recht – so elend dies ist – durch Aufhebung des Sozialistengesetzes, das ja alle Fachvereine und Genossenschaften ruiniert.

4. Volle Freiheit für Fachvereine (Trade Unions) und deren Anerkennung als *juristische Person* mit allen deren Rechten.“ (3)

Wandelt hier Marx in den Spuren von Proudhon? Keineswegs. Sein Vorschlag war nicht so gemeint, daß er in vorliegender Form im Reichstag zur Verabschiedung kommen werde. Er meinte dies eben als Propagandavorschlag.

„Wenn Ihr solche Forderungen ins Volk werft, so werden die Drängeleien wegen der Staatshülfe für die Industrie in Form von Schenkungen an Bourgeois auch bei den Wählern bald aufhören. Das sind alles Dinge, die von heute auf morgen eingeleitet und in einem Jahr in Gang gebracht werden können, und denen nur die Bourgeoisie und die Regierung im Wege stehen.“ (4)

Nicht mehr und nicht weniger, aber das ist natürlich das Entscheidende, wenn man sich diese frühe Propaganda zur Vergesellschaftung der Produktion anschaut.

Nun war Marx in der Praxis nicht gegen die Unterstützung von Produktionsgenossenschaften, bis der Kapitalismus gestürzt ist. Darauf weist auch das Zitat aus Kapital Band III hin, welches der Genosse G.H. in seinem Leserbrief (5) zitiert hat. Marx hat sich aber im weiteren nicht im einzelnen auf die Entwicklung dieser „Kooperationsfabriken“ oder Produktionsgenossenschaften und ihre Bedeutung bezogen – jedenfalls ist es mir nicht bekannt.

Bernstein wider die Produktivgenossenschaften

Im Gegensatz zu Marx hielt nun Bernstein diese Produktionsgenossenschaften für tendenziell unmöglich. Dies versuchte er in seine Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ einerseits darüber nachzuweisen, daß die Zahl der Produktivgenossenschaften in den Jahren 1897 – 1909 gegenüber den Konsumgenossenschaften weitaus geringerer Anzahl gewesen seien. Andererseits wollte er dieses auch theoretisch erklären. An dieser Stelle daher noch mal das (etwas verlängerte) Zitat, auf das auch der Genosse G.H. verwiesen hat:

„Sie (die Produktivgenossenschaft, acm.) ist gerade dort, wo die Arbeiter die ausschließlichen Eigentümer sind, in ihrer Verfassung ein lebendiger Widerspruch in sich selbst. Sie unterstellt Gleichheit in der Werkstatt, volle Demokratie, Republik. Sobald sie aber eine gewisse Größe erlangt hat, die verhältnismäßig noch sehr bescheiden sein kann, versagt die Gleichheit, weil Differenzierung der Funktionen und damit Unterordnung notwendig wird. Wird die Gleichheit aufgegeben, dann wird der Eckstein des Gebäudes entfernt und die anderen Steine folgen mit der Zeit nach, Zersetzung und Umformung in gewöhnliche Geschäftsbetriebe tritt ein. Wird aber an ihr festgehalten, dann wird die Möglichkeit der



auf das auch der Genosse G.H. verwiesen hat:

„Sie (die Produktivgenossenschaft, acm.) ist gerade dort, wo die Arbeiter die ausschließlichen Eigentümer sind, in ihrer Verfassung ein lebendiger Widerspruch in sich selbst. Sie unterstellt Gleichheit in der Werkstatt, volle Demokratie, Republik. Sobald sie aber eine gewisse Größe erlangt hat, die verhältnismäßig noch sehr bescheiden sein kann, versagt die Gleichheit, weil Differenzierung der Funktionen und damit Unterordnung notwendig wird. Wird die Gleichheit aufgegeben, dann wird der Eckstein des Gebäudes entfernt und die anderen Steine folgen mit der Zeit nach, Zersetzung und Umformung in gewöhnliche Geschäftsbetriebe tritt ein. Wird aber an ihr festgehalten, dann wird die Möglichkeit der



Solidaritätveranstaltung der französischen Gewerkschaften mit den Lip-Arbeitern.

Ausdehnung abgeschnitten, es bleibt bei der Zwergform. Das ist die Alternative aller reinen Produktivgenossenschaften, in diesem Konflikt sind sie alle entweder zerschellt oder verkümmert. Weit entfernt, eine der modernen Großproduktion entsprechende Form der Beseitigung des Kapitalisten aus dem Betrieb zu sein, sind sie vielmehr eine Rückkehr zu *vor*kapitalistischer Produktion.“ (6)

Der Genosse G.H. hat mit der Gegenüberstellung der Zitate von Bernstein und Marx versucht, das Problem zu lösen, indem er sich auf die Seite von Marx stellt. Es muß sich aber auch in der Wirklichkeit erweisen, ob das richtig ist, oder ob die Beispiele – auch der jüngeren Geschichte – der Skepsis von Bernstein entgegenkommen. Im weiteren soll dem entlang zweier praktischer Fälle nachgegangen werden.

Die Beispiele Lip und Süßmuth

Gleich zum Ausgangsproblem: Beide Betriebe sollten Anfang der 70er Jahre stillgelegt werden. Aus der Not heraus entschlossen sich die Belegschaften in beiden Fällen, die Betriebe in Selbstverwaltung zu übernehmen. In beiden Fällen gingen die Arbeiter davon aus, daß die Pleitensituation nicht dem Umstand der absoluten Produktions- und Konkurrenzunfähigkeit geschuldet sei, sondern dem Versagen des Kapitalisten als dem Eigentümer an den Produktionsmitteln.

Der Unterschied zwischen den beiden Betrieben liegt grundsätzlich darin, daß Lip – ein Betrieb für Uhrenproduktion – der Anlage nach ein mittlerer Industriebetrieb war, Süßmuth dagegen eine Glashütte, die spezifisch handwerkliche Glasprodukte fertigte. Ein weiterer wichtiger Unterschied bestand auch darin, daß Lip sofort zu einem Zentrum der Interessen der französischen Arbeiterbewegung an dem Modell „Selbstverwaltung“ wurde und dies die Arbeiter von Lip auch bewußt so formulierten.

Dagegen hatten die Arbeiter bei Süßmuth mit der Übernahme nicht sogleich ein „sozialistisches Modell“ vor Augen. (7)

Die Ergebnisse bei Lip

Von den damals 800 Arbeitern sind

in, daß Lip – ein Betrieb für Uhrenproduktion – der Anlage nach ein mittlerer Industriebetrieb war, Süßmuth dagegen eine Glashütte, die spezifisch handwerkliche Glasprodukte fertigte. Ein weiterer wichtiger Unterschied bestand auch darin, daß Lip sofort zu einem Zentrum der Interessen der französischen Arbeiterbewegung an dem Modell „Selbstverwaltung“ wurde und dies die Arbeiter von Lip auch bewußt so formulierten.

Dagegen hatten die Arbeiter bei Süßmuth mit der Übernahme nicht sogleich ein „sozialistisches Modell“ vor Augen. (7)

Die Ergebnisse bei Lip

Von den damals 800 Arbeitern sind
heute noch 230 in dem Lip-Genossenschaftszusammenhang beschäftigt. Wie der Genossenschaftsverbund im einzelnen aussieht, konnte man schon der Beschreibung in dem Artikel der KVZ Nr. 11, Seite 14, entnehmen.

Die Hintergründe für diese Entwicklung waren folgende:

Von Beginn an konnte die Durchsetzung einer Kooperative nicht verwirklicht werden gegenüber den französischen Gesetzen. Darum mußte die Genossenschaftsform gewählt werden, die im Gegensatz zur Kooperative die Beteiligung *aller* Arbeiter ausschließt, und stattdessen zum Einsatz von Genossenschaftshaltern zwingt. Zwar haben die Arbeiter Formen der kollektiven Führung des Betriebes herausgebildet – einen Genossenschaftsrat als höchstes Gremium, der über die Geschäftsstrategie entscheidet und das Direktorium wählt, – das hat ihnen aber keineswegs die umfassende Selbstverwaltung und Kontrolle der Produktion und der Geschäftsführung ihrer Genossenschaften gesichert.

Denn erstens besteht die finanzielle Basis aus Bank- und Staatskrediten, die mit Auflagen verbunden sind (zum Glück hat eine Lehrergewerkschaft noch einen zinslosen Kredit gewährt), zweitens folgt daraus die Besetzung des vierköpfigen Direktoriums mit je einem Vertreter von Banken und Staat. Somit können die zwei ehemaligen Arbeiter als Vertreter im Direktorium die Interessen der Beschäftigten kaum sichern, geschweige denn als Mittel der umfassenden Kontrolle agieren.

Entscheidend für die Schwierigkeiten der Genossenschaften ist nach den Erfahrungen der Arbeiter, daß in allen Bereichen der Produktion die Produktivität äußerst niedrig ist, so daß Teile der Genossenschaft ständig am Rande des Existenzminimums stehen. Das wiederum hat Folgen für die Selbstbestimmung der Arbeiter in der Produktion. Diskussion um die Produktion ist weitgehend ausgeschlossen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur schwer möglich.

Als zusätzliche Schwierigkeit kommt hinzu: Fast alle Betriebsteile sind abhängig von den Auftraggebern, da sie auf Auftrag hin produzieren, also keinen eigenen Absatz haben. Auch schlechteste Aufträge müssen genommen werden.

Die Situation der Glashütte Süßmuth

Die Übernahme durch die Belegschaft im Jahre 1970 war mit langen Auseinandersetzungen verbunden, wie a. die finanzielle Basis zu sichern sei und b. wie die Selbstverwaltung gesichert werden sollte. Ein gegründeter Verein wurde vom Staat nicht anerkannt, letztlich wurde die Rechtsform der Stiftung geschaffen, wo die gleichberechtigte Beteiligung aller Arbeiter wiederum auch nicht möglich ist, sondern faktisch Vertreter entsandt werden müssen.

Auch die finanzielle Seite konnte –

Entscheidend für die Schwierigkeiten der Genossenschaften ist nach den Erfahrungen der Arbeiter, daß in allen Bereichen der Produktion die Produktivität äußerst niedrig ist, so daß Teile der Genossenschaft ständig am Rande des Existenzminimums stehen. Das wiederum hat Folgen für die Selbstbestimmung der Arbeiter in der Produktion. Diskussion um die Produktion ist weitgehend ausgeschlossen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur schwer möglich.

Als zusätzliche Schwierigkeit kommt hinzu: Fast alle Betriebsteile sind abhängig von den Auftraggebern, da sie auf Auftrag hin produzieren, also keinen eigenen Absatz haben. Auch schlechteste Aufträge müssen genommen werden.

Die Situation der Glashütte Süßmuth

Die Übernahme durch die Belegschaft im Jahre 1970 war mit langen Auseinandersetzungen verbunden, wie a. die finanzielle Basis zu sichern sei und b. wie die Selbstverwaltung gesichert werden sollte. Ein gegründeter Verein wurde vom Staat nicht anerkannt, letztlich wurde die Rechtsform der Stiftung geschaffen, wo die gleichberechtigte Beteiligung aller Arbeiter wiederum auch nicht möglich ist, sondern faktisch Vertreter entsandt werden müssen.

Auch die finanzielle Seite konnte –
wie bei Lip – nur über den Kredit der Banken gesichert werden, eine Unmenge Schulden führten dann als erstes zu umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit einer erheblichen Bereinigung der Produktenpalette.

Mit der Selbstverwaltung stieß man auf sich steigernde Schwierigkeiten. Schon in der ersten Phase – als halblegal der Verein noch bestand – war die Mitgliederversammlung nicht zur umfassenden Kontrolle und Verwaltung in der Lage, wenn es um die ganzen finanziellen Transaktionen ging. Bei der Umwandlung in eine Stiftung erhielt der Geschäftsführer immer mehr Macht, ja er verkaufte zur Schuldenabtragung 50% des Betriebes an einen anderen Kapitalisten. Damit war dieser (neben den Banken) auch im Aufsichtsrat, die Vertreter der Arbeiter zur Parität verdammt. Die Arbeiter hatten diesem Akt – bei Drohung des Rücktritts durch den Geschäftsführer – nichts entgegenzusetzen.

Unter dem Druck der Kredite bzw. Schulden mußten die Arbeiter weitere Zugeständnisse machen: Monatelange Kurzarbeitsphasen mit Lohnverlusten, geringeres Weihnachtsgeld, keine Bezahlung der Überstundenzuschläge – das sind einige Beispiele.

In den letzten zwei Jahren ist Süßmuth zwar aus den gröbsten Schulden raus, hat ein Eigenkapital von 2,8 Mio. DM und einen Umsatz von 11 Mio. DM in 1980, aber der Geschäftsführer verweigert den Arbeitern sowohl die Gewinnbeteiligung als auch bei den Löhnen den Anschluß an die allgemei-



nen tariflichen Bedingungen in der Hohlglaserzeugenden Industrie. Ein Streik steht im Moment durchaus in Aussicht.

Aus dieser Situation heraus zieht der Gewerkschaftssekretär H. Krug sein Resümee: ,,Heute weiß ich, daß das ,Modell Süßmuth' kein Beispiel für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der BRD sein kann. Dafür ist der Aufwand zu groß, der Erfolg zu gering."

Die Erfahrungen aus den Beispielen

Zeigen die Ergebnisse dieser beiden Beispiele nun schlicht den Niedergang vom Modell der selbstverwalteten Betriebe an? Das kommt darauf an, wovon man ausgeht.

Geht man von den Interessen der Belegschaften nach *Erhaltung der Arbeitsplätze* aus, so ist ihnen bei allen Verlusten ein Teilerfolg gelungen. Was aber das Ziel der *Selbstverwaltung* angeht, so kann man in keinem Fall davon ausgehen, daß sie dies erreicht hätten. Denn das Ziel der Selbstverwaltung kann nur und sollte ja sein: Vollständige Selbstbestimmung über das Was, Wie und Wofür produziert wird, mit entsprechenden Konsequenzen für die Verbesserung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen.

Hat also Bernstein mit seinen Argumenten das Problem getroffen? Man kann aus unserer beschränkten Darlegung doch schon erkennen, daß Bernsteins Theorie nicht stichhaltig ist. Bernstein ging – siehe das Zitat am Anfang – davon aus, daß die Produktivgenossenschaft an ihren *inneren* Widersprüchen scheitere. Das Versagen von ,,Gleichheit der Arbeiter, Differenzierung und Unterordnung" führe

Erhaltung von Arbeitsplätzen in der BRD sein kann. Dafür ist der Aufwand zu groß, der Erfolg zu gering."

Die Erfahrungen aus den Beispielen

Zeigen die Ergebnisse dieser beiden Beispiele nun schlicht den Niedergang vom Modell der selbstverwalteten Betriebe an? Das kommt darauf an, wovon man ausgeht.

Geht man von den Interessen der Belegschaften nach *Erhaltung der Arbeitsplätze* aus, so ist ihnen bei allen Verlusten ein Teilerfolg gelungen. Was aber das Ziel der *Selbstverwaltung* angeht, so kann man in keinem Fall davon ausgehen, daß sie dies erreicht hätten. Denn das Ziel der Selbstverwaltung kann nur und sollte ja sein: Vollständige Selbstbestimmung über das Was, Wie und Wofür produziert wird, mit entsprechenden Konsequenzen für die Verbesserung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen.

Hat also Bernstein mit seinen Argumenten das Problem getroffen? Man kann aus unserer beschränkten Darlegung doch schon erkennen, daß Bernsteins Theorie nicht stichhaltig ist. Bernstein ging – siehe das Zitat am Anfang – davon aus, daß die Produktivgenossenschaft an ihren *inneren* Widersprüchen scheitere. Das Versagen von ,,Gleichheit der Arbeiter, Differenzierung und Unterordnung" führe
letztlich zum Scheitern, behauptet er. Was er meint ist, daß die Konkurrenz unter den Produzenten (wegen ihrer verschiedenartigen Tätigkeiten) die Produktivgenossenschaften zum Niedergang zwingen. Und er meint, daß dies um so mehr der Fall ist, je größer die Fabrik – also bei Abwesenheit von handwerklicher Produktion. Hier könnten die Arbeiter die Abwesenheit des Kapitalisten nicht mehr ersetzen.

Auch wenn unsere Beispiele scheinbar den Einwendungen von Bernstein recht geben, den Kern treffen sie jedoch nicht.

Nicht die Konkurrenz *im Produktionsprozeß* ist die Ursache der Schwierigkeiten bei Lip und Süßmuth, und auch die Funktion des Geschäftsführers/Direktoriums ist nicht die entscheidende Schranke.

In beiden Fällen sind die aufgeherrschten Bedingungen des Kapitalverhältnisses die Schranke: Die Abhängigkeit vom Kredit – und darüber der Zugriff des Kapitals. Die engen Bedingungen des Austausches in der kapitalistischen Form. Die gesetzlichen Knebel des kapitalistischen Staates.

Sicherlich kommt als schwere Bürde hinzu die unterentwickelte Ausbildung und Übung der Arbeiter in der Funktion der *Gesamtleitung* der Fabrik bis hinein in die Marktverflechtungen. Dies aber ist keine *prinzipielle* Schranke, sondern eine *aktuelle, zeitgebundene*. Die Fähigkeit der Arbeiter, die Gesamtleitung der Fabrik zu übernehmen – denn diese Fähigkeit gewinnen sie ja nicht aus ihrer Funktion als erste Produktivkraft im Produktionsprozeß – ist bei der Selbstverwaltung wohl ein entscheidender Lernprozeß. Dies kostet Zeit. Ruhe und Zeit – all das fehlte aber natürlich in unseren Beispielen völlig.

Die Zukunft der Selbstverwaltung

Wegen dieser grundlegenden Entwicklungsbedingung erscheinen mir aber auch die Rahmenbedingungen als wichtig. Können die Kapitalmittel erschlossen werden, um die Produktivkraft der Arbeit zu steigern? Ist die Konkurrenz der übrigen Kapitalisten auf dem entsprechenden Markte nicht tödlich – oder soll man selber in die Vernichtungskonkurrenz einsteigen? Muß nicht eine gewisse Absatzsicherung durch Garantie von Aufträgen hergestellt werden? Solche Fragen dürften durch *einzelne* selbstverwaltete Betriebe – auch wenn es riesige Fabriken sind, wo die Vielfalt der angesammelten Fähigkeiten dem Gesamtarbeiter der Fabrik einen erstaunlichen Überblick über die Gesamtheit der Produktions- und Geschäftstätigkeit sichern dürfte – nicht zu lösen sein.

Und nicht Bernstein, sondern Marx hatte Recht, wenn er seinen Plan als gesellschaftliche Lösung und nicht als Einzellösung vorstellte. Es ist eben gerade ein Teil eines Plans für die alternative Wirtschaftspolitik als Mittel zur Sprengung der kapitalistischen Verhältnisse.

Wenn Marx sagt: ,,Letzteres (das Kreditsystem, acm), wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebensosehr die Mittel zur allmählichen Ausdehnung

Wegen dieser grundlegenden Entwicklungsbedingung erscheinen mir aber auch die Rahmenbedingungen als wichtig. Können die Kapitalmittel erschlossen werden, um die Produktivkraft der Arbeit zu steigern? Ist die Konkurrenz der übrigen Kapitalisten auf dem entsprechenden Markte nicht tödlich – oder soll man selber in die Vernichtungskonkurrenz einsteigen? Muß nicht eine gewisse Absatzsicherung durch Garantie von Aufträgen hergestellt werden? Solche Fragen dürften durch *einzelne* selbstverwaltete Betriebe – auch wenn es riesige Fabriken sind, wo die Vielfalt der angesammelten Fähigkeiten dem Gesamtarbeiter der Fabrik einen erstaunlichen Überblick über die Gesamtheit der Produktions- und Geschäftstätigkeit sichern dürfte – nicht zu lösen sein.

Und nicht Bernstein, sondern Marx hatte Recht, wenn er seinen Plan als gesellschaftliche Lösung und nicht als Einzellösung vorstellte. Es ist eben gerade ein Teil eines Plans für die alternative Wirtschaftspolitik als Mittel zur Sprengung der kapitalistischen Verhältnisse.

Wenn Marx sagt: ,,Letzteres (das Kreditsystem, acm), wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebensosehr die Mittel zur allmählichen Ausdehnung
der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter" (8) – dann ist dies auch ein entscheidender Bestandteil des Planes von Marx, den er der sozialdemokratischen Fraktion vorschlug.

Für die Arbeiterbewegung ist es also wichtig zu erkennen, daß über den Weg des einzelnen selbstverwalteten Betriebes kaum Furore zu machen ist – vor allem nicht, wenn die Arbeiter des entsprechenden Betriebes dies aus der Defensive heraus tun müssen. Und es wird deutlich, daß eine offensive Verteidigung und Umsetzung des Konzepts der Selbstverwaltung ohne die Erkämpfung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kaum vonstatten gehen kann.

Ansonsten dürfte der Kampf um die Selbstverwaltung unter den kapitalistischen Verhältnissen eine Eintagsfliege bleiben.

Aber gerade wenn die Arbeiterbewegung die Fragen der Selbstverwaltung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen der Strategiebildung und der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen betreibt, dürften sich noch einige Möglichkeiten in Richtung Selbstverwaltung ergeben. *Michael Ackermann*

(1) Marx zu Proudhons Modell in: MEW Bd. 27, S. 50-51, S. 301-303, S. 308-311
(2) MEW Bd. 36, S. 260
(3) ebenda, S. 261 f.
(4) ebenda, S. 262
(5) KVZ Nr. 10/82, S. 4
(6) rororo Klassiker, S. 128 ff.
(7) vergleiche das Buch ,,Arbeiter übernehmen ihren Betrieb ...", rororo, 1972
(8) Das Kapital, Bd. III. S. 456

IG Druck und Papier bleibt an der Lohnstrukturfront stecken

Kapitalisten blocken / Warnstreiks in Frankfurt / Lohnerhöhung und Strukturänderungen gleichzeitig durchsetzbar?

anm.Frankfurt. Am Montag stand zwar noch nichts Genaues fest über das Ergebnis der Schlichtung im Tarifstreit in der Druckindustrie, eine Einigung zeichnete sich aber bereits ab: Zwischen 4,1 und 4,2% in den Prozenten würde wohl der Schlichtervorschlag liegen. In Sachen Lohnstruktur sollte der Kompromiß so aussehen, daß ein Einstieg in die Verhandlungen und ein möglicher Abschluß zumindest durch beide Seiten terminiert werden sollte. Also doch kein Einstieg in die Lohnstrukturverhandlungen, dafür aber ein Termin etwa Anfang 83. Die Tarifkommission der IG Druck wird wohl auf diesen Vorschlag eingehen, u.a. auch deshalb, weil zumindest die Festlegung eines Termins für die Verhandlungen zur Lohnstruktur dringend geboten scheint, da ja 1983 bereits die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche anstehen.

Von Anfang an war die Taktik des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier die, es sich in der Frage der Prozente oder der Lohnforderung nicht mit den anderen Gewerkschaften, insbesondere dem Lohnvorreiter IG Metall, zu verderben und dies durch die Eröffnung einer Nebenfront, nämlich der Verhandlung über eine neue Lohnstruktur, in der Mitgliedschaft durchzusetzen.

Sicherlich war diese Taktik durch den Beschluß des Gewerkschaftstages nahegelegt, der die Vorlage eines Vorschlages für eine neue Lohnstruktur zu Beginn der Tariferhandlungen 1982 vorgesehen hatte. Dieser Teil der Beschlußfassung des Gewerkschaftstages wurde dann auch vom Hauptvorstand eingehalten. Weniger war die Rede vom anderen Teil der Beschlußfassung, nämlich der Reallohnabsicherung als Ziel des Tarifkampfes.

So wurde die Mitgliedschaft mehr oder weniger mit dem Vorschlag für die neue Lohnstruktur überfallen und gleichzeitig damit konfrontiert, daß in Sachen Reallohnsicherung in diesem Jahr noch nicht mal ein Versuch unternommen wird, was die Forderung von 7,5% von Anfang an bedeutete. Eine Mobilisierung in den Betrieben war unter diesen Bedingungen weitestgehend unmöglich: Die 4,2% galten als so gut wie gesichert, ein wirklicher Einstieg in die Verhandlungen über die Lohnstruktur war nicht zu erwarten (auch was wirkliche Ergebnisse angegangen wäre, weil dies Kampfmaßnahmen vorausgesetzt hätte, da der vorliegende Vorschlag die Druckindustrie in der Tat einiges kosten wird).

Im Bezirk Hessen, der als einziger in der großen Tarifkommission der Forderung von 7,5% nicht zugestimmt hatte, wurde nach dem Scheitern der Verhandlungen den Betrieben folgendes vorgeschlagen: Neben dem Verteilen von Flugblättern über den Stand der Verhandlungen sollte eine Unterschriftensammlung durchgeführt werden. Diese Unterschriftensammlung richtet sich an den Betriebsrat und fordert ihn auf, unverzüglich mit der Geschäftsleitung in Gespräche über die Frage der Anrechnung von übertariflichen Lohnbestandteilen einzutreten sowie die Belegschaften über den Stand der Tarifverhandlungen zu informieren.

Am Freitag, dem 2.4., kam es in Frankfurt bei der Frankfurter Rundschau zur Arbeitsniederlegung von 300 Beschäftigten im technischen Bereich, die sich beim Betriebsrat nach dem Stand der Verhandlungen erkundigten sowie eine Resolution an die Tarifkommission richteten. Über Flugblattverteilen, Unterschriftensammeln und Diskussionen in den Betrieben hinaus kam es in Frankfurt am Montag, dem Tag der Schlichtung, zu keinen weiteren Aktionen.

Was bleibt, ist die Auswertung dieses Tarifkampfes im Hinblick darauf, wie sich als Einzelgewerkschaft innerhalb des DGB mit seinem jetzigen Kurs eine andere Tarifpolitik durchsetzen läßt. Es steht weiter an eine bessere Informationspolitik zu den Zielen der Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur, und nicht zuletzt sind 1983 die Verhandlungen über den Manteltarif, sprich 35-Stunden-Woche.

Die belgischen Stahlarbeiter haben ihren Streik beendet

EG-Kommission und Regierung Martens machten Zustimmungen / Auch Eisenbahnarbeiter erzielen ersten Erfolg / Teuerer April: Aufhebung des Preisstopps

rof.Kleve. Nachdem sich bereits die Stahlarbeiter in Charleroi mit 76%-Mehrheit für die Beendigung ihres vierwöchigen Streiks aufgerufen hatten, haben auch die Stahlarbeiter in Lüttich wenige Tage später ihren Streik beendet. Die EG-Kommission hat dem größten Teil der belgischen Investitionspläne zugestimmt, und die Regierung Martens hat einige Unterstützung zugesagt. Der von dem Rüstungskonzern Fabrique National (FN) als Krisenmanager zu Cockeral Thornworke gewechselte neue Geschäftsführer Vandestrick hat für Charleroi/Carlam ei-

nal von Sabena hat für den 16. April einen dreitägigen Streik gegen die Sanierungspläne der Geschäftsleitung angekündigt.

Nachdem bereits die christliche Gewerkschaft ACV an den Aktionen der sozialistischen Gewerkschaft ABVV nicht teilgenommen hatte, nach Sprecherangaben wegen des zu politischen Charakters der Aktion gegen das Regierungsprogramm, ist auch bislang keine Einheit erzielt worden im weiteren Vorgehen gegenüber Regierung und Kapitalisten in bezug auf deren angekündigtes Beschäftigungsprogramm.

kung der aufgrund des Ausnahmegesetzes der Regierung beschlossenen Aufhebung des Preisstops. Teurer geworden sind wichtige Grundnahrungsmittel wie Margarine und Kaffee, Gemüse, Früchte, Fisch und Fleisch. Benzin ist erneut angehoben worden. die Preise für Nahverkehr sind im Schnitt um 20%, für Bahnverkehr um ca. 12% gestiegen. Die Kindergeldkürzung um 500 Franken trat in Kraft, während gleichzeitig der Arbeiterbeitrag für die Rentenversicherung von 6,25 auf 7% stieg.

Die Demonstrationen gegen den

tall, zu verderben und dies durch die Eröffnung einer Nebenfront, nämlich der Verhandlung über eine neue Lohnstruktur, in der Mitgliedschaft durchzusetzen.

Sicherlich war diese Taktik durch den Beschluß des Gewerkschaftstages

Im Bezirk Hessen, der als einziger in der großen Tarifkommission der Forderung von 7,5% nicht zugestimmt hatte, wurde nach dem Scheitern der Verhandlungen den Betrieben folgendes vorgeschlagen: Neben dem Verteilen von Flugblättern über den Stand

halb des DGB mit seinem jetzigen Kurs eine andere Tarifpolitik durchsetzen läßt. Es steht weiter an eine bessere Informationspolitik zu den Zielen der Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur, und nicht zuletzt sind 1983 die Verhandlungen über den Manteltarif, sprich 35-Stunden-Woche.

Die belgischen Stahlarbeiter haben ihren Streik beendet

EG-Kommission und Regierung Martens machten Zustimmungen / Auch Eisenbahnarbeiter erzielen ersten Erfolg / Teuerer April: Aufhebung des Preisstopps

rof.Kleve. Nachdem sich bereits die Stahlarbeiter in Charleroi mit 76%-Mehrheit für die Beendigung ihres vierwöchigen Streiks aufgerufen hatten, haben auch die Stahlarbeiter in Lüttich wenige Tage später ihren Streik beendet. Die EG-Kommission hat dem größten Teil der belgischen Investitionspläne zugestimmt, und die Regierung Martens hat einige Unterstützung zugesagt. Der von dem Rüstungskonzern Fabrique National (FN) als Krisenmanager zu Cockeral Thornworke gewechselte neue Geschäftsführer Vandestrick hat für Charleroi/Carlam ei-
nen zweiten Hochofen zugesagt, für Lüttich die Installation zweier neuer Warmbreitbandstraßen – eine hatte die EG-Kommission bewilligt. Die Zusagen zum Ausbau der Stahlbasis veranlaßten die Sozialistische Gewerkschaft FGTD zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen.

Einen ersten Teilerfolg verbuchten die belgischen Eisenbahner. Die erste Sparmaßnahme von Verkehrsminister de Croo, die Entlassung von 500 bei der Bahn beschäftigten Zeitarbeitern, wurde zurückgenommen, nachdem die drei Gewerkschaften bei der Bahn einen dreitägigen Streik angekündigt hatten.

Bei dem ebenfalls bedrohten belgischen Luftfahrtkonzern Sabena haben die 9600 Beschäftigten aufgrund eines Ultimatums von Minister de Croo in einer Abstimmung mit 68%-Mehrheit ein Sparprogramm angenommen, um ihre bedrohten Arbeitsplätze zu erhalten. Die Lohnkürzungen betragen mindestens 2% des Lohnes, ab ca. 1300 DM steigt die Kürzung bis zu 17%, so daß insgesamt 15% der gesamten Lohnsumme gespart werden. Die Regierung hatte zuvor angekündigt, nach positivem Ausgang des Referendums, 3 Mrd. Franken (ca. 145 Mio. DM) zur Unterstützung von Sabena zu zahlen.

Durch die Sparmaßnahmen soll eine weitere Millarde Franken gespart werden. Tatsächlich hatte die Regierung bereits 1979 in einem Drei-Jahres-Plan eine der drei jetzt versprochenen Milliarden bewilligt, aber in 1982 noch nicht ausgezahlt. Das fliegende Perso-

nal von Sabena hat für den 16. April einen dreitägigen Streik gegen die Sanierungspläne der Geschäftsleitung angekündigt.

Nachdem bereits die christliche Gewerkschaft ACV an den Aktionen der sozialistischen Gewerkschaft ABVV nicht teilgenommen hatte, nach Sprecherangaben wegen des zu politischen Charakters der Aktion gegen das Regierungsprogramm, ist auch bislang keine Einheit erzielt worden im weiteren Vorgehen gegenüber Regierung und Kapitalisten in bezug auf deren angekündigtes Beschäftigungsprogramm.
Während ACV an Treffen zwischen Regierung und Kapitalisten teilnimmt, lehnt ABVV weiterhin die Teilnahme an dieser Gesprächsrunde ab.

Für das belgische Volk hat unterdessen ein teurer April begonnen, Auswir-

kung der aufgrund des Ausnahmegesetzes der Regierung beschlossenen Aufhebung des Preisstops. Teurer geworden sind wichtige Grundnahrungsmittel wie Margarine und Kaffee, Gemüse, Früchte, Fisch und Fleisch. Benzin ist erneut angehoben worden. die Preise für Nahverkehr sind im Schnitt um 20%, für Bahnverkehr um ca. 12% gestiegen. Die Kindergeldkürzung um 500 Franken trat in Kraft, während gleichzeitig der Arbeiterbeitrag für die Rentenversicherung von 6,25 auf 7% stieg.

Die Demonstrationen gegen den
Kurs der Regierung Martens werden fortgesetzt. In der letzten Woche demonstrierten in Brüssel ca. 30000 Lehrer der verschiedenen Gewerkschaften gegen die Regierungssparmaßnahmen im Bildungswesen.



Bild: Demonstration der christlichen Gewerkschaften gegen die Regierungsmaßnahmen am Samstag der letzten Woche in Brüssel. Gespalten hatten diese allerdings die gemeinsame Front mit den sozialistischen Gewerkschaften, die am Tage vorher einen Generalstreik durchführten. Begründet wurde diese Spaltung mit den Auseinandersetzungen der wallonischen Stahlarbeiter mit der Polizei.



Die Initiatoren der Ausstellung ,,Wohnsitz: Nirgendwo", die bis zum 14.3.82 im Künstlerhaus Bethanien, Berlin-Kreuzberg, zu sehen war und anschließend nach Stuttgart, Amsterdam, Dortmund, Bethel und Düsseldorf wandert, sagen über ihre Vorstellungen: ,,Den Ausgangspunkt unserer Arbeit bildete die ‚Bruderschaft der Vagabunden', dieser Zusammenschluß von Malern und Dichtern der Straße, von Christrevolutionären und Anarchisten, Wanderpredigern und Jugendbewegten, akademischen Trippelfreiwilligen und Gescheiterten, Arbeits- und Obdachlosen. Diese Gruppe ‚bewußte' Vagabunden in der Weimarer Republik versuchte damals, ihren Leidensgenossen im Riesenheer der Obdachlosen Selbstbewußtsein, politische Hilfe und kulturelle Identität zu geben." (Nachwort zum Ausstellungskatalog, S. 461)

Man spürt bei einem Gang durch die Ausstellung die Sympathie der Autoren für die Ausgestoßenen und Aussteiger aus der kapitalistischen Gesellschaft. Sie wollen diese Sympathie jedoch nicht gleichgesetzt wissen mit einer ,,Romantisierung der Straße" oder einem ,,Elendsvoyeurismus". Vielmehr liegt ihnen offensichtlich daran, die sorgfältig zusammengestellte Dokumentation über das Leben der Nichtseßhaften und über die Reaktion der bürgerlichen Gesellschaft auf dieses Problem für sich selbst sprechen zu lassen. Eine Interpretation des Dargestellten wird nicht vorgenommen. Der Besucher soll selbst aus der Ausstellung und dem umfangreichen Katalog (Wohnsitz: Nirgendwo, Vom Leben und Überleben auf der Straße, 40 DM) Schlußfolgerungen ziehen.

Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Situation der Hunderttausende von arbeits- und obdachlosen Proletariern im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: entwurzelte Landarbeiter, Handwerker, Bauern, durch die wachsende Industrieproduktion verbrauchte Arbeitskräfte, durch Deutschland wandernd, auf der Suche nach Arbeit, nach einer Unterkunft: ungeliebtes Produkt des großen industriellen Aufschwungs der sogenannten ,,Gründerjahre".

Bettler, Landstreicher, Vagabunden und wandernde Gesellen hatte es auch zu früheren Zeiten gegeben, immer einer strengen Aussonderung und Polizeiverfolgung durch die jeweils Herrschenden unterworfen. Mit der Herausbildung der großen Industrie, dem Anwachsen der Städte, der Zerstörung einer Vielzahl von bäuerlichen und Handwerksexistenzen nahm jedoch das Problem der Nichtseßhaften einen Massenumfang an, dem mit den traditionellen Polizeimaßnahmen nicht mehr beizukommen war. Ein Verwaltungsbeamter einer zuständigen Verwaltung im Jahre 1881: ,,Ich bin über 40 Jahre in der Verwaltung tätig und habe noch keine Kalamität kennen gelernt, die wie die heutige Vagabundage fast zur Landplage geworden ist." (S. 60)

Mit der Herausbildung der organisierten Arbeiterbewegung im gleichen Zeitraum wuchs in der bürgerlichen Klasse die Furcht vor politischem Zündstoff. Die Kirchen und das liberale Bürgertum traten auf den Plan mit caritativen und alternativen Projekten zur Eindämmung der Vagabundenplage.

Dies ist ein besonders eindrucksvoller Teil der Ausstellung: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Arbeiterkolonien des Pastor Bodelschwingh. Während des Aufenthaltes wurden Steine geklopft und Holz gehackt nach der Devise ,,Arbeit statt Almosen". Die Entstehungsgeschichte und Praxis des ,,Berliner Asylvereins" mit seinen Massenunterkünften ,,Fröbels Festsäle" oder ,,Wiesenburg". Die ,,Schrippenkirche" in Berlin-Wedding, eine Initiative von evangelischen Christen, mit Schreibstube für arbeitslose Verwaltungsangestellte, einer speziellen Jugendhilfe und der berühmten ,,Brockensammlung", einer Schrott- und Sperrmüllverwertung. Das Asyl für Jugendliche in Charlottenburg. Hier wird ein Stück Geschichte Berlins lebendig, dessen Zeugnisse inzwischen zum größten Teil der Kahlschlagsanierung der Westberliner Wohnungsspekulationspolitik zum Opfer gefallen sind. Berlin galt als die ,,Schule der Vagabunden", zentraler Treffpunkt; Tausende nächtigten jeweils in den verschiedenen Asylen, hielten sich tagsüber in den Wärmehallen unter den S-Bahnhöfen auf und begannen bereits am Nachmittag, wieder nach einem Schlafplatz anzustehen.

Um die Jahrhundertwende wurden die caritativen Einrichtungen immer mehr unter kommunalen und Polizeieinfluß gestellt. Das hatte schlagartig einen Rückgang der Besucherzahlen zur Folge.

Auf die gesellschaftlichen Ursachen der Vagabunden-,,Landplage" wird in der Ausstellung nicht ausdrücklich eingegangen. Im Katalog allerdings findet sich ein Artikel von Rosa Luxemburg (,,Im Asyl"), in dem sie eine Massenvergiftung in einem Asyl aufgrund ungenießbaren Essens zum Anlaß nimmt, mit äußerster Heftigkeit die herrschende Klasse und die kapitalistische Gesellschaft anzugreifen:

,,Jedes Jahr sinken so Tausende von proletarischen Existenzen aus den normalen Klassenbedingungen der Arbeiterschaft in das Dunkel der Verelendung. Sie sinken unhörbar wie der Bodensatz auf den Grund der Gesellschaft als verbrauchte nutzlose Elemente, aus denen das Kapital keine Säfte mehr auspressen kann, als menschlicher Kehricht, der mit eisernem Besen weggefegt wird. Der Arm des Gesetzes, Hunger und Kälte wirken hier um die Wette ..." (S. 120)

R. Luxemburg erinnert hier an das von K. Marx entwickelte ,,absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation": ,,Die Entstehung der öffentlichen Armut ist unzertrennlich verbunden mit der Entstehung der vorrätigen unbeschäftigten Arbeiterschicht, beide sind gleich notwendig, beide sind Lebensbedingungen der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das ausbeutende Kapital, der Umfang und die Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Ergiebigkeit seiner Arbeit, desto größer die Schicht der Arbeitslosen. Je größer aber diese Schicht im Verhältnis zur beschäftigten Arbeitermasse, desto massenhafter die überzähligen Armen." (S. 121)

Dieser Hinweis im Katalog ist dem ,,Feuilleton" der FAZ nicht entgangen. Ihm bleibt es vorbehalten, den darin zum Ausdruck kommenden Klassenstandpunkt anzugreifen (,,zu einseitig", ,,veraltet", ,,wird dem vielschichtigen Problem der ‚verlorenen Söhne' nicht gerecht") und mahnend auf die mögliche ,,Verführungskraft" der Ausstellung hinzuweisen: ,,In den schmalen Gassen, durch die das Publikum geschleust wird, drängt sich eine Großstadtjugend, die hier bei den Elendsschilderungen von damals offenbar Anknüpfungspunkte für heute sucht." (FAZ vom 22.2.82)



Die Befürchtung der FAZ ist nicht abwegig. Unter den Besuchern im Kreuzberger Künstlerhaus Bethanien waren nach unserem Eindruck nicht wenige Bewohner der besetzten Häuser und andere, die mit ihnen sympathisieren und sie unterstützen. Die Existenz des Stadtteils Kreuzberg in seiner heutigen Gestalt bestätigt, daß Thema und Inhalt dieser Ausstellung nicht abgeschlossene Vergangenheit sind. Es gibt da durchaus Anknüpfungspunkte. Welche?

Kernstück der Ausstellung ist die Darstellung der Lebensgeschichte der Träger und Initiatoren der Vagabundenbewegung, ihrer politischen Ziele, ihrer künstlerischen Arbeit, ihrer praktischen Versuche zur Politisierung der ,,Kunden". Erich Mühsam und sein ,,Bund der Sozialisten" zu Beginn dieses Jahrhunderts, die ,,Bruderschaft der Vagabunden" in den 20er Jahren, ihr Gründer Gregor Gog und die mit ihm verbundene Sammlungsbewegung der ,,Künstler der Landstraße".

Die Bildersammlung der Vagabundenmaler G. Bettermann, H. Bönninghausen, S. Mahler, H. Tombrock u.a. bringt eindrücklich deren Engagement für die von der Gesellschaft Ausgestoßenen zum Ausdruck.

Erich Mühsam ging es um einen politischen Zusammenschluß der Nicht-Seßhaften in seinem ,,Bund der Sozialisten". Emphatisch sagt er 1909: ,,Ist hier (unter den Nicht-Seßhaften, d.V.) nicht jungfräulicher Boden, den wir Menschen vom sozialistischen Bund bestellen können?" (S. 182) Und: ,,Es ist dieselbe Sehnsucht, die die Ausgestoßenen der Gesellschaft verbindet, seien sie nun ausgestoßen von der kaltherzigen Brutalität des Philistertums, oder seien sie Verworfene aus eigener vom Temperament diktierter Machtvollkommenheit." (S. 181) Die Sehnsucht nämlich nach einem freien, ungebundenen Leben. Der organisierten Arbeiterbewegung wirft Mühsam Sattheit und Bequemlichkeit und die Abwendung vom Ziel der Befreiung von der Lohnsklaverei vor. Die Lumpenproletarier hält er gemeinsam mit den ,,Bohémien" für die Vorhut einer neuen, freien Gesellschaft.

Ähnlich Gregor Gog, der beim ersten großen ,,Vagabundenkongreß" in Stuttgart 1929 nicht nur interessierten Funktionären der KPD eine eindeutige Abfuhr erteilte, sondern auch einen scharfen Trennungsstrich zog zwischen den Vagabunden aus Überzeugung und denen, die einfach nur ,,aus dem Erwerbsleben ausgestoßen seien und fieberhaft nach Arbeit suchen. Das seien natürlich keine Vagabunden, denn ihre Sehnsucht gehe dahin, das Joch wieder auf die Achseln zu nehmen, wieder zu schuften und sich zu plagen für die besitzende Klasse". (S. 215)

Mit Zeitschriftenprojekten, Versammlungen, Kongressen versuchten Mühsam, Gog und ihre Freunde, die ,,Kunden" der Landstraße zusammenzuschließen und ihnen politisches Bewußtsein zu vermitteln.

Wenn man der Ausstellung folgt, waren die Erfolge begrenzt. Zum Vagabundenkongreß 1929 kamen ganze 500, Gog hatte 2000 bis 3000 erwartet. Von den Gekommenen waren außerdem Anhänger und Mitglieder der Jugendbewegung in der Mehrheit.

Gregor Gog reist 1930 und 1932 nach Moskau, wird überzeugter Kommunist und erfährt bei seinen anschließenden Organisierungsversuchen erneute Mißerfolge. An dem von ihm mit organisierten Hungermarsch der Vagabunden zu Weihnachten 1932 beteiligten sich nur ganz wenige.

Den ,,Kunden" der Landstraße ist durch Sozial- und Polizeigesetze eine einzelkämpferische Lebensweise aufgezwungen, ein täglicher Konkurrenzkampf gegeneinander um das Existenzminimum. Diese Lebensweise steht im Gegensatz zu den Vorstellung von Gregor Gog und seinen Freunden, das tausendfache Elend ließe sich zu einer organisierten politischen Kraft aufsummieren.



Die Anzahl der Arbeits- und Obdachlosen ist von 70000 1929 auf 500000 1931 angeschwollen. Die ,,Romantik der Landstraße" wird erdrückt im Massenelend der Weltwirtschaftskrise. Am 7.4.1933 wird Gregor Gog von der Gestapo verhaftet. Die Vagabunde findet in den KZs ihr Ende, die Massenarbeitslosigkeit wird mittels Zwangsarbeit eliminiert.

Es ist von Besuchern und Kritikern der Ausstellung bemängelt worden, daß die Situation der Nichtseßhaften *heute* nicht, bzw. fast nicht dargestellt wird. Das stimmt. Über 70000 Nicht-Seßhafte gibt es nach Aussage der Statistik heute in der Bundesrepublik. Die Sozial- und Polizeigesetze und caritativen Vereine definieren Nichtseßhaftigkeit als ein Problem des Verhaltens des Einzelnen. Es gibt heute vielleicht nicht mehr ganz so viele Massenunterkünfte (immerhin gab es noch 1970 30 Arbeiterkolonien mit insgesamt 7000 Plätzen), aber das Problem ist geblieben. Die Ausstellung bietet an, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen.

chs/klw. Westberlin

H.J. Diesner: Die Völkerwanderung Der Hunneneinfall 375 u. der Zerfall des Langobardenreichs 568, Bruch des röm. Imperiums, Konsolidierung von ,,Barbarenreichen" zu frühfeudalen Staaten – dieser Prozeß wird entwickelt. Neben den politischen Ereignissen
Bücherzettel
A. Boserup / A. Mack: Krieg ohne Waffen
Besucher soll selbst aus der Ausstellung und dem umfangreichen Katalog (Wohnsitz: Nirgendwo, Vom Leben und Überleben auf der Straße, 40 DM) Schlußfolgerungen ziehen.
Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Situation der Hunderttausende von arbeits- und obdachlosen Proletariern im letzten Drittel des
und wandernde Gesellen hatte es auch zu früheren Zeiten gegeben, immer einer strengen Aussonderung und Polizeiverfolgung durch die jeweils Herrschenden unterworfen. Mit der Herausbildung der großen Industrie, dem Anwachsen der Städte, der Zerstörung einer Vielzahl von bäuerlichen und Handwerksexistenzen nahm jedoch
(S. 60)
Mit der Herausbildung der organisierten Arbeiterbewegung im gleichen Zeitraum wuchs in der bürgerlichen Klasse die Furcht vor politischem Zündstoff. Die Kirchen und das liberale Bürgertum traten auf den Plan mit caritativen und alternativen Projekten zur Eindämmung der Vagabundenplage.
Dies ist ein besonders eindrucksvoller Teil der Ausstellung: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Arbeiterkolonien des Pastor Bodelschwingh. Während des Aufenthaltes wurden Steine geklopft und Holz gehackt nach der Devise ,,Arbeit statt Almosen". Die Entstehungsgeschichte und Praxis des ,,Berliner Asylvereins" mit seinen Massenunterkünften ,,Fröbels Festsäle" oder ,,Wiesenburg". Die ,,Schrippenkirche" in Berlin-Wedding, eine Initiative von evangelischen Christen, mit Schreibstube für arbeitslose Verwaltungsangestellte, einer speziellen Jugendhilfe und der berühmten ,,Brockensammlung", einer Schrott- und Sperrmüllverwertung. Das Asyl für Jugendliche in Charlottenburg. Hier wird ein Stück Geschichte Berlins lebendig, dessen Zeugnisse inzwischen zum größten Teil der Kahlschlagsanierung der Westberliner Wohnungsspekulationspolitik zum Opfer gefallen sind. Berlin galt als die ,,Schule der Vagabunden", zentraler Treffpunkt;
und die Ergiebigkeit seiner Arbeit, desto größer die Schicht der Arbeitslosen. Je größer aber diese Schicht im Verhältnis zur beschäftigten Arbeitermasse, desto massenhafter die überzähligen Armen." (S. 121)
Dieser Hinweis im Katalog ist dem ,,Feuilleton" der FAZ nicht entgangen. Ihm bleibt es vorbehalten, den darin zum Ausdruck kommenden Klassenstandpunkt anzugreifen (,,zu einseitig", ,,veraltet", ,,wird dem vielschichtigen Problem der ‚verlorenen Söhne' nicht gerecht") und mahnend auf die mögliche ,,Verführungskraft" der Ausstellung hinzuweisen: ,,In den schmalen Gassen, durch die das Publikum geschleust wird, drängt sich eine Großstadtjugend, die hier bei den Elendsschilderungen von damals offenbar Anknüpfungspunkte für heute sucht." (FAZ vom 22.2.82)
Die Befürchtung der FAZ ist nicht abwegig. Unter den Besuchern im Kreuzberger Künstlerhaus Bethanien waren nach unserem Eindruck nicht wenige Bewohner der besetzten Häuser und andere, die mit ihnen sympathisieren und sie unterstützen. Die Existenz des Stadtteils Kreuzberg in seiner heutigen Gestalt
ßerdem Anhänger und Mitglieder der Jugendbewegung in der Mehrheit.
Gregor Gog reist 1930 und 1932 nach Moskau, wird überzeugter Kommunist und erfährt bei seinen anschließenden Organisierungsversuchen erneute Mißerfolge. An dem von ihm mit organisierten Hungermarsch der Vagabunden zu Weihnachten 1932 beteiligten sich nur ganz wenige.
Den ,,Kunden" der Landstraße ist durch Sozial- und Polizeigesetze eine einzelkämpferische Lebensweise aufgezwungen, ein täglicher Konkurrenzkampf gegeneinander um das Existenzminimum. Diese Lebensweise steht im Gegensatz zu den Vorstellung von Gregor Gog und seinen Freunden, das tausendfache Elend ließe sich zu einer organisierten politischen Kraft aufsummieren.
Die Anzahl der Arbeits- und Ob-

